

IWF-Jahresbericht 2018

Eine gemeinsame
Zukunft aufbauen



IWF-Jahresbericht 2018

Eine gemeinsame
Zukunft aufbauen





Liebe Leserinnen und Leser,

Globale Ungleichgewichte bekämpfen

der weltweite Konjunkturanstieg, den wir im Lauf des letzten Jahres erlebt haben, hat seine Dynamik behalten und erfüllt das Versprechen, mehr Arbeitsplätze und bessere Lebensstandards in den meisten unserer Mitgliedsländer zu schaffen. Aber es gibt auch Bedrohungen, wie das Risiko eskalierender Handelskonflikte, die rekordhohe Verschuldung des öffentlichen wie privaten Sektors, die Volatilität der Finanzmärkte und eine fragile Geopolitik.

Angesichts dieser Herausforderungen lautet meine Botschaft an unsere Mitglieder nach wie vor: Man sollte das Dach reparieren,



Anpassung an den Klimawandel

solange die Sonne scheint. Diese Chance besteht jetzt. Damit die Dynamik aufrechterhalten bleibt, müssen die Länder Finanz- und Haushaltsrisiken eindämmen, indem sie die Widerstandskraft des Finanzsektors erhöhen und ihren politischen Handlungsspielraum wieder aufbauen. Und sie müssen die Strukturreformen weiter vorantreiben, um die Volkswirtschaft gegen künftige Stürme zu wappnen. Die Länder sollten ein offenes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem fördern und dafür sorgen, dass neue Technologien für alle arbeiten – Förderung statt Unterhöhlung von inklusivem Wachstum und Finanzstabilität.

Auf längere Sicht gerät die globale Wirtschaftsdynamik unter Druck, und zwar wegen einer langsamen Erosion bzw. Schwächung des Vertrauens in Institutionen – und Vertrauen ist selbstredend die Lebensader einer jeden Volkswirtschaft. Dieser Vertrauensschwund hat viele Dimensionen: die anhaltenden Auswirkungen der globalen Finanzkrise, das Gefühl, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums und der Globalisierung nicht gerecht verteilt sind, Angst um Arbeitsplätze und wirtschaftliche Chancen in der Zukunft sowie schwache Governance-Strukturen, die allzu oft Bestechung begünstigen. Bevölkerungsalterung und schlechte Ausstattung der Rentensysteme bremsen ihrerseits die Dynamik, und das Einkommensgefälle wird größer. Und wenn man nichts gegen den Klimawandel unternimmt, wird das wirtschaftliche Wohlergehen in den kommenden Jahrzehnten empfindlich darunter leiden. Die Länder müssen auch diese unterschwelligsten Herausforderungen im Blick haben.



Ungleichheit beseitigen



Bestechung bekämpfen und Governance stärken

Wie dieser Jahresbericht zeigt, arbeiten unser Exekutivdirektorium und unser Stab intensiv an der Unterstützung unserer Mitglieder im Umgang mit diesen Herausforderungen – durch Politikberatung, Kreditvergabeprogramme und Kapazitätsentwicklung. Hier nur einige Beispiele: Wir arbeiten an der Stärkung von Instrumenten zur Krisenprävention; an der Verfeinerung der Methodik zur Bewertung globaler Ungleichgewichte und Wechselkurse; wir bestimmten die Prioritäten für Strukturreformen, um nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum zu fördern, auch auf dem Gebiet der Geschlechtergleichheit und Förderung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt; wir verbesserten unsere Analyse makrofinanzieller und makrostruktureller Problemstellungen; wir entwickelten ein neues Regelwerk für den Kampf gegen Bestechung und schwache Governance; wir vertieften unsere Analyse der digitalen Wirtschaft und Finanztechnologie; darüber hinaus beteiligten wir uns stärker an den Nachhaltigen Entwicklungszielen.

In diesen Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit bin ich überzeugt, dass die Grundwerte des IWF – in deren Mittelpunkt der Gedanke steht, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit der sicherste Weg zu einer besseren Zukunft ist – wichtiger sind denn je. Erneuern wir gemeinsam unser Versprechen, dass wir uns für diese Werte einsetzen.



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin

Seite 12

Wie dieser Jahresbericht zeigt, arbeiten unser Exekutivdirektorium und unser Stab intensiv an der Unterstützung unserer Mitglieder im Umgang mit diesen Herausforderungen – durch Politikberatung, Kreditvergabeprogramme und Kapazitätsentwicklung.



Finanztechnologie

Seite 14

Inhaltsverzeichnis

1

Teil 1: Übersicht

Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin	1
Über den IWF	4
Schlaglichter – Aktuelle Chancen	5
Die Funktionsfähigkeit des Systems verbessern	6
Wachstum nachhaltig gestalten	8
Wachstum inklusiv gestalten	10
Bestechungsbekämpfung	12
Technologie nutzbringend einsetzen	14
Höhepunkte aus den Regionen	16
Reise nach Indonesien	16
Asien und Pazifik	18
Afrika südlich der Sahara	20
Europa	22
Nahost und Nordafrika	24
Westliche Hemisphäre	26

27

Teil 2: Unsere Arbeit

Volkswirtschaftliche Überwachung	28
Bilaterale Überwachung	29
Multilaterale Überwachung	31
Politikberatung	31
Währungs- und Finanzfragen	32
Fiskalpolitik	35
Aufstrebende Volkswirtschaften	36
Niedrigeinkommens- und Entwicklungsländer	37
Weitere Themen	38
Daten	39
Kreditvergabe	44
Nicht konzessionäre Mittelvergabe	45
Konzessionäre Mittelvergabe	46
Programmgestaltung	53
Vereinbarung zur Koordination der Wirtschaftspolitik	54
Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik	54
Überwachung in der Folgezeit von Programmen	55
Kapazitätsentwicklung	56
Höhepunkte: Haushalt	58
Höhepunkte: Geldpolitik	62
Höhepunkte: Statistik	63
Höhepunkte: Rechtliche Angelegenheiten	65
Kapazitätsentwicklung des IWF in Zahlen	66
Partnerschaften für die Kapazitätsentwicklung	68
Globale Themenfonds für die Kapazitätsentwicklung	70
Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung	70

Schaubilder

1.1 Ressourcen für globales Sicherheitsnetz haben sich seit 2008 verdreifacht	7
1.2 Auswirkungen des Temperaturanstiegs auf die reale Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung weltweit	9
1.3 Globale Ungleichheit nimmt ab	11
1.4 Öffentliche Digitalisierung: Länder mit ausgewählten digitalen Diensten, 2016	14
1.5 Afrika südlich der Sahara: Steuereinnahmen zu BIP	20
1.6 Entwicklungsländer: Privatinvestitionen zu BIP, 2000–16	20
2.1 Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen während der GJ 2009–18 mit Ende zum 30. April	46
2.2 Ausstehende nicht konzessionäre Kredite, GJ 2009–18	47
2.3 Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 2009–18	47
2.4 Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2018	65
2.5 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2014–18	66
2.6 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Region, GJ 2015–18	66
2.7 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Einkommensgruppe, GJ 2015–18	66
2.8 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Themen, GJ 2015–18	66
2.9 Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2014–18	67
2.10 Ausbildungsteilnehmer nach Herkunftsregion, GJ 2014–18	67

Organigramm des IWF 73

Haushalt und Einkommen	74
Einkommensmodell, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Nettoertrag.....	75
Personalwesen – Politik und Organisation	77
Rechenschaftspflicht	78
Unabhängiges Evaluierungsbüro	82
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder ..	85
Quoten und Governance.....	89
Sonderziehungsrecht	90
Transparenz	91
Richtlinie für die Übermittlung von Dokumenten.....	91
Exekutivdirektoren	92
Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter.....	94
Geschäftsleitung	96
Leitende Mitarbeiter	98
Anmerkungen	100
Die Ziele für nachhaltige Entwicklung	102
Akronyme und Abkürzungen	103
Begleitschreiben an den Gouverneursrat	104

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Analysen und politischen Überlegungen sind die der Exekutivdirektoren des IWF.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und sind zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2018 lagen der Wechselkurs SZR/US\$ bei 1US\$ = 0,695380 SZR und der Wechselkurs US\$/SZR bei 1 SZR = 1,43806. Die Wechselkurse des Vorjahres (27. April 2017) beliefen sich auf: 1 US\$ = 0,729382 SZR und 1 SZR = 1,37102 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde (eintausend Millionen) bzw. „Trillion“ eine Billion. Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Hier wird dieser Begriff auch für Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

Kästen

2.1 Zentrum für die Kapazitätsentwicklung von China und IWF	69
2.2 Partners Connect	70
3.1 Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1	76
3.2 Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait	79
3.3 Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen	81

Tabellen

2.1 Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im GJ 2018	45
2.2 Konditionen für Kredite unter dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF	48

2.3 Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten	50
2.4 Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2018	52
2.5 Themenfonds des IWF für die Kapazitätsentwicklung	71
2.6 Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung des IWF	72
3.1 Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2017–20	74
3.2 Im Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2018	75
3.3 Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, und nach Art mit Stand 30. April 2018	77

Über den IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine global tätige Organisation mit 189 Mitgliedsstaaten und wurde mit dem Ziel gegründet, das Wohlergehen der Weltwirtschaft zu fördern. Der IWF will mit seiner Arbeit die weltweite Kooperation in der Geldpolitik intensivieren, Finanzstabilität sichern, internationalen Handel erleichtern, zu mehr Beschäftigung und nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen sowie die Armut weltweit bekämpfen. Die Hauptaufgabe des IWF, der mit seiner Aufsichtsfunktion das reibungslose Funktionieren des internationalen Währungssystems sicherstellt, besteht darin, die Wechselkursstabilität zu fördern sowie die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern. Dies ermöglicht den Ländern (und ihren Bürgern) den Austausch von Waren und Dienstleistungen und ist unabdingbar, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und den allgemeinen Lebensstandard anzuheben. Alle Mitgliedsländer des IWF sind in dessen Exekutivdirektorium vertreten. Letzteres erörtert die nationalen, regionalen und globalen Folgen der Wirtschaftspolitik eines jeden Mitglieds und entscheidet über die Vergabe von IWF-Krediten an die Mitgliedsländer, um ihnen bei vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen und kapazitätsbildenden Maßnahmen zu helfen. Dieser Jahresbericht erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums und von Geschäftsführung und Mitarbeiterstab des IWF im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2017 bis zum 30. April 2018. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und politischen Erörterungen des IWF-Exekutivdirektoriums wider, das aktiv an der Ausarbeitung dieses Jahresberichts mitwirkte.

Unsere zentralen Aufgaben

Im Mittelpunkt der IWF-Arbeit stehen drei zentrale Aufgaben:

1 BERATUNG DER MITGLIEDSLÄNDER

zur Einführung von Politikmaßnahmen, um makroökonomische Stabilität zu erreichen, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und Armut zu lindern.

2 GEWÄHRUNG VORÜBERGEHENDER FINANZHILFE

für die Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen, etwa bei Devisenknappheit, weil Zahlungen an andere Länder die Deviseneinnahmen übersteigen.

3 BEREITSTELLUNG VON TECHNISCHER HILFE UND AUSBILDUNG

auf Antrag eines Landes für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, um die Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik zu ermöglichen.

Das Hauptquartier des IWF befindet sich in Washington, DC. Mit Büros in aller Welt unterstützt der IWF seinen globalen Wirkungsbereich und seine engen Beziehungen zu seinen Mitgliedsländern. Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer sind auf der Website des IWF verfügbar: www.imf.org.

Schlaglichter

Aktuelle Chancen

Im vergangenen Jahr stieg die Sorge um die Wirtschaft, was auf die Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Integration einerseits und dem internationalen Ansatz zur Wirtschaftspolitik andererseits zurückzuführen ist. Damit die Globalisierung allen Menschen zugutekommt, konzentrierte der IWF seine Arbeit auf Politikberatung in den folgenden makrokritischen Bereichen:

Die Funktionsfähigkeit des Systems verbessern

durch den Abbau globaler Ungleichgewichte und Stärkung des weltweiten Finanzsicherheitsnetzes

Wachstum nachhaltig gestalten

durch Anpassung an den Klimawandel

Wachstum inklusiv gestalten

durch Bekämpfung der verschiedenen Formen von Ungleichheit

Das Fundament sichern

durch stärkere Governance und Bekämpfung von Bestechung

Technologie nutzbringend einsetzen

im Finanzbereich und in der Fiskalpolitik

Dieser Ansatz entspricht dem politischen Wegweiser, den die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen vorgeben; sie zeigen denn auch eine deutliche Verknüpfung zwischen Wirtschaftswachstum, sozialer Inklusion und Umweltverträglichkeit. Der IWF hat sich den SDGs verpflichtet, die für seine Tätigkeit relevant sind.

Spotlight:

Die Funktionsfähigkeit des Systems verbessern

Weltweite makroökonomische Stabilität setzt das Engagement aller Länder voraus.

Der *External Sector Report* (Bericht über den Außenwirtschaftssektor) 2017 des IWF zeigt, dass 2016 ungefähr ein Drittel der globalen Ungleichgewichte auf übermäßige Ungleichgewichte der Leistungsbilanz, d. h. die aus den Transaktionen einer Volkswirtschaft mit dem Rest der Welt resultierenden Defizite oder Überschüsse, entfielen. Dieses Niveau, das seit 2016 größtenteils unverändert ist, konzentriert sich zunehmend auf fortgeschrittene Volkswirtschaften: Defizite in den USA und im Vereinigten Königreich, Überschüsse in Ländern wie Deutschland, Japan, Korea, den Niederlanden, Singapur und Schweden. Diese Ungleichgewichte machen die Weltwirtschaft anfälliger gegenüber einer plötzlichen Umkehr von Kapitalströmen und bergen die Gefahr, dass Protektionismus geschürt wird – mit negativen Folgen für Handel und Wachstum. Länder mit übermäßigem Defizit sollten Haushaltsdefizite senken, ohne Programme für die Armen zu beschneiden, und ihre Geldpolitik schrittweise auf die Inflationsziele abstimmen. Länder mit übermäßigem Überschuss sollten stärkere konjunkturelle Anreize bieten. Beide Gruppen sollten Strukturreformen an erste Stelle setzen: mehr Investitionen und Förderung des Wettbewerbs in Überschussländern und Aufforderung zum Sparen und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in Defizitländern. Die weltweite makroökonomische Stabilität ist ein internationales öffentliches Gut, für das sich alle Länder stark machen müssen.

Der IWF unterstützte zudem die Ausweitung des globalen Finanzsicherheitsnetzes zum Schutz der makroökonomischen Stabilität, und zwar mittels Versicherung zur Vorbeugung gegen Krisen, Krediten im Krisenfall und Anreizen für Länder zugunsten von Politikmaßnahmen, die Krisen selten und überschaubar machen. Die Ressourcen für das globale Finanzsicherheitsnetz wurden von 2007 bis 2016 verdreifacht; das zeigt, dass die Welt-

wirtschaft zunehmend komplex, volatil und verflochten ist.

Im vergangenen Jahr erhöhte der IWF seinen Beitrag zum globalen Finanzsicherheitsnetz. Er aktualisierte die Regeln für seine Kreditlinien zur Krisenprävention – die Flexible Credit Line (FCL) und die Precautionary and Liquidity Line (PLL) – im Sinne eines besser vorhersehbaren und transparenteren Qualifikationsverfahrens. Der IWF schlug zudem ein Regelwerk zur besseren Zusammenarbeit mit den regionalen Finanzierungsvereinbarungen und zur Stärkung des globalen Finanzsicherheitsnetzes vor. Damit werden die jeweiligen vergleichweisen Vorteile der regionalen Finanzierungsvereinbarungen (regionales Wissen und regionale Beziehungen) und des IWF (Erfahrung mit makroökonomischer Anpassung und seine universelle Risikobündelung) zur Prävention und Abmilderung von Krisen genutzt.

Auf dem Gebiet der Kapazitätsentwicklung arbeitet der IWF mit mehr als 40 bilateralen und multilateralen Partnern an wichtigen makroökonomischen Initiativen rund um den Globus. Mehrere Themenfonds sind auf maßgebliche globale Entwicklungsbedürfnisse und -initiativen ausgerichtet, darunter die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Aktionsagenda zur Entwicklungsfinanzierung. Ihre Tätigkeit wird durch die umfangreiche Arbeit des IWF in den Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung ergänzt, die von Entwicklungspartnern, Mitgliedsländern und dem IWF finanziert werden.





WISSENSWERTES

Das globale Finanzsicherheitsnetz umfasst vier Hauptschichten:

1. **Die Reserven der Länder** stiegen von etwa 2 Billionen US-Dollar im Jahr 2000 auf ungefähr 11 Billionen US-Dollar 2017. Die Quotenmittel des IWF haben sich auf etwa 670 Milliarden US-Dollar verdoppelt.

2. **Bilaterale Swap-Vereinbarungen zwischen zwei Ländern** in der Form unbegrenzter und unbefristeter Swaps zwischen den Zentralbanken einiger der wichtigsten Volkswirtschaften, die Reservewährungen ausgeben, und ein Netz aus Swaps zwischen China und anderen Ländern zur Unterstützung von Handel und Investitionen.

3. **Regionale Finanzierungsvereinbarungen** wie der Europäische Stabilitätsmechanismus mit einer Kreditvergabekapazität von 500 Milliarden Euro; die multilaterale Währungsswapvereinbarung der Chiang-Mai-Initiative mit 240 Milliarden US-Dollar sowie das Contingent Reserve Arrangement zwischen Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika im Umfang von 100 Milliarden US-Dollar.

4. **Der IWF** kann Ländern nicht nur Kredite gewähren, die bei der Überwindung von Zahlungsbilanzkrisen helfen, sondern Ländern mit soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten auch vorsorgliche Kreditlinien bereitstellen.

Hierzu gehören die FCL für Länder mit überzeugenden Fundamentaldaten und Politiken sowie die PLL für Länder mit soliden Fundamentaldaten und geringen Anfälligkeiten.



HINTER DEN KULISSEN

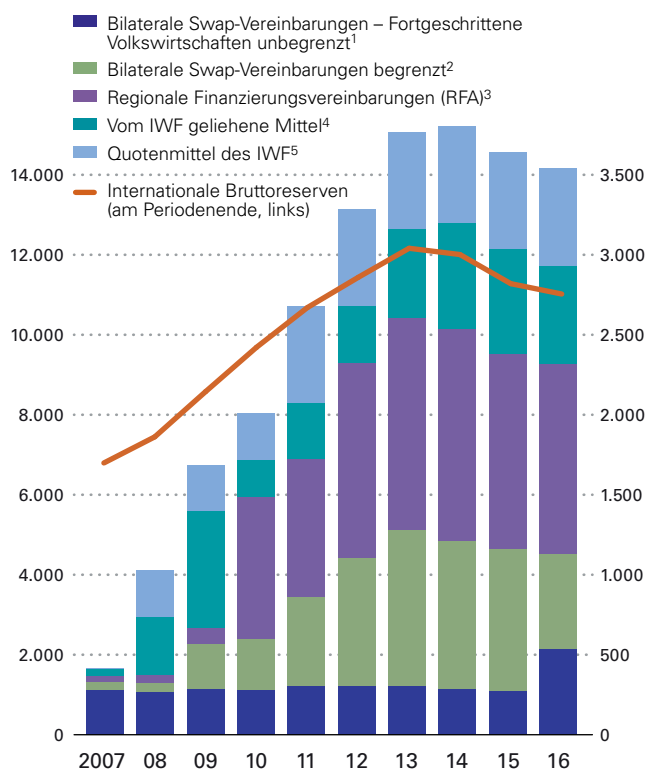
Angemessenheit des globalen Finanzsicherheitsnetzes: Prüfung der FCL und der PLL sowie Vorschläge für eine Reform des Instrumentariums – überarbeitete Vorschläge

Bei seiner Prüfung der FCL und der PLL stellte der IWF fest, dass diese Instrumente seinen Mitgliedern wirksame Unterstützung auf vorsorglicher Basis gegenüber externen Risiken gewähren und dass nachfolgende FCL-Vereinbarungen und die damit einhergehenden Zugangsgrenzen passend auf die jeweiligen Umstände des Landes zugeschnitten waren. Mit der Prüfung gingen Feinabstimmungen am Regelwerk zur Qualifizierung für die FCL und die PLL einher, um diese für gegenwärtige und potenzielle Nutzer transparenter und leichter vorhersehbar zu gestalten.

SCHAUBILD 1.1

Ressourcen für globales Sicherheitsnetz haben sich seit 2008 verdreifacht.

Umfang und Art der verfügbaren Ressourcen in Milliarden US-Dollar.



Quellen: Bank of England; Websites von Zentralbanken; RFA-Jahresberichte; Schätzungen des IWF-Stabs.

¹ Geschätzt auf der Grundlage bekannter Nutzung in der Vergangenheit oder, falls nicht beansprucht, auf der Grundlage erfolgter durchschnittlicher Höchstziehungen verbleibender Zentralbankmitglieder im Netz. Wechselseitige Vereinbarungen werden nur einmal gezählt.

² Umfasst alle Vereinbarungen mit einer ausdrücklichen Wertgrenze; CMIM-Vereinbarungen sind hier nicht berücksichtigt; sie sind in den RFAs erfasst. Wechselseitige Vereinbarungen werden nur einmal gezählt.

³ Auf der Grundlage ausdrücklicher Kreditvergabekapazität/-grenze, falls vorhanden, zugesagter Mittel oder geschätzter Kreditvergabekapazität auf Basis von Zugangsgrenzen der Länder und eingezahltem Kapital.

⁴ Nach prudenziellen Salden.

⁵ Für Länder im Financial Transaction Plan (FTP) nach Abzug des prudenziellen Saldos.



Relevantes SDG

PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



Spotlight:

Wachstum nachhaltig gestalten

Die wirtschaftlichen Kosten aus steigenden Temperaturen könnten gewaltige Ausmaße annehmen.

Wenn wir nichts dagegen tun, wird der Klimawandel mit seinen negativen Folgen, wie Erderwärmung, größere und häufigere Naturkatastrophen, steigende Meeresspiegel und Verlust der Artenvielfalt in erschöpften Ökosystemen, wahrscheinlich zu einem der größten Wirtschaftsschocks des 21. Jahrhunderts werden.

Die Forschung des IWF in der Oktoberausgabe 2017 des *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick) zeigt, dass die wirtschaftlichen Kosten aus steigenden Temperaturen gewaltige Ausmaße annehmen könnten, insbesondere in Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen, die nur wenig Treibhausgasemissionen generieren. Bei einem durchschnittlichen Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen und einer Temperatur von 25 Grad Celsius würde ein Anstieg von 1 Grad Celsius das BIP pro Kopf um schätzungsweise 1,5 Prozent senken – und der Verlust würde mindestens sieben Jahre andauern.

Wenn den Emissionen kein Einhalt geboten wird, könnte ein durchschnittliches Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen bis zum Ende des Jahrhunderts bis zu einem Zehntel seines Pro-Kopf-Einkommens einbüßen. Steigende Temperaturen beeinflussen Wirtschaftsergebnisse auf vielerlei Art: zum Beispiel geringere Agrarerträge, geringere Produktivität von Arbeitern, die der Hitze ausgesetzt sind, verschlechterter Gesundheitszustand und niedrigere Investitionen. Ungefähr 60 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen diese Folgen eintreten könnten.

Das Pariser Übereinkommen wurde von fast 200 Ländern mit dem Ziel unterzeichnet, die Auswirkungen des Klimawandels durch Senkung der Emissionen abzumildern. Der IWF erarbeitet Tabellenkalkulations-Tools für jedes einzelne Mitgliedsland, um die benötigten Kohlenstoffpreise und Austauschbeziehungen mit anderen Instrumenten wie Emissionshandel, Anreize für bessere Energienutzung, Steuern auf elektrischen Strom und einzelne Kraftstoffe zu quantifizieren.

Die Ergebnisse unterstreichen die beträchtlichen Vorteile für Klima, Staatshaushalt und Wirtschaft, die sich aus Kohlenstoffsteuern ergeben, und die breite Streuung der benötigten Preise in den einzelnen Ländern, was dem Argument für internationale Koordination noch mehr Gewicht verleiht. Dieses Jahr

vereinbarte das Exekutivdirektorium des IWF, Entwicklungsländern mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf weitere Unterstützung zu gewähren, indem es die Zugangsgrenzen der Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF), und des Schnellfinanzierungsinstruments (Rapid Financing Instrument, RFI) erhöhte. In kleinen Entwicklungsländern betragen die jährlichen Kosten von Naturkatastrophen fast 2 Prozent des BIP – mehr als viermal so viel wie in größeren Ländern. Kapazitätsentwicklung hilft Mitgliedsländern beim Aufbau belastbarer öffentlicher Finanzmanagementregelwerke, bei der Einführung von Umweltsteuerreformen und der Festsetzung angemessener Energiepreise, die den schädlichen Umweltauswirkungen des Klimawandels Rechnung tragen.

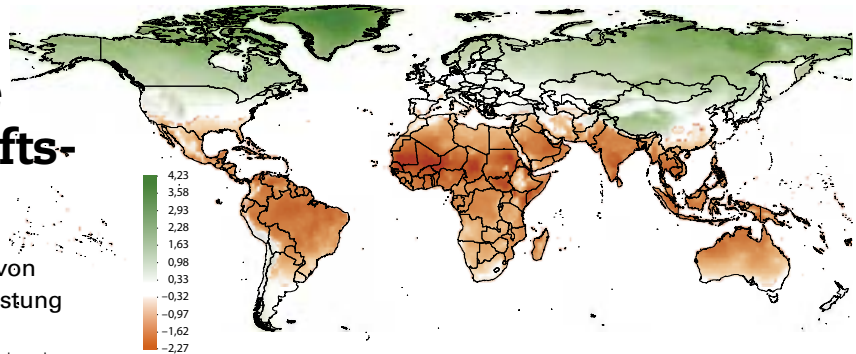
Der IWF führte zudem in Zusammenarbeit mit der Weltbank Bewertungen der Klimaschutzpolitik ein, die eine allgemeine Bewertung von Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Stärkung der Widerstandskraft und Finanzierungsstrategien für Kleinstaaten innerhalb eines tragfähigen makroökonomischen Regelwerks liefern.



Auswirkungen des Temperaturanstiegs auf die reale Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung weltweit

Auswirkungen des Temperaturanstiegs von 1°C auf die reale Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung (Prozent)

Die Auswirkungen eines Temperaturanstiegs fallen weltweit sehr unterschiedlich aus. Die negativen Folgen konzentrieren sich auf die Teile der Welt, in denen die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt.



Quellen: Natural Earth, ScapeToad, United Nations World Population Prospects Database: The 2015 Revision, Weltbank und Berechnungen des IWF-Stabs.

WISSENSWERTES

Die Rapid Credit Facility des IWF

Die Schnelldarlehensfazilität (RCF) des IWF ist darauf ausgelegt, Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen, die dringenden Zahlungsbilanzbedarf haben, schnelle zinsfreie Darlehen mit eingeschränkten Bedingungen zu gewähren. Mit ihr werden die Armutsbekämpfung und Wachstumsziele der Länder stärker in den Mittelpunkt gerückt. Die Fazilität wurde unter dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) im Rahmen einer umfassenderen

Reform mit dem Ziel eingerichtet, die Unterstützung durch den IWF flexibler zu gestalten und besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, auch in Krisenzeiten, auszurichten.

Die Fazilität steht Mitgliedsländern zur Verfügung, die für den PRGT infrage kommen, und die Unterstützung besteht aus einer einmaligen Darlehensauszahlung. Ein Land kann innerhalb eines Dreijahreszeitraums erneut Unterstützung durch die RCF beantragen, wenn sein Zahlungsbilanzbedarf überwiegend auf einen exogenen Schock zurückzuführen ist oder das Land angemessene makroökonomische Politikmaßnahmen nachweisen kann. Im Juni 2017 bewilligte der IWF eine Auszahlung im Rahmen der RCF an Gambia.

2030

2040

2050

HINTER DEN KULISSEN

Die Folgen von Wetterkatastrophen auf die Wirtschaftstätigkeit: Wie gehen Niedrigeinkommensländer damit um?

Die Ausgabe des World Economic Outlook vom Oktober 2017 zum Klimawandel stellt fest, dass Temperaturanstiege ungleiche makroökonomische Auswirkungen haben. Die negativen Folgen konzentrieren sich auf Länder mit relativ heißem Klima, zu denen die meisten Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen gehören. Solide Innenpolitik und Entwicklung im Allgemeinen sowie Investitionen in spezifische Anpassungsstrategien könnten die negativen Folgen von Wetterschocks senken helfen. Doch angesichts der Einschränkungen in Niedrigeinkommensländern muss die internationale Gemeinschaft diesen Länder bei der Bewältigung des Klimawandels helfen – eine globale Bedrohung, zu der sie kaum etwas beigetragen haben.

Relevantes SDG

MASSNAHMEN
ZUM KLIMA-
SCHUTZ



Der Abbau von Ungleichheit trägt zu Wachstum und Stabilität bei.

Globale Ungleichheit – das Einkommensgefälle unter den Ländern – geht zurück, aber das Bild innerhalb der einzelnen Länder ist weniger klar und hängt von Einkommensgruppen und landesspezifischen Faktoren ab. Die Forschung des IWF bringt anhaltend hohe Ungleichheit mit geringerem, weniger nachhaltigem Wirtschaftswachstum und höherer finanzieller Instabilität in Zusammenhang – womit der Abbau der Ungleichheit direkte Relevanz für die Arbeit des IWF besitzt.

Welche Folgen hat Einkommensverteilung auf Wachstum und Stabilität?

Ungleichheit verschwendet Ressourcen. In Volkswirtschaften mit hoher Ungleichheit haben die Armen eventuell keinen Zugang zu Bildung, zu den Finanzmärkten oder anderen Möglichkeiten zur Einkommenssteigerung. Das erschwert die Entwicklung ihrer produktiven Fähigkeiten.

Ungleichheit aufgrund schlechter Arbeitsaussichten geht einher mit höheren Kosten. Durch Langzeitarbeitslosigkeit gehen Fähigkeiten verloren, die Vermittelbarkeit sinkt und das Vertrauen in den Staat schwindet. Diese Folgen sind besonders schwerwiegend bei jungen Menschen, die in manchen Ländern von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind, und für Frauen in Ländern, in denen Diskriminierung, soziale Gepflogenheiten oder ungleiche Chancen den Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren.

Ungleichheit kann Polarisierung und Misstrauen wecken. Wenn Bürger sich ungerecht behandelt fühlen, kann das fehlende Gefühl sozialer Verbundenheit zu mehr politischen Kämpfen um öffentliche Ressourcen oder günstige Mietwohnungen führen, und für die öffentliche Hand wird es schwieriger, notwendige Sozialreformen für längerfristiges inklusives Wachstum einzuführen. In extremen Fällen kann Polarisierung Instabilität und Konflikte hervorrufen.

Ungleichheit kann zu makroökonomischer Instabilität führen. Ungleichheit behindert die Fähigkeit, mit Risiken umzugehen – Gesellschaften mit einer hohen Ungleichheit haben tendenziell begrenzte Möglichkeiten, sich gegen wirtschaftliche Störungen abzusichern. Hohe Ungleichheit kann auch finanzielle Anfälligkeit steigern, insbesondere wenn das Sparvermögen der Reichen und gleichzeitig die Kreditnachfrage der armen und mittleren Bevölkerungsschichten steigen.

Politische Maßnahmen, die Ungleichheit und im Verbund damit die Förderung von Wachstum und wirtschaftlicher Inklusion angehen, sind ein besserer Zugang zu guter Bildung und gesundheitlicher Versorgung für

die Armen, Investitionen in Infrastruktur, Vertiefung der Finanzinklusion, um auch die anfälligsten Bürger zu erreichen, sowie die Schaffung von Anreizen, um die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern.

Eintreibung von Einkünften und zielgerichtete Ausgaben sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Die Oktoberausgabe 2017 des *Fiscal Monitor: Tackling Inequality* (Ungleichheit bekämpfen) erörtert einige Optionen zur Bekämpfung von Ungleichheit unter Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit. Gut konzipierte progressive Einkommensteuern sowie gewisse Vermögenssteuern können ihren Beitrag zum Abbau von Ungleichheit leisten, ohne dass Abstriche am Wachstum gemacht werden müssen. Laufende empirische Arbeiten zeigen, dass ein „universelles Grundeinkommen“ das Potenzial zum Abbau von Armut und Ungleichheit besitzt, jedoch von der Verwaltungskapazität und Fähigkeit eines Landes abhängt, Sozialausgaben zielgerichteter zu gestalten.

ZUGANG ZU
BANKDIENST-
LEISTUNGEN

HINTER DEN KULISSEN

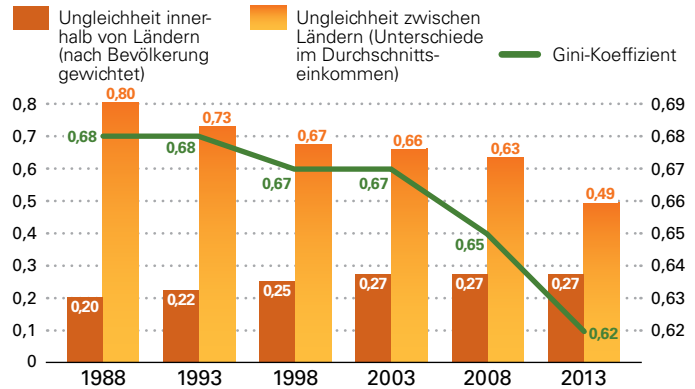
Förderung von inklusivem Wachstum

Es gibt zunehmend Beweise, dass Wirtschaftswachstum nicht immer allen Bürgern gleichermaßen zugutekommt und fehlende Inklusion aus makroökonomischer Sicht schädlich sein kann. Ein Papier des IWF zeigt, dass die Innenpolitik der Schlüssel dafür ist, starkes Wachstum in Wohlstand für alle zu übersetzen. Länder sollten politische Regelwerke einführen, die nachhaltiges Wachstum mit makroökonomischer Stabilität erhalten. Die Förderung von inklusivem Wachstum setzt Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung voraus und muss gleichzeitig dafür sorgen, dass höheres Wachstum nicht zu Lasten der Gleichheit geht. Der Kurs des IWF zum Thema Inklusives Wachstum, der 2013 eingeführt wurde, erörtert analytische und operative Instrumente zur Förderung von inklusivem Wachstum und gehört zu den am meisten gefragten Kursangeboten des IWF weltweit.



SCHAUBILD 1.3

Globale Ungleichheit nimmt ab ...



Quellen: Lakner und Milanović 2016; Milanović 2016; Weltbank 2016.

Hinweis: Die Balkenhöhe gibt das Niveau an globaler Ungleichheit gemessen durch die MLD wieder. Der Gini-Koeffizient gibt den Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung an, wobei ein Wert von 1 (oder 100 %) maximale Ungleichheit ausdrückt (rechte Skala).

WISSENSWERTES

... bleibt aber innerhalb der Länder hoch.

Obwohl das Einkommensgefälle zwischen Ländern kleiner geworden ist, stieg die Ungleichheit innerhalb von Ländern von Mitte der 1980er Jahre bis zur Mitte der 2000er Jahre, insbesondere in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zahlreiche Faktoren erklären diese Trends:

Technische Fortschritte kommen hauptsächlich Kapitaleigentümern und gut ausgebildeten Arbeitnehmern zugute.

Internationaler Handel ist zwar nach wie vor ein maßgeblicher Motor für Wachstum und Armutsbekämpfung, hat aber – zusammen mit arbeit sparenden Technologien und Outsourcing – in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu Stellenabbau und Verdrängung geführt.

Finanzintegration ohne geeignete Regulierung kann die Anfälligkeit gegenüber Finanzkrisen erhöhen und die Verhandlungsmacht von Kapital stärken.

Innenpolitische Maßnahmen haben in manchen Ländern die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerschaft gesenkt, die Unternehmenskonzentration erhöht, zu weniger progressiven Steuern geführt und den sozialen Schutz geschwächt.

Relevante SDGs

GESCHLECHTER GLEICHHEIT

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

WENIGER UNGLEICHHEITEN

Allmählicher Abbau von Korruption.

Gute Governance, zu der auch das Fehlen systemischer Bestechung gehört, ist für makroökonomische Stabilität und inklusives Wirtschaftswachstum entscheidend. Laut Forschungsergebnissen des IWF besteht ein Zusammenhang zwischen systemischer Bestechung – definiert als Missbrauch öffentlicher Ämter zum persönlichen Vorteil – und geringerem Wachstum, weniger Investitionen und mehr Ungleichheit.

Bestechung schwächt die Besteuerungsfähigkeit des Staates, unter anderem durch die Aushöhlung des Steuersystems durch wahrgenommene Ungerechtigkeit und Begünstigung, was die Staatskassen aufzehren kann. Bestechung verzerrt auch die öffentlichen Ausgaben, weil überdimensionierte, verschwenderische Projekte, die Bestechungsgelder bringen, gefördert werden und dann für Investitionen in das Gesundheits- und Bildungswesen, die positive Auswirkungen für die Wirtschaft und Gesellschaft zeitigen, die Mittel fehlen. Und weil arme Menschen stärker auf öffentliche Dienste angewiesen sind, sind sie auch überproportional von diesen Verzerrungen betroffen und werden in ihren wirtschaftlichen Chancen eingeschränkt.

Nachhaltiges und inklusives Wachstum ist ebenfalls gefährdet, wenn der Staat kein Geschäftsumfeld gewährleisten kann, das auf Unparteilichkeit und Rechtsstaatlichkeit beruht. Bestechungsgelder verteuern Investitionen – wenn Korruption fest im System verankert ist, wirkt Bestechung wie eine Investitionssteuer. Und wenn Korruption auf Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors überschwappt, bedeutet das auch eine Gefahr für die Finanzstabilität.

Bestechung kann zu Misstrauen gegenüber dem Staat und zu Spaltung in einem Land führen, was sich wiederum indirekt auf Stabilität und inklusives Wachstum auswirkt. Wenn zum Beispiel junge Leute wenig Nutzen darin sehen, in Know-how und Bildung zu investieren, werden die Aussichten auf vermehrte Produktivität gesenkt und Verbitterung geschürt.

Der IWF aktualisierte vor Kurzem seine Richtlinie zu Governance und Bestechung. Diese neue Richtlinie gibt Anleitung zur Bewertung der Art und des Ausmaßes der Bestechung und ihrer makroökonomischen Folgen. Im Sinne einer systematischeren, offeneren und einheitlicheren Arbeit zu Governance und Bestechung konzentriert sich die Richtlinie sowohl auf die „Angebotsseite“ der Bestechung (das gezahlte Bestechungsgeld) als auch auf die „Nachfrageseite“ (das entgegengenommene Bestechungsgeld). Der wirksame Umgang mit Bestechung muss Schritte zur Eindämmung direkter (Bestechung ausländischer Beamte) wie indirekter Bestechung (Geldwäsche) umfassen.

**BESTECHUNG
FÖRDERT
SINNLOSE
AUSGABEN**

IWF-Politik und Kapazitätsentwicklung im Kampf gegen Bestechung

Laut IWF-Richtlinie zu Governance und Bestechung erteilt der IWF ausführliche Politikberatung zur Bestechungsbekämpfung in seinen Berichten über individuelle Gesundheitschecks. Ratschläge wurden in Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Partnern oft im Hinblick auf laufende oder künftige IWF-Darlehen ausgearbeitet und spiegelten die Erkenntnisse der IWF-Missionen zur Kapazitätsentwicklung wider. Ausführliche Politikberatung zu Bestechungsbekämpfungsstrategien wurde im Rahmen mehrerer Artikel-IV-Prüfungen gewährt.

Wie wirkt sich Korruption auf die Wirtschaft aus?

Die Forschung des IWF zeigt, dass zwischen Bestechungsbekämpfung und höherem Wirtschaftswachstum ein Zusammenhang besteht: Ein Abrutschen vom 50. auf den 25. Prozentrang in einem Korruptions- oder Governance-Index entspricht einem Rückgang der jährlichen Wachstumsrate des BIP pro Kopf um einen halben Prozentpunkt oder mehr und einem Rückgang der Investition-zu-BIP-Quote um 1½–2 Prozentpunkte.

**BESTECHUNG
SORGT
FÜR UNMUT**

**BESTECHUNG
UNTER-
GRÄBT
VERTRAUEN IN
INSTITUTIONEN**

**BESTECHUNG
BENACHTEILIGT
BESONDERS DIE
ARMEN**

Relevantes SDG

**FRIEDEN,
GERECHTIGKEIT
UND STARKE
INSTITUTIONEN**



Technologischer Fortschritt soll allen zugutekommen.

Seit Beginn der Industriellen Revolution sind die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Arbeitsplätze und Ungleichheiten Grund zur Sorge. Dies ist insbesondere angesichts der rapiden Fortschritte in der Informationstechnologie der Fall. Der IWF untersucht dieses Thema auf verschiedenen Gebieten, darunter die Zukunft der Arbeit und Folgen für Finanzstabilität und Fiskalpolitik. Damit soll sichergestellt werden, dass makroökonomische Gesundheit und inklusives Wachstum durch technische Fortschritte unterstützt statt behindert werden.

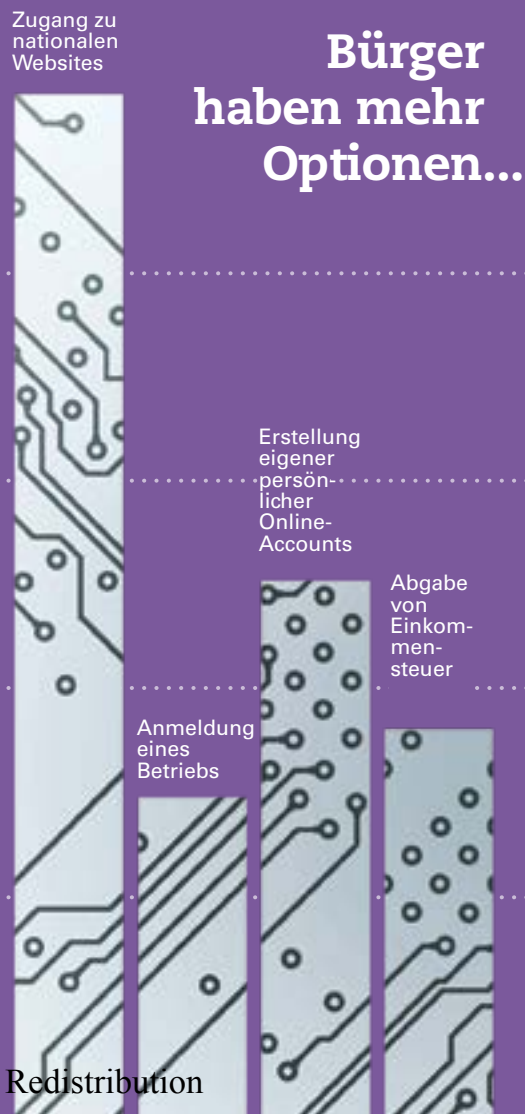
Weil Maschinen immer mehr Aufgaben ausführen können und im Vergleich zu Arbeitskräften billiger werden, könnten sie sich als disruptive Faktoren erweisen. Dies wiederum könnte zu geringeren und weniger stabilen Arbeitsplatzaussichten führen, ebenso zu mehr Ungleichheit, weil technischer Fortschritt tendenziell Unternehmen und die am besten ausgebildeten Arbeitnehmer begünstigt und dadurch den Schwund der Mittelschicht und das Gefälle zwischen den reichsten und ärmsten Bürgern verschärft. Ein Papier des IWF analysiert die Folgen der Technologie auf die Arbeit und unterbreitet politische Optionen, wie die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Bildung und Weiterbildung und den Einsatz von Fiskalpolitik, um eine breite Verteilung des Wachstums sicherzustellen.

Der IWF untersuchte auch Potenzial und Risiken neuer Finanztechnologien. Unter dem Begriff Fintech reiht sich ein Bündel neuer Technologien wie künstliche Intelligenz, Big Data, Biometrie und Distributed-Ledger-Technologien wie Blockchain. Diese Technologien bieten viele Vorteile, wie schnellere, billigere, transparentere, inklusivere und vielleicht sogar benutzerfreundlichere Finanzdienstleistungen. Künstliche Intelligenz plus Big Data könnten beispielsweise die Feststellung der Bonität automatisieren, Smart Contracts könnten Investoren den Verkauf von Vermögenswerten gestatten, wenn vordefinierte Marktbedingungen erfüllt sind, und Mobiltelefone könnten im Verbund mit der Distributed-Ledger-Technologie direkte Finanztransaktionen ganz ohne Banken ermöglichen. Der IWF kam zu dem Schluss, dass Digitalisierung die Steuerkonformität erleichtern und gleichzeitig die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen verbessern kann. Digitalisierung kann auch Governance und Transparenz der öffentlichen Haushalte verbessern und dadurch das Verschleiern korrupter Transaktionen erschweren.

Aber es gibt auch Risiken. Mit ihrem erhöhten Transaktionstempo und -volumen können neue Technologien zu mehr Volatilität auf den Märkten führen und die Anfälligkeit gegenüber Cyberangriffen erhöhen, Konzentrationsrisiken steigern und weniger interne Kontrollen veranlassen. Und sie können skrupellosen Taten die Tür öffnen – nicht nur Cyberangriffe und Verletzung der Privatsphäre, sondern auch Betrug, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Regulierungsinstanzen müssen sich auf diese neue Finanzwelt einstellen und Anfälligkeiten angehen, die sich aus neuen Gelegenheiten zu Betrug und Cyberangriffen ergeben.

SCHAUBILD 1.4

Öffentliche Digitalisierung: Länder mit ausgewählten digitalen Diensten, 2016



Wie kann Fintech ohne Beeinträchtigung von Innovationen reguliert werden?

Mehr Aufsicht. Finanzdienstleistungen verlagern sich zunehmend von gut definierten Vermittlern auf lockere Netzwerke und Marktplattformen; deshalb sollte die Regulierung auf spezifische Finanzdienstleistungen und Institutionen wie Banken und Versicherungsgesellschaften ausgerichtet werden.

Mehr internationale Koordination. Weil für technologische Netzwerke und Plattformen keine Landesgrenzen gelten, muss mithilfe von internationaler Koordination der regulatorische Wettlauf nach unten gestoppt werden.

Modernere Rechtsgrundsätze. Klärung von Rechten und Pflichten in der neuen Finanzlandschaft, einschließlich des rechtlichen Status und der Eigentümerschaft digitaler Vermögenswerte und Wertmarken (Tokens).

Stärkere Governance. Ausarbeitung von Regeln und Standards, die die Integrität von Daten, Algorithmen und Plattformen sicherstellen, sowie erhöhter Verbraucherschutz in zahlreichen Dimensionen, darunter transparente und ausgewogene Verträge und Datenschutzrechte.

HINTER DEN KULISSEN

Die Digitalisierung – die Integration digitaler Technologien in das Alltagsleben, die die Verfügbarkeit und Verarbeitung zuverlässigerer, aktuellerer und genauerer Daten erleichtern, – birgt große Chancen und Herausforderungen für die Fiskalpolitik.

Die Aprilausgabe 2018 des *Fiscal Monitor* analysiert, wie die Digitalisierung die Ausgestaltung und Umsetzung von Fiskalpolitik jetzt und in Zukunft ändern kann, und veranschaulicht dies mit Beispielen zu Steuerverwaltung und Steuerpolitik, Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und wirtschaftlichen Ausgaben. Die Analyse legt nahe, dass die Einführung digitaler Instrumente die Eintreibung indirekter Steuern an der Grenze pro Jahr um bis zu 2 Prozent des BIP anheben könnte. Auf der Ausgabenseite zeigen die Erfahrungen in Indien und Südafrika, wie die Digitalisierung zur Verbesserung des sozialen Schutzes und zur Bereitstellung von Sozialleistungen beitragen kann. Um die Risiken aus der Digitalisierung zu reduzieren, sind eine umfassende Reformagenda, angemessene Ressourcen und ein koordinierter Ansatz zugunsten einer langfristig ausgelegten internationalen Steuerarchitektur erforderlich.

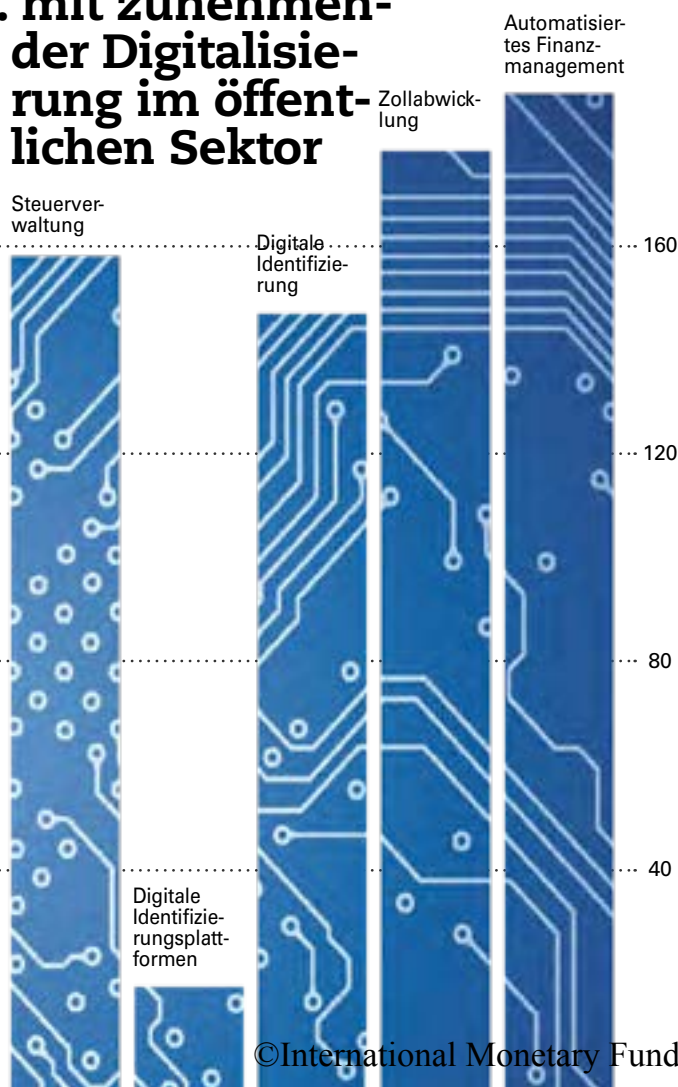
Relevantes SDG

INDUSTRIE,
INNOVATION UND
INFRASTRUKTUR



Quellen: e-Government Survey der Vereinten Nationen 2016; Weltbank 2016
Hinweis: Die Vereinten Nationen erheben Daten von 193 Nationen.

... mit zunehmender Digitalisierung im öffentlichen Sektor



Höhepunkte aus den Regionen

Reise nach Indonesien

Zusammenarbeit für ein gemeinsames Ziel

Die Jahrestagung von IWF und Weltbank findet im Oktober 2018 in Bali statt. Die Tagung ist eine einmalige Gelegenheit für Indonesien und Asien, ihre Erfolge vorzustellen und anderen Ländern über ihre Erfahrungen zu berichten. Indonesien und seinen ASEAN-Partnern ist es gelungen, eine dynamische Mittelklasse zu schaffen und Millionen von Menschen höhere Lebensstandards zu ermöglichen. Das kräftige Wachstum der letzten zwei Jahrzehnte hat einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Weltwirtschaft geleistet.



IWF-Direktorin Christine Lagarde in der Borobudur-Tempelanlage (linke Seite); Treffen mit Präsident Jokowi (diese Seite oben) und Besuch am Indonesien-Stand an der Frühjahrstagung 2018 (diese Seite unten rechts).



BEZIEHUNGEN UND KOOPERATIONEN IN DER REGION PFLEGEN

20-JÄHRIGES BESTEHEN DES REGIONALBÜROS FÜR ASIEN UND PAZIFIK

Mehr als 400 Personen, darunter die Zentralbankgouverneure der Mongolei und Nepals, nahmen an den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen des Regionalbüros für Asien und Pazifik (OAP) teil, zu denen IWF und das Finanzministerium im November nach Tokio geladen hatten.

Der Empfang bedeutete ein freudiges Wiedersehen im OAP, kamen doch die ehemaligen Direktoren, darunter der erste Direktor Kunio Saito, und Mitarbeiter aus Übersee, die früher für den IWF tätig waren und engagiert an der Eröffnung des Regionalbüros in Tokio 1997 mitgewirkt hatten. Taro Aso, Stellvertretender Premierminister, und Haruhiko Kuroda, Gouverneur der Bank of Japan, hielten die Festreden.

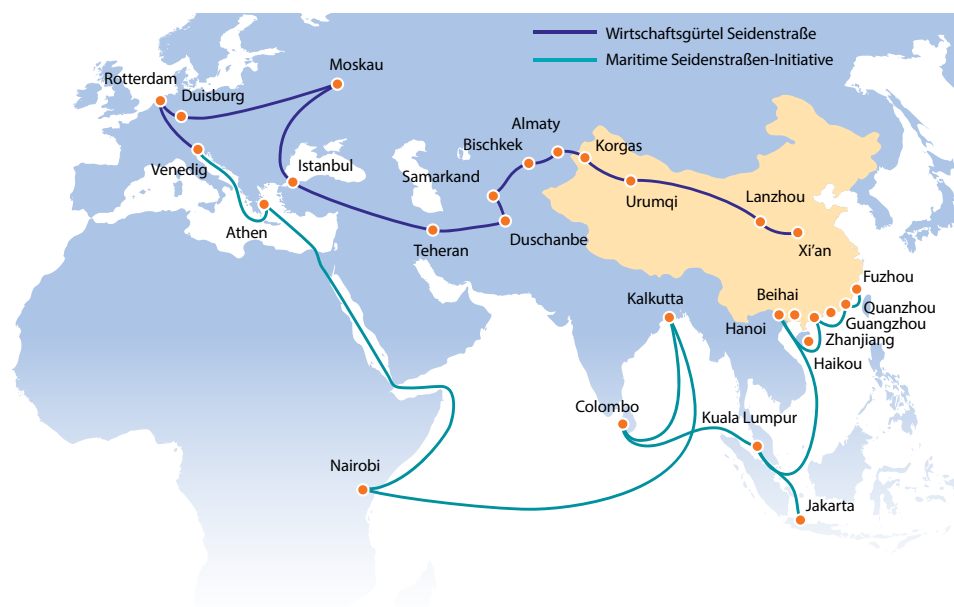
In ihrer Keynote-Ansprache erwähnte die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde japanische *Gakuensai*, die ungemein beliebten und von Studenten organisierten Universitäts-

festen, und bezeichnete sie als „zukunftsorientiert“ und „fest in gemeinsamen Erlebnissen verankert“, was denn auch eine passende Beschreibung für die Partnerschaft zwischen Japan und dem IWF sei.

Mehr als 60 Stipendiaten des Japan-IMF Scholarship Program for Asia (JISPA) nahmen an einem Townhall Meeting teil und wollten wissen, wie der IWF die Gefahren für das Wirtschaftswachstum in Asien einschätze. JISPA wird vom Finanzministerium finanziert und über das OAP verwaltet.

Das OAP will die Präsenz des IWF in der Region ausweiten, indem es weiterhin das JISPA verwaltet und Seminare zum Kapazitätsaufbau sowie Konferenzen zur Politik in der Region veranstaltet. Darüber hinaus sollen die Beziehungen des IWF anhand von regionalen Foren, einschließlich der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) und der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), gepflegt werden.





BELT AND ROAD INITIATIVE

Chinas „Belt and Road Initiative“ wurde 2013 auf den Weg gebracht und will Verbundenheit und Kooperation bei Infrastruktur, Handel, Finanzen und den Austausch unter den Völkern fördern, indem sie Asien über den Nahen Osten mit Europa und Afrika und über den Pazifik mit den Ländern Lateinamerikas verknüpft. Auf dem viel beachteten Belt and Road Forum for International Cooperation, zu dem China im Mai 2017 geladen hatte, wurde ein erster Wegweiser

für die Initiative präsentiert. Die Initiative wird voraussichtlich beträchtliche Mittel aus China und verschiedenen anderen Quellen aufbringen, auch aus dem Privatsektor, um Entwicklung und Wachstumsaussichten zu fördern und zu verbessern.

Es folgte eine hochrangig besetzte Konferenz zu den makroökonomischen und finanziellen Regelwerken zur erfolgreichen Umsetzung der „Belt and Road Initiative“ im April 2018. Die Gespräche konzen-

trierten sich darauf, wie das Potenzial der Initiative realisiert und ihr Nutzen voll ausgeschöpft, gleichzeitig aber Schuldentragfähigkeit und Auswahl der geeigneten Vorhaben sichergestellt werden können. In ihrer Rede wies IWF-Direktorin Lagarde darauf hin, dass höhere Infrastrukturinvestitionen dazu beitragen können, inklusives Wachstum zu fördern, mehr ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen und Arbeitsstellen zu

schaffen. Sie unterstrich aber auch die Notwendigkeit, der Ausgestaltung der Finanzierungsbedingungen in Ländern mit hoher Staatsverschuldung große Aufmerksamkeit zu widmen, um Vereinbarungen zu vermeiden, die sowohl China als auch seine Partnerregierungen in finanzielle Schwierigkeiten bringen könnten. Sie betonte auch die Bedeutung transparenter Entscheidungsprozesse.

Im Rahmen der Veranstaltung weihten IWF-Direktorin Lagarde und der Gouverneur der People's Bank of China Yi Gang das China-IMF Capacity Development Center (CICDC) ein. Das Zentrum für die Kapazitätsentwicklung will die Zusammenarbeit mit den Ländern mithilfe der Durchführung von Fortbildungen, Workshops und Peer-Learning-Events vertiefen, die auf die Unterstützung von nachhaltigem und inklusivem Wirtschaftswachstum abzielen. Das CICDC wird in Peking ansässig sein und die Arbeit innerhalb und außerhalb Chinas unterstützen, so auch in Ländern, die Teil der Belt and Road Initiative sind.

In nachhaltige Entwicklung investieren

UNERSCHLOSSENES ERTRAGSPOTENZIAL

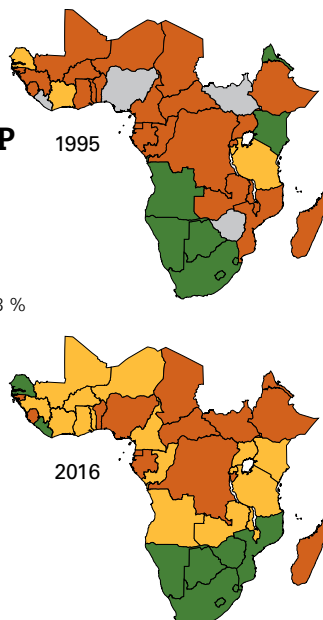
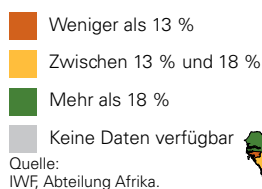
Die allumfassende politische Herausforderung in Afrika südlich der Sahara besteht in der Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele und damit der Verbesserung des Lebensstandards. Die zuverlässigste Quelle für Entwicklungsfinanzierung sind im Inland erzielte Einnahmen. Mit der Unterstützung des IWF in Form von Kapazitätsentwicklung und Darlehen hat die Region in den letzten zwei Jahrzehnten beträchtliche Fortschritte gemacht (*Schaubild 1.5*), sie besitzt aber noch reichlich Potenzial für eine verbesserte inländische Einnahmenerhebung.

Nach den Schätzungen in einer unlängst durchgeführten Studie des IWF könnte Afrika südlich der Sahara bis zu 5 Prozent des BIP in zusätzlichen Steuereinnahmen mobilisieren – weitaus mehr als die jährliche internationale Entwicklungshilfe. Zur Erschließung dieses Potenzials müssen die Länder ihre Bestrebungen zur Modernisierung von Steuer- und Verwaltungssystemen und Verbreiterung der Steuerbasis fortsetzen.

SCHAUBILD 1.5

Afrika südlich der Sahara: Steuereinnahmen zu BIP

(Prozent des BIP)



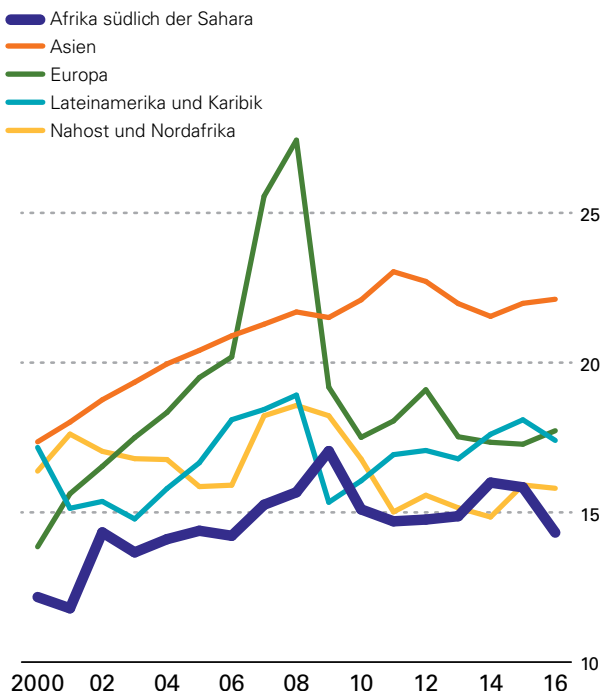
PRIVATINVESTITIONEN ZUR BELEBUNG DES WACHSTUMS

Die Privatinvestitionen in Afrika südlich der Sahara sind niedriger als in anderen Regionen (*Schaubild 1.6*). Mehr Privatinvestitionen aus dem In- und Ausland sind für nachhaltiges und inklusives Wachstum unabdingbar. Empirische Analysen legen nahe, dass gegenwärtige und künftige Wirtschaftstätigkeit der wichtigste Faktor für Investitionsentscheidungen privater Firmen ist. Darüber hinaus wird die Auswirkung von Wachstum auf private Investitionsentscheidungen durch bessere Regelwerke zu Regulierung und Insolvenz, tiefere Finanzmärkte und Liberalisierung des Handels gestärkt.

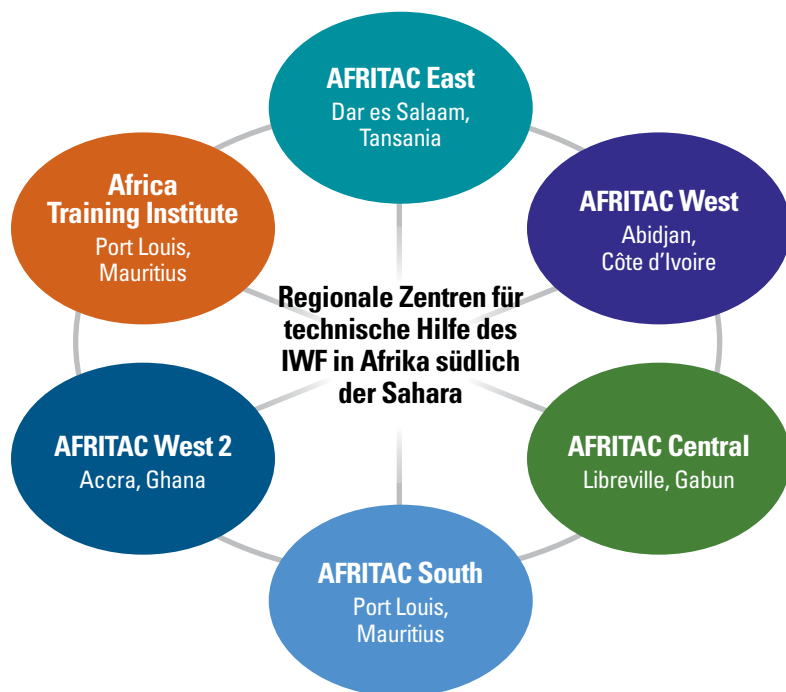
SCHAUBILD 1.6

Entwicklungsländer: Privatinvestitionen zu BIP, 2000–16

(Prozent des BIP)



Quelle: IWF, World Economic Outlook Database.



PEER LEARNING IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Ein Netz aus sechs Regionalzentren, die ganz Afrika südlich der Sahara abdecken, koordiniert den Großteil der Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF und unterstützt den Aufbau von Wirtschaftsinstitutionen und gute Governance in der Region. Diese Zentren sorgen für eine enge Koordination mit den Beamten aus den Mitgliedsländern und anderen Entwicklungspartnern und werden von Entwicklungspartnern, Mitgliedsländern und dem IWF finanziert. Praktische Ratschläge, regionale Fortbildung und politikorientierte Workshops werden durch Peer-Learning-Veranstaltungen ergänzt, damit die Länder

bewährte Praktiken austauschen und die regionale Integration vertiefen können. 2018 fanden statt: ein Workshop zu wirtschaftlicher Vielfalt und Wachstum, der gemeinsam mit der Regierung von Senegal und dem Compact with Africa der G20 ausgerichtet wurde; in Zusammenarbeit mit dem African Center for Economic Transformation und der Regierung von Ghana eine Konferenz über die Mobilisierung inländischer Einkünfte zur Überwindung der Abhängigkeit von Hilfe sowie eine gemeinsam mit der Regierung von Ruanda und UN Women organisierte Konferenz zur Förderung der Geschlechtergleichheit. Ein weiteres wichtiges Thema war die Nutzung digitaler Technologien zur Unterstützung der Besteuerung.

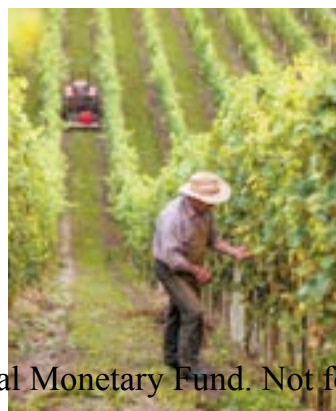


Stabilisierung und Stärkung der europäischen Wirtschaft

ZENTRALISIERTE FISKALKAPAZITÄT FÜR DEN EURORAUM

Die Krise des Euroraums verdeutlichte Unzulänglichkeiten im Apparat der Währungsunion. Mitarbeiter des IWF zeigten auf, dass eine stärkere Integration den Euroraum widerstandsfähiger gegenüber Schocks machen würde. Ein Papier des IWF umreißt einen Vorschlag für eine zentralisierte Fiskalkapazität für den Euroraum, die sowohl landesspezifische als auch gemeinsame Schocks abfedern könnte. Es schlägt insbesondere einen makroökonomischen Stabilisierungsfonds vor, der über jährliche Beiträge der Länder finanziert würde. Diese Beiträge würden in guten Zeiten ein Polster schaffen, das in schlechten Zeiten an die Länder ausgezahlt würde. Außerdem wurde eine Kreditfazilität angeregt für den Fall, dass große Schocks die Fondsmittel erschöpfen.

Simulationen zeigen, dass selbst bei relativ bescheidenen Beiträgen ein derartiger Fonds in einer Flaute für eine angemessene makroökonomische Stabilisierung sorgen kann. Zur zentralisierten Fiskalkapazität gehört die länderübergreifende Teilung der Risiken; zur Vermeidung ungebührlichen Risikoverhaltens müssten Auszahlungen deshalb an die strenge Einhaltung der fiskalischen Regeln der Europäischen Union gekoppelt sein. Das Papier erörtert zudem mehrere Aspekte, mit denen permanente Transfers zwischen Ländern vermieden werden und die Funktionsweise der zentralisierten Fiskalkapazität so automatisch wie möglich gemacht werden sollen, um Streitigkeiten über ihren Ablauf einzudämmen. Beides wichtige Punkte, um die Fiskalkapazität politisch vertretbar zu machen.





FRANKREICH: UMGESTALTUNG DER WIRTSCHAFT

Eine Konferenz in Paris über die „Umgestaltung der französischen Wirtschaft und Vervollständigung der Integration des Euroraums“ brachte im Februar 2018 führende Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter des Privatsektors zusammen. Bei den Gesprächen ging es um die Frage, wie man die Widerstandskraft und das Wachstumspotenzial Frankreichs und des Euroraums stärken könnte. Die Konferenz wurde gemeinsam von IWF und dem Schatzministerium Frankreichs veranstaltet.

In einem Gespräch mit dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire betonte IWF-Direktorin Christine Lagarde, dass man die gegenwärtige

Erholung unbedingt zur Durchsetzung einer ambitionierten Reformagenda auf nationaler wie europäischer Ebene nutzen müsse, um Beschäftigung und Produktivität zu steigern.

POLITIKDEBATTEN IN DEUTSCHLAND

Hochrangige Ökonomen und Politiker aus Deutschland und anderen Ländern kamen im Januar 2018 zu einer gemeinsam von IWF und der Deutschen Bundesbank veranstalteten Konferenz zusammen, um über wirtschaftspolitische Debatten zu sprechen. Die Konferenz konzentrierte sich auf Themen, die heftig debattiert werden: Entwicklung der Löhne und der Inflation, die geeignete fiskalpolitische Haltung, der gegenwärtige Leistungsbi-

lanzüberschuss Deutschlands und die Agenda für den Euroraum und Deutschland in der Zeit nach der Krise. IWF-Direktorin Christine Lagarde und Bundesbankpräsident Jens Weidmann hielten Grundsatzreden auf der Veranstaltung, die von einem lebhaften Meinungsaustausch geprägt war und dem IWF Gelegenheit bot, seine Beziehungen zu Deutschland zu vertiefen.

NACHHALTIGE ERHOLUNG IN SPANIEN

Die erfolgreiche Bewältigung der Finanzkrise durch Spanien stand im Mittelpunkt der Konferenz „Spanien: Von Erholung zu Widerstandskraft“, zu der im April 2018 der IWF und der Banco de España nach Madrid geladen hatten. Die Konferenzteilnehmer

tauschten gesammelte Erfahrungen und politische Optionen aus, die einen nachhaltigen und inklusiven Weg nach vorn sicherstellen sollen. Der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des IWF, David Lipton, hielt eine Keynote-Ansprache. Die vorrangigen Herausforderungen für die Wirtschaft Spaniens betreffen die hohe öffentliche Verschuldung, die unvollendete Arbeitsmarktreform sowie schwache Produktivitäts- und Wachstumsaussichten über einen mittelfristigen Zeithorizont. Konferenzthemen waren auch Wege zur weiteren Stärkung der europäischen Architektur, insbesondere durch Vervollständigung der Bankenunion.

Höhepunkte aus den Regionen

Regierungsreformen zur Förderung von inklusivem Wachstum

WIE REGIERUNGEN IM NAHEN OSTEN JETZT HANDELN KÖNNEN

Sieben Jahre nach dem Arabischen Frühling streben die Menschen in der Region immer noch nach mehr wirtschaftlichen Chancen und Wohlstand. 60 Prozent der Bevölkerung in der Region sind jünger als 30 Jahre, und 27 Millionen junge Menschen werden in den nächsten fünf Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen. „ACT NOW“, „Jetzt handeln“, heißt deshalb die Devise der Politiker, wenn sie Möglichkeiten dazu eröffnen wollen. Die Konferenz „Chancen für alle“ in Marrakesch, die vom IWF, dem Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, dem Arabischen Währungsfonds und der Regierung Marokkos im Januar 2018 veranstaltet wurde, forderte die Staaten dazu auf, Reformen Vorrang einzuräumen, die mehr inklusives Wachstum fördern. Eine wichtige Rolle spielen dabei:

Eigenverantwortung: Förderung von Transparenz, Stärkung der Institutionen, Bestechungsbekämpfung

Wettbewerb: Förderung des Privatsektors durch besseren Zugang zu Finanzmitteln und durch Regulierung

Technik und Handel: Müssen genutzt werden, um neue Wachstumsquellen zu erschließen

Niemand bleibt zurück: Aufbau starker Sicherheitsnetze und Stärkung der Rechte von Jugendlichen, Frauen, der Landbevölkerung und von Flüchtlingen

Chancen: Bessere Sozialausgaben und Investitionen und gerechtere Besteuerung

Arbeit: Investitionen in Menschen und Bildungsreformen, um Arbeitnehmer für die neue Wirtschaft fit zu machen.



IWF-Chefin Christine Lagarde besucht das Amal Women's Training Center und das marokkanische Restaurant in Marrakesch.



ÄGYPTEN: REFORMPROGRAMM TRÄGT ZUR STABILISIERUNG DER WIRTSCHAFT BEI

Der langwierige politische Übergang und die regionale Instabilität nach 2011 verschärften in Ägypten althergebrachte strukturelle Herausforderungen. Daraus resultierten langsames Wachstum, hohe öffentliche Verschuldung und aufgezehrte staatliche Reserven. 2016 erarbeiteten die Behörden ein Programm mit politischen Maßnahmen und Strukturreformen zur Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität. Das Programm wird von einer dreijährigen erweiterten Vereinbarung unter der Extended Fund Facility des IWF unterstützt, die auf Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit, Abbau der Staatsverschuldung und Förderung von inklusivem Wachstum abzielt.

Ein zentraler Bestandteil des Programms war bes-

sere Mobilisierung von Einkünften. Eine diagnostische Bewertung der Steuerverwaltung ermittelte Bereiche mit Verbesserungspotenzial, darunter das Einreichen von Steuererklärungen und Zahlungen. Die Steuerbehörde Ägyptens führte in Zusammenarbeit mit METAC (dem Regionalen Zentrum für die Kapazitätsentwicklung des IWF in Beirut) neue Verfahren in Pilotämtern ein. Die Ergebnisse dieser Pilotämter sind vielversprechend. Die Quoten für Eintreibung und Abgabe sind in den Pilotämtern im Durchschnitt doppelt so hoch wie in anderen Finanzämtern. Die ägyptische Regierung will diese Reformen ausweiten, um Steuerhinterziehung und Korruption Einhalt zu gebieten.

Nach einem Jahr Laufzeit des Programms wurden ein Rückgang der externen und fiskalischen Defizite und mehr Wachstum festgestellt. Das Reformprogramm der Behörden

spielt eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung, etwa bei der Linderung der Devisenknappheit, Stärkung der Sozialhilfe und Expansion von Privatinvestitionen und Wachstum.

REPARATUR DES FINANZSEKTORS IM KAVKASUS UND IN ZENTRALASIEN

Externe Schocks seit 2014, wie niedrigere Rohstoffpreise und langsames Wachstum bei den wichtigsten Handelspartnern, setzen den Bankensektor in den acht Ländern des Kaukasus und Zentralasiens (CCA) unter Druck. Diese Schocks verschärfen finanzielle Anfälligkeiten, wie schlechte Qualität der Vermögenswerte, hohe Dollarisierung, Kreditvergabe an verbundene Unternehmen sowie Unzulänglichkeiten in der Finanzregulierung und Aufsicht. Alle CCA-Länder haben in Reaktion auf die Schocks zwar politische Maßnahmen ergriffen,

sie müssen jedoch noch mehr tun, um die Gesundheit ihres jeweiligen Bankensektors wiederherzustellen.

Die genaue Strategie wird vom finanziellen Zustand der Banken abhängen und eine Priorisierung der Ziele notwendig machen. Länder, in denen die Risiken für die Finanzstabilität weiterhin erhöht sind, sollten sich auf eine genaue Bewertung des Zustands ihrer Banken konzentrieren und nicht tragfähige Banken auflösen. Man sollte sich auch um eine Stärkung der Regelwerke zu Regulierung und Aufsicht in allen CCA-Ländern bemühen. Dazu zählen auch die folgenden Reformen: eine starke Governance-Struktur, die unabhängiges Risikomanagement, Compliance und interne Kontrollen einführt; wirksame, risikobasierte und konsolidierte Aufsicht; makroprudenzielle Regelwerke sowie eine verbesserte Kreditrisikobewertung. Mit starker Unterstützung der Behörden könnten diese Maßnahmen es dem Bankensektor erlauben, umfassend zu höherem und inklusivem Wirtschaftswachstum beizutragen.

Wirtschaftliche Herausforderungen meistern

KARIBIKFORUM: WACHSTUM FREISETZEN UND WIDERSTANDSKRAFT STÄRKEN

Der Zeitpunkt für das hochrangige Karibikforum, das im November 2017 in Kingston, Jamaika, stattfand, war gut gewählt, weil die Region mehreren Herausforderungen gegenübersteht: fiskalische und finanzielle Anfälligkeiten, Jugendarbeitslosigkeit und die Gefahr häufiger und kostspieliger Naturkatastrophen, die zusammen das Wachstum der Region behindern. Teilnehmer erörterten den Ausgleich von

Schulden und Wachstum im gegenwärtigen Konjunktur- und Politikzyklus.

Im Anschluss an das Forum kam die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde zu einer Versammlung mit Studenten an der University of the West Indies, wo der IWF-Stab ein neues Buch vorstellte: *Unleashing Growth and Strengthening Resilience in the Caribbean*. Das Buch (In der Karibik Wachstum freisetzen und Widerstandskraft stärken) fasst die neuesten Forschungsergebnisse des IWF zu den Volkswirtschaften der

Karibiknationen zusammen. Es analysiert die makroökonomischen Ungleichgewichte der Region und untersucht strukturelle Hindernisse für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in den stark vom Tourismus geprägten Volkswirtschaften.

Jamaika arbeitet eng mit dem IWF am Aufbau starker volkswirtschaftlicher Institutionen zusammen, um einige dieser Herausforderungen anzugehen. Viel Arbeit wird über das CARTAC (das Regionale Zentrum für die Kapazitätsentwicklung des IWF in Barbados) koordiniert.

MAKROÖKONOMISCHE STABILITÄT IN PARAGUAY

Im März 2018 kam die



Geschäftsführende Direktorin zu einem Treffen mit Präsident Horacio Cartes und anderen hochrangigen Beamten nach Asunción; sie besuchte auch soziale Projekte und nahm an mehreren Informationsveranstaltungen teil. Seit dem letzten Besuch eines Geschäftsführenden Direktors des IWF waren 24 Jahre vergangen, und so betonte Lagarde das beachtliche Wirtschaftswachstum und die sozialen Fortschritte Paraguays. Die Gespräche konzentrierten sich auf die Bedeutung, die der Stärkung der makroökonomischen Stabilität Paraguays, der Sicherung von inklusivem Wachstum und der Nutzung der „demografischen Dividende“ des Landes mit seiner relativ jungen Bevölkerung zukommt. Der Nationale Entwicklungsplan von Paraguay räumt Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit und Bildung Vorrang ein.



Krishna Srinivasan (links), stellvertretender Direktor der IWF-Abteilung Westliche Hemisphäre, unterhält sich mit Peter Blair Henry (rechts), Dekan der New York University Stern School of Business, am Karibikforum 2017 in Kingston, Jamaika.



Teil 2: Unsere Arbeit

Der IWF hat drei zentrale Tätigkeitsbereiche

Volkswirtschaftliche Überwachung

Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer. Im Rahmen dieses Überwachungsprozesses, der sowohl auf globaler Ebene als auch auf der Ebene der einzelnen Länder stattfindet, identifiziert der IWF mögliche Risiken für die Stabilität und berät unterstützend zu notwendigen politischen Anpassungen.

136 Länder im Gesundheitscheck



Kapazitätsentwicklung

Der IWF arbeitet mit Regierungen in aller Welt an der Modernisierung ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Institutionen und an der Ausbildung ihrer Bürger, womit ein Beitrag zu inklusivem Wachstum geleistet wird.

303 Mio. US\$ für praktische fachliche Beratung, politikorientierte Ausbildung und Peer Learning

Kreditvergabe

Der IWF stellt Mitgliedsländern mit aktuellen oder potenziellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite bereit, um ihnen bei der Wiederauffüllung ihrer internationalen Reserven, der Stabilisierung ihrer Währung, der fortlaufenden Bezahlung von Importen sowie bei der Wiederherstellung der Wachstumsvoraussetzungen für eine starke Wirtschaft zu helfen. Gleichzeitig wird eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme angestrebt.

91 Mrd. US\$ an vier Länder sowie 2,4 Mrd. US\$ an 14 Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen



Volkswirtschaftliche Überwachung

Mit seiner „Überwachung“ beaufichtigt der IWF das internationale Währungssystem, überwacht weltwirtschaftliche Entwicklungen und nimmt einen Gesundheitscheck der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer vor. Des Weiteren zeigt der IWF mögliche Stabilitätsrisiken für seine Mitgliedsländer auf und berät deren Regierungen zu potentiellen Politikanpassungen, damit das internationale Währungssystem sein Ziel erreichen kann, den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital unter den Ländern zu fördern und dadurch solides Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten.



EINFÜHRUNG

Die Überwachungsarbeit des IWF unterscheidet zwei Aspekte: die „bilaterale Überwachung“, für die der IWF die Bewertung der und Beratung zu den politischen Maßnahmen eines jeden Mitgliedslands leistet, sowie die „multilaterale Überwachung“, also die Analyse der Weltwirtschaft oder einer Gruppe von Ländern mit gemeinsamen Merkmalen. Die Integration von bilateraler und multilateraler Überwachung erlaubt dem IWF eine umfassendere und einheitlichere Analyse sogenannter Spillovers, d. h. von Übertragungseffekten von der Politik eines Landes auf andere Länder.

Kernstück der bilateralen Überwachung ist die Artikel-IV-Konsultation, benannt nach dem Artikel des IWF-Übereinkommens, der die Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungen und Politiken in jedem einzelnen Mitgliedsland des IWF vorschreibt.

Die multilaterale Überwachung ist auf globale und regionale Wirtschaftstrends ausgerichtet und analysiert Spillovers von der Politik der Mitglieder auf die Weltwirtschaft.

Der IWF überwacht auch regionale und globale Wirtschaftstrends und analysiert die Auswirkungen, die die Politik eines Mitgliedslands auf seine Nachbarn und die Weltwirtschaft haben kann. Er veröffentlicht regelmäßig Berichte und Analysen zu diesen Trends. Der *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick) enthält eine ausführliche Analyse zur Weltwirtschaft und ihren Wachstumsaussichten und behandelt Fragestellungen wie die makroökonomischen Folgen der Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten und das Potenzial für globale Spillovers. Im Fokus stehen insbesondere jene Effekte, die sich aus der Wirtschafts-, Haushalts- und Geldpolitik großer, global maßgebender Volkswirtschaften wie den USA, China und der Euroraum ergeben können. Der *Global Financial Stability Report* (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) bewertet die globalen Kapitalmärkte, finanziellen Ungleichgewichte und Schwachstellen, die die Finanzstabilität gefährden könnten. Der Bericht aktualisiert mittelfristige Haushaltsprognosen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Haushalte. In seinen Regional Economic Reports veröffentlicht

der IWF ausführliche Analysen wichtiger Wirtschaftsregionen der Welt.

BILATERALE ÜBERWACHUNG

Ablauf einer Artikel-IV-Konsultation: Eine jährliche Bewertung

Die Konsultationen decken eine Reihe von Themenbereichen mit makrokritischer Bedeutung ab (Haushalt, Finanzen, Wechselkurse, Geld- und Strukturpolitik) und konzentrieren sich dabei auf Risiken und Schwachstellen sowie die politischen Reaktionen. Ökonomen und andere Stabsmitarbeiter des IWF sind in den Artikel-IV-Konsultationsprozess einbezogen.

Die Konsultation sieht einen wechselseitigen politischen Dialog zwischen IWF und den Behörden eines Landes vor. Das IWF-Team trifft sich mit Regierungsbeamten und Vertretern der Zentralbank sowie anderen Stakeholdern eines Landes – u. a. Parlamentariern, Vertretern aus der Geschäftswelt, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften –, um die Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Ausrichtung eines Landes zu bewerten. Der IWF-Stab legt dann normalerweise dem Exekutivdirektorium einen Bericht zur Erörterung vor. Damit ist die Konsultation abgeschlossen und der IWF übermittelt den Länderbehörden eine Zusammenfassung des Treffens. In den meisten Fällen wird die Bewertung durch das Direktorium als Pressemitteilung zusammen mit den entsprechenden Stabsberichten veröffentlicht, sobald das Mitgliedsland dieser Veröffentlichung zustimmt. Im Lauf des GJ 2018 führte der IWF 134 Artikel-IV-Konsultationen durch (*Webtabelle 2.1*).

Überprüfung der Bewertung der Finanzstabilität

Eine Untersuchung des Gesundheitszustands der Finanzsektoren der Mitgliedsländer ist wichtig für den Erhalt der globalen Finanzstabilität. Alle fünf Jahre nimmt der IWF obligatorische Bewertungen zu 29 Ländern vor, deren Finanzsektoren systemweite Bedeutung zugemessen wird, und bewertet die Finanzsektoren anderer Mitgliedsländer auf freiwilliger Basis. Elemente dieser Prüfungen sind tiefgreifende Beurteilungen der Belastbarkeit und Regulierung unter dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP), das dem IWF-Stab zur Feststellung landesspezifischer Risiken

und zur Empfehlung von Maßnahmen zur Vermeidung von Finanzkrisen dient.

Die Liste der systemisch wichtigen Finanzsektoren (Systemic Important Financial Sectors, SIFS) und die Häufigkeit der vorgeschriebenen Bewertungen der Finanzstabilität werden Thema der FSAP-Überprüfung 2019 sein. Im Februar 2018 informierte der IWF-Stab die Exekutivdirektoren zu möglichen Überarbeitungen der Methodik zur Identifizierung von SIFS. Der Stab unterstrich die zentrale Rolle der FSAPs und erwähnte den Schwerpunkt auf Transparenz, Gleichförmigkeit, Objektivität und datenbasierter Analyse.

In Entwicklungsländern und Schwellenmärkten werden die Bewertungen der Finanzstabilität gemeinsam mit der Weltbank durchgeführt. Beide Organisationen helfen also dabei, die Richtung für die Überwachung der globalen Finanzstabilität im kommenden Jahrzehnt festzulegen.

Zwischenprüfung der Überwachung 2018

Im April 2018 erörterte das Exekutivdirektorium die „Zwischenprüfung der Überwachung“. Dem Stabspapier zufolge ist die IWF-Überwachung nun besser an die globalen Umstände angepasst, stärker integriert und risikobasiert. Bilaterale wie multilaterale Überwachung basieren auf einem gemeinsamen und tieferen Verständnis der globalen und sektoralen Verknüpfungen. Im Vorfeld der „Umfassenden Überprüfung der Überwachung“ 2020 wird eine Verbesserung der Überwachungstätigkeit vorgenommen: feinere Abstimmung der Bewertungen des Außenwirtschaftssektors, Aufrechterhaltung der Fortschritte zur makrofinanziellen Überwachung und Eingliederung der Erfahrungen aus Pilotprojekten zu makrofinanziellen,

makrostrukturellen und aufkommenden Problemstellungen. Die Überprüfung 2020 wird zudem dafür sorgen, dass die Überwachungsarbeit des IWF dem rapiden technischen Wandel unserer Zeit besser Rechnung tragen kann.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die Zwischenprüfung der Überwachung und stimmten im Allgemeinen mit deren Schlussfolgerungen und Empfehlungen überein. Sie verwiesen darauf, dass die bessere Integration von bilateraler und multilateraler Überwachung zu einem vertieften Verständnis der globalen Risiken und Spillovereffekte geführt habe. So forderten sie den Stab auf, bei der Überwachungsarbeit sich weiterhin um ein Verständnis der Spillovereffekte nach außen zu bemühen und sie gründlich und einheitlich zu behandeln, so auch durch die Einbindung der Mitgliedsländer. Die Exekutivdirektoren würdigten die Arbeit zur Stärkung der Bewertungen des Außenwirtschaftssektors und merkten an, dass sich die fiskalpolitische Beratung ständig an die immer neuen Herausforderungen der Mitglieder anpasse. Sie begrüßten den Fortschritt, der bei der Eingliederung der makrofinanziellen Analyse in die bilaterale Überwachung erzielt wurde, und sprachen sich für weitere Arbeit zur Einbindung der makrofinanziellen Überwachung und Ausdehnung ihrer Reichweite aus. Sie fanden, dass die Expertenanalyse des IWF in den Kernbereichen seiner Tätigkeit und die Lektionen aus länderübergreifenden Erfahrungen noch nicht ausreichend genutzt werden, und forderten eine bessere Integration von Kapazitätsentwicklung und Überwachung. Des Weiteren betonten sie die Bedeutung der geplanten Zusammenarbeit mit Mitgliedern und anderen Stakeholdern, um die Prioritäten für die Umfassende Überwa-



chungsprüfung festzulegen, wozu auch eine Bewertung der Zugkraft der IWF-Überwachung gehört.

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG

Frühwarnübung

Die Frühwarnübung ist ein wichtiger Bestandteil der Überwachungsarbeit der Institution und wird zweimal jährlich in Koordination mit der Veröffentlichung der wichtigsten Publikationen (*World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report* und *Fiscal Monitor*) durchgeführt.

Die Ergebnisse werden dem Exekutivdirektorium und leitenden Beamten während der Frühjahr- und Jahrestagung von IWF und Weltbank vorgelegt. Die Folgearbeit zur Frühwarnübung findet im Zusammenhang mit der bilateralen und multilateralen Überwachungstätigkeit statt. Der IWF und der Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) arbeiten bei der Frühwarnübung eng zusammen, um eine integrierte Perspektive zu Risiken und Anfälligkeiten zu liefern. Der IWF widmet sich makroökonomischen und makrofinanziellen Fragestellungen und Länderrisiken, während sich der FSB auf regulatorische und aufsichtsrechtliche Aspekte des Finanzsystems konzentriert.

Anfälligkeitsübung

Während die Frühwarnübung einen narrativen Ansatz zum Herausstellen globaler Risiken mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber starken Auswirkungen verfolgt, stützt sich die Anfälligkeitsübung auf empirische Modelle, um Anfälligkeitsbewertungen und Wahrscheinlichkeitsschätzungen für eine Krise auf Sektor- (Real-, Fiskal-, Finanz-, Außenwirtschaftssektor) und auf Länderebene zu erstellen. Wie bei der Frühwarnübung wird die Arbeit eng mit der Vorbereitung der wichtigsten Publikationen zur Frühjahr- und Jahrestagung koordiniert. Die endgültigen Bewertungen für die einzelnen Länder und Sektoren beruhen auf der Beurteilung der Ländertteams im IWF-Stab. Die Ergebnisse werden dem Exekutivdirektorium vorgelegt; sie fließen in die Gespräche mit den Länderbehörden ein und dienen als Leitfaden für die Zuweisung von Ressourcen.

Bericht über den Außenwirtschaftssektor

Der *External Sector Report* (Bericht über den Außenwirtschaftssektor) liefert multilateral stimmige Bewertungen des Außenwirtschaftssektors der Mitgliedsländer, einschließlich ihrer Wechselkurse, Leistungsbilanzen, Reserven, Kapitalflüsse und externen Bilanzen. Dieser Bericht ergänzt die wichtigsten Publikationen (insbesondere den *World Economic Outlook*) und die Artikel-IV-Konsultationen. Er wird seit 2012 jährlich erstellt und behandelt 28 der weltgrößten Volkswirtschaften sowie den Euroraum und deckt damit über 85 Prozent des weltweiten BIP ab. Der Bericht ist Teil laufender Bestrebungen, eine konsequen-

te und aufrichtige Bewertung übermäßiger globaler Ungleichgewichte und ihrer Ursachen zu liefern. Außerdem soll damit sichergestellt werden, dass der IWF gut positioniert ist, um die möglichen Auswirkungen der Politik einzelner Mitglieder auf die außenwirtschaftliche Stabilität weltweit anzugehen.

Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht von 2017, der begleitend zu einzelnen Volkswirtschaftsbewertungen herausgegeben wurde, im Rahmen einer formellen Sitzung im Juli 2017. Die Direktoren stimmten den Ergebnissen des Berichts allgemein zu und forderten den Stab auf, seine Analyse der treibenden Kräfte der übermäßigen Ungleichgewichte weiter zu vertiefen. Der Bericht von 2018 enthält eine Anzahl methodologischer Feinabstimmungen und wurde seinerseits in einer formellen Sitzung besprochen.

Wirtschaftsausblick und politische Herausforderungen im Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten

Im Dezember 2017 gab der Stab das Papier „Gulf Cooperation Council: The Economic Outlook and Policy Challenges in the GCC Countries“ heraus (Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten: Wirtschaftsausblick und politische Herausforderungen in den GCC-Ländern). Dem Papier zufolge passen sich die GCC-Länder laufend an niedrigere Ölpreise an, wobei die meisten von ihnen eine beträchtliche Haushaltskonsolidierung hinnehmen mussten, die das Wachstum in den Nicht-Öl-Sektoren behinderte. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind aufgrund der relativ niedrigen Ölpreise und stärkeren geopolitischen Risiken nach wie vor gedämpft.

Dem Politikpapier zufolge sollten die Länder in erster Linie den Privatsektor beim Zugang zu Mitteln unterstützen, eine breitere Streuung der Wirtschaft anstreben, damit nachhaltiges Wachstum erzielt werden kann, das Geschäftsklima verbessern, die Rolle des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft schmälern und (bei verfügbarem Spielraum) die Fiskalpolitik zur Unterstützung von Wachstum und Arbeitsmarktreformen einsetzen. Das Papier spricht sich für Reformen aus, die den Bürgern Anreize bieten, im Privatsektor zu arbeiten, und dem Privatsektor Anreize geben, sie einzustellen. Außerdem sollte eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt angestrebt werden.

POLITIKBERATUNG

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin

Im April 2018 legte die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde dem Exekutivdirektorium im Rahmen einer informellen Sitzung ihre Global Policy Agenda mit dem Titel „A Window of Opportunity Remains Open“ (Es bieten sich weiterhin Chancen) vor. Die Agenda betont, dass die Dynamik hinter der konjunkturellen globalen Expansion stark bleibe, eskalier-

ende Handelskonflikte und die Volatilität an den Finanzmärkten jedoch nahelegen, dass mittelfristig mit Abwärtsrisiken zu rechnen sei. Die Politikverantwortlichen sind deshalb aufgefordert, zur Erhaltung des Aufschwungs die Widerstandskraft des Außenwirtschaftssektors zu stärken, politischen Spielraum wieder aufzubauen und Strukturreformen – einschließlich Reformen zu Bestechung und Governance – umzusetzen. Länder sollten an der Förderung eines offenen und regelbasierten multilateralen Handelssystems arbeiten, das allen nutzt, und übermäßige globale Ungleichgewichte dauerhaft abbauen. Ein kooperativer Regulierungsansatz wird sich die Vorteile der Finanztechnologie zunutze machen und gleichzeitig potenzielle Gefahren für Stabilität und Integrität angehen, so die aktualisierte Agenda.

Die Agenda weist auch darauf hin, dass der IWF größere Überprüfungen seiner Politik vornimmt. Dies betrifft u. a. die Überwachung, das Programm zur Bewertung des Finanzsektors, die Konditionalität der Programme, konzessionäre Kreditvergabeinstrumente, die Schuldentragfähigkeitsanalyse und Kapazitätsentwicklung. Der IWF hat zudem ein umfassendes Arbeitsprogramm zu den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auf den Weg gebracht.

Stärkere Ausrichtung auf makrostrukturelle Problemstellungen in der Überwachung

Im März 2018 unterrichtete der Stab das Exekutivdirektorium über die Fortschritte bei der Initiative zur stärkeren Ausrichtung der Überwachung auf makrostrukturelle Problemstellungen. Nach Angaben der Stabsmitarbeiter verbesserte das 32 Länder umfassende Pilotprojekt die Analyse struktureller Fragen. Allerdings bestehen noch gewisse Herausforderungen, wie die weitere Ausarbeitung von Analyseinstrumenten und Wissensaustausch, insbesondere für Schwellenmärkte und Entwicklungsländer; die bessere Integration von Strukturfragen in das makropolitische Regelwerk; die Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und die geeignete Priorisierung der Themen. Der Stab wird das Pilotprojekt auf neun weitere Länder ausdehnen und voraussichtlich Ende 2018 abschließen. Die im Rahmen des Pilotprojekts gesammelten Erfahrungen sollen dann 2019 in die allgemeinere Überwachungsarbeit einfließen.



WÄHRUNGS- UND FINANZFRAGEN

Aktuelles zu Trends bei Korrespondenzbankbeziehungen

Im März 2018 informierte der IWF-Stab das Exekutivdirektorium über die Fondsarbeit zu Korrespondenzbankbeziehungen. Dem Stab zufolge verfolgt der IWF einen mehrgleisigen Ansatz bei seinen Beziehungen mit Korrespondenzbanken: Überwachung von Trends, Risiken und Faktoren; Erleichterung des Dialogs über Lösungen; Bereitstellung maßgeschneiderter Kapazitätsentwicklung sowie Überlegungen zu Extremrisikoszenarien.

Normalisierung der Geldpolitik sorgt für holprige Entwicklung

Laut *Global Financial Stability Report* (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) vom April 2018 sind die globalen Finanzierungsbedingungen im Vergleich zu früheren Standards immer noch sehr locker, obwohl fortgeschrittene Volkswirtschaften ihre Geldpolitik angesichts einer sich festigenden Inflation normalisieren. Lockere Finanzierungsbedingungen unterstützen zwar das kurzfristige Wachstum, bereiten aber auch den Weg für finanzielle Anfälligkeiten, die die Risiken für die globale Finanzstabilität und das Wirtschaftswachstum mittelfristig erhöhen. Obwohl die Wachstumsergebnisse unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen merklich günstiger ausfallen als vor drei Jahren, könnten makroökonomische, geopolitische oder politische Schocks das Wachstum bremsen.

Einige Volkswirtschaften in Schwellenmärkten nutzen die günstigen externen Finanzierungsbedingungen, um ihre Ungleichgewichte anzugehen und Puffer aufzubauen, während in anderen Ländern weitere Schwachstellen entstehen. Allerdings könnte die Normalisierung der Geldpolitik die globalen Finanzierungsbedingungen verschärfen und damit eine Schwächung der Kapitalströme verursachen, wodurch das Prolongationsrisiko steigen und produktive Investitionen sinken könnten.



Vor diesem Hintergrund müssen die Zentralbanken die schwierige Aufgabe meistern, einen Mittelweg zu finden zwischen der schrittweisen Aufhebung der akkommodierenden Geldpolitik und der Vermeidung störender Volatilität an den Finanzmärkten. Beständige Klarheit in der Kommunikation der Zentralbanken ist die Grundvoraussetzung für diesen Balanceakt.

Vorteile und Risiken von Kapitalströmen

Das Papier vom September 2017 „Increasing Resilience to Large and Volatile Capital Flows: The Role of Macroprudential Policies“ (Widerstandskraft gegenüber großen und volatilen Kapitalströmen steigern: die Rolle makroprudenzieller Politikmaßnahmen) reflektiert eine frühere Direktoriums Aussprache. Dem Papier zufolge können Kapitalströme den Ländern zwar beträchtliche Vorteile bringen, große und volatile Kapitalströme können aber auch systemweite Finanzrisiken entstehen lassen. Die Vorteile sind in der Regel umso größer für Länder, die dank ihrer finanziellen und institutionellen Entwicklung Kapitalströme sicher vermitteln können.

Das Papier veranschaulicht, dass Reformen in der Folgezeit der Krise, einschließlich der Ausarbeitung makroprudenzieller Politikmaßnahmen, dazu beitragen, Finanzsysteme widerstandsfähiger gegenüber Schocks von Kapitalströmen zu machen. Es bewertet die beiden Regelwerke, die dazu beitragen sollen, dass die Politikberatung zu Kapitalströmen stimmig und auf die Umstände des jeweiligen Landes zugeschnitten ist, – das makroprudenzielle Regelwerk und die institutionelle Sicht auf Kapitalströme. Das Papier kommt zu dem Schluss, dass die Regelwerke den Grundprinzipien entsprechen und unter anderem vermeiden, dass makroprudenzielle Politikmaßnahmen und Maßnahmen zum Kapitalflussmanagement als Ersatz für notwendige makroökonomische Anpassung dienen.

Die Exekutivdirektoren befürworteten das Papier. Sie bestätigten, dass Kapitalströme beträchtliche Vorteile bieten, potenziell aber auch zum Entstehen systemweiter Finanzrisiken beitragen können, insbesondere, wenn sie groß und volatil sind. Sie bekräftigten zudem, dass makroökonomische Politikmaßnahmen, einschließlich der Wechselkursflexibilität, eine Schlüsselrolle beim Umgang mit Risiken im Zusammenhang mit Kapitalströmen spielen müssen und dass makroprudenzielle Politik und Maßnahmen zum Kapitalflussmanagement nicht als Ersatz für notwendige makroökonomische Anpassung dienen sollten.

Zielkonflikte bei der Abwicklung von Banken

Ein Papier des IWF vom Februar 2018 mit dem Titel „Zielkonflikte bei der Abwicklung von Banken“ beschreibt das Dilemma, in dem sich die Behörden während der weltweiten Finanzkrise befanden: Die Rettung von Banken könnte die Erwartung bekräftigen, dass Finanzinstitutionen in Schwierigkeiten weiterhin mit öffentlicher Unterstützung rechnen können – was zu überhöhter Risikobereitschaft führen und den Boden für die nächste Krise bereiten könnte –, andererseits schien die Verwendung öffentlicher Mittel jedoch notwendig, um zu verhindern, dass Schwierigkeiten bei einer Bank auf das ganze System überschwapen. In den meisten Fällen wurden Banken in Schwierigkeiten gerettet, wobei die Steuerzahler einen Großteil der Kosten und Risiken trugen.

Seither versucht man mit Reformen die Wahrscheinlichkeit von Krisen bzw. bei deren Eintreten die Kosten einzudämmen – nicht zuletzt durch die Verlagerung der Last auf private Anleger und durch einen besseren Kompromiss zwischen Bail-outs und Bail-ins. Dieses Papier untersucht den Zielkonflikt vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen. Es unterstützt die Bestrebungen, Abwicklungsbehörden mit wirksamen Bail-in-Kompetenzen auszustatten, und betont, dass Regelwerke mit Bail-outs

ungebührliches Risikoverhalten so weit wie möglich einschränken sollten. Das Papier erkennt auch die Notwendigkeit für ausreichende – jedoch beschränkte – Flexibilität an, öffentliche Mittel im Zusammenhang mit systemischen Banken Krisen nutzen zu dürfen. Es fordert weitere Arbeit zur Stärkung der Verlustabsorptionsfähigkeit; außerdem müsse dafür gesorgt sein, dass die Halter von Bail-in-Schulden auch diejenigen sind, die Verluste am leichtesten verschmerzen können, außerdem seien weitere Vereinbarungen für grenzüberschreitende Abwicklung vonnöten.

Außenwirtschaftsbilanzen: Mehr Einheitlichkeit bei jährlichen Bewertungen

Der Stab des IWF berichtet in seinem jährlichen *External Sector Report* über die Außenwirtschaftspositionen von Volkswirtschaften, einschließlich der Leistungsbilanzsalden, realen Wechselkurse, externen Bilanzen, Kapitalflüsse und internationalen Reserven. Es laufen Bestrebungen zur Stärkung von Methodik und Bewertungen und zu mehr Einheitlichkeit im Bericht.

Als Instrument zur besseren Schätzung der Auswirkungen in- und ausländischer Einflüsse auf die Leistungsbilanzen und Devisenkurse wichtiger Volkswirtschaften nutzt der Stab die Bewertung der Außenwirtschaftsbilanz (External Balance Assessment, EBA); seit einigen Jahren befasst sich der IWF auch mit der Ausarbeitung einer „EBA lite“-Methodik für andere Länder. Die Bewertungen beschreiben die Wirkung verschiedener Einflüsse anhand von Regressionsmodellen und Tragfähigkeitsanalysen. Berichte werden durch Stabsbeurteilungen über die landesspezifischen Faktoren ergänzt, die von den Modellen nicht erfasst werden können.

Einschränkungen der EBA und EBA lite resultieren aus Problemen der Datenvergleichbarkeit und methodologischen Unsicherheiten. Da diese bekannt sind, werden sich kommende Gespräche über Feinabstimmungen auf die Verbesserung der Methodiken und ihrer Anwendung konzentrieren.

Globale Standards: Vorbereitung von Werkzeugen zur Senkung des systemischen Risikos

Die Standards für die Aufsicht über den Finanzsektor werden vom IWF seit 2000 in seinen Bewertungen des Finanzsektors genutzt, allerdings schien eine Überprüfung des Ansatzes notwendig. Die Bewertungen werden gegenüber drei vorrangigen Aufsichtsstandards für Banken, Versicherungen und Wertpapiere vorgenommen, die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden und der Internationalen Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden aufgestellt wurden. Zwei Entwicklungen machten einen überarbeiteten Ansatz notwendig: Erstens wurden diese Aufsichtsstandards seit der weltweiten Finanzkrise aktualisiert und merklich verschärft. Ihre Reichweite wurde ausgedehnt und Lücken wurden geschlossen. Zweitens befand man angesichts der verstärkten Beachtung systemischer Risiken eine intensivere Prüfung der Bereiche, die eine gründlichere Behandlung erfordern, für notwendig.

In Rücksprache mit standardsetzenden Gremien wurde schließlich eine Vereinbarung zur Feinabstimmung des be-



stehenden flexiblen Ansatzes erzielt. Die standardsetzenden Gremien und der Stab waren der einhelligen Meinung, dass die Standards für die Aufsicht über den Finanzsektor auch weiterhin in zweierlei Hinsicht genutzt werden sollten:

- **Abgestufte Bewertung:** Weil die einzelnen Grundsätze miteinander verknüpft sind, wird der Standard als Ganzes bewertet. Das Resultat ist weiterhin ein „Detailed Assessment Report“ (Ausführlicher Bewertungsbericht).
- **Fokussierte Prüfung:** Ein Standard kann auch ohne abgestufte Bewertung als Richtwert zur Analyse spezifischer prudenzieller oder aufsichtsrechtlicher Lücken dienen und auf einem Teilsatz von Grundsätzen beruhen.

Die Entscheidung, ob eine abgestufte Bewertung oder eine fokussierte Prüfung vorgenommen wird, wird weiterhin einvernehmlich von Stab und Behörden getroffen.

FISKALPOLITIK

Jüngste Entwicklungen bei der Besteuerung internationaler Körperschaften

Im Februar 2018 unterrichtete der IWF-Stab das Exekutivdirektorium über jüngste Entwicklungen im internationalen Steuerwesen, insbesondere über die Steuerreform in den USA. Der IWF setzte auch seine erweiterte Arbeit mit den Regionalabteilungen zu Fragen der Besteuerung internationaler Körperschaften im Zusammenhang mit der bilateralen Überwachung fort. Mit Stand vom Mai 2018 lagen rund 20 ausgewählte Themenpapiere, Arbeitspapiere oder Anhänge vor, die in den zwei Vorjahren im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen verfasst worden waren.

Fiskalische Regeln der zweiten Generation

Im März 2018 informierte der Stab des IWF das Exekutivdirektorium über die Entwicklung der fiskalischen Regeln seit der weltweiten Finanzkrise und legte Nachweise vor, dass fiskalische Regeln die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte fördern können – wenn sie gut konzipiert sind und von Institutionen und politischem Willen unterstützt werden. Der Stab forderte ein sorgfältiges Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Einfachheit und schlug stärkere Durchsetzung mithilfe höherer Reputationskosten statt Sanktionen vor.

Die Plattform für Zusammenarbeit in Steuerfragen

Die Plattform für Zusammenarbeit in Steuerfragen ist eine gemeinsame Initiative von IWF, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen und der Weltbankgruppe.

- **Erste Weltkonferenz zu Steuern und den Nachhaltigen Entwicklungszielen:** Im Februar 2018 veranstaltete die Plattform ihre erste Weltkonferenz. Die Konferenz ging der

Frage nach, wie Steuerpolitik, Steuerverwaltung und gesetzliche Strukturen Ländern die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele erleichtern können. Dazu gehört nicht nur die Fähigkeit eines Landes, die notwendigen Investitionsmittel zur Verfolgung der SDGs zu mobilisieren. Es geht auch um Steigerung der Investitionstätigkeit und Unterstützung von Wachstum, Koordination der internationalen Besteuerung von Körperschaften, Befähigung von Frauen, Förderung der Umweltverträglichkeit, Ausgestaltung geeigneter Fiskalsysteme rund um den Abbau von Bodenschätzen und schließlich den Beitrag zum Aufbau öffentlicher Institutionen und zur Verbesserung der Governance im Allgemeinen. In einem Konferenz-Statement vereinbarten die Plattformpartner die Zusammenführung ihrer jeweiligen Arbeitsprogramme, um gemeinsam Fortschritte herbeizuführen, insbesondere durch Analyse, Setzen von Standards und technische Hilfe.

- **Instrumentarium zu Steuergrundlagen:** Im Juni 2017 gab die Plattform Entwicklungsländern eine praktische Anleitung zum besseren Schutz ihrer Steuergrundlagen an die Hand. Mit dem „Instrumentarium zum Umgang mit Schwierigkeiten beim Zugriff auf vergleichbare Daten für die Analyse der Festsetzung von Transferpreisen“ können Regeln zur Festsetzung von Transferpreisen bei unvollständigen Daten eingeführt werden, die den Ländern bei der Bewertung helfen, welche Preise zwischen unabhängigen Parteien zu erwarten wären. Sie unterstützen die Ländern auch dabei, Regeln und Praktiken zu erstellen, die für die Geschäftswelt besser vorhersehbar sind.

- **Entwurf eines Instrumentariums bezüglich der „Besteuerung von indirekten Offshore-Transfers“:** Im August 2017 bat die Plattform um öffentliches Feedback zu einem Entwurf von „The Taxation of Offshore Indirect Transfers—A Toolkit“. Es soll Entwicklungsländern helfen, die komplexe Besteuerung von indirekten Offshore-Transfers inländischer Vermögenswerte durch den Verkauf oder die Übertragung von Anteilen oder anderen Beteiligungen an höher in der Eigentümerstruktur angesiedelten Rechtsträgern, die nicht im selben Land ansässig sind wie die Vermögenswerte, anzugehen. Diese Besteuerung wird bereits in wichtigen Modellen für bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen und durch das Multilaterale Instrument der OECD behandelt. Viele Länder haben diese Grundsätze aber noch nicht in nationales Recht umgesetzt – eine Voraussetzung, wenn Länder Gewinne, die bei diesen Transfers realisiert werden, besteuern wollen. Der Entwurf dieses Instrumentariums untersucht die zugrunde liegenden Prinzipien der Besteuerung dieser Transaktionen und stellt zwei Hauptmodelle zur Anpassung der inländischen Gesetze vor. Es gingen zahlreiche Kommentare von Unternehmen, Zivilgesellschaft und einigen Ländern ein und eine überarbeitete Fassung wird für den Sommer 2018 erwartet.

Staatsabhängige Schuldinstrumente für die öffentliche Hand

Im Mai 2017 veröffentlichte der IWF ein Papier, das die potenzielle Rolle staatsabhängiger Schuldinstrumente bei der Stärkung der Widerstandskraft der öffentlichen Hand analysiert. Die Exekutivdirektoren begrüßten die ausgewogene Bewertung sowohl der Vorteile als auch der Komplikationen, die mit derartigen Instrumenten einhergehen.

Die Direktoren verwiesen auf den theoretischen Fall, dass durch die Verknüpfung von Schuldendienst mit Zahlungsfähigkeit staatsabhängige Schuldinstrumente den fiskalischen Spielraum vergrößern und in schlechten Zeiten mehr politische Flexibilität erlauben könnten. Sie haben zudem das Potenzial, die Investorenbasis der öffentlichen Hand auszuweiten und Chancen zur Risikostreuung zu eröffnen. Und wenn die Emission einen größeren Anteil der öffentlichen Verschuldung einnimmt, könnten sich dadurch die Nebenkosten von Staatsschuldenkrisen deutlich verringern, was wiederum die Widerstandskraft des internationalen Finanzsystems stärkt.

Sie unterstrichen allerdings auch die Beobachtung des Stabs, dass die Inanspruchnahme der Instrumente in „normalen Zeiten“ begrenzt sei; dies habe unter anderem mit den Herausforderungen bezüglich Datenintegrität, der Komplexität des Instruments und mit dem First-Mover-Effekt aufseiten der Emittenten zu tun. Der Stabsanalyse zufolge könnten eine sorgfältige Gestaltung des Instruments, robuste Institutionen und Verträge sowie Initiativen/Koordination des öffentlichen Sektors teilweise zur Überwindung dieser Komplikationen beitragen.

Insgesamt sahen die Exekutivdirektoren größeres Nutzungspotenzial für diese Instrumente in Entwicklungsländern, die anfällig gegenüber Naturkatastrophen und Schocks bei Rohstoffpreisen sind, als in reifen Volkswirtschaften mit gut etablierten Schuldenmärkten. Sie empfahlen dem IWF gemäß seinem Mandat einen schrittweisen, gezielten und nachfragegesteuerten Ansatz.

AUFSTREBENDE VOLKSWIRTSCHAFTEN

Aufstrebende Volkswirtschaften: Entwicklungen und Aussichten

Auf informellen Sitzungen im September 2017 und April 2018 unterrichtete der Stab die Exekutivdirektoren über Entwicklungen und Aussichten in den Schwellenländern. Beide Male verwies der Stab darauf, dass das globale Wirtschaftsumfeld für aufstrebende Volkswirtschaften günstig sei, dass aber viele aufstrebende Volkswirtschaften zahlreiche Schwachstellen in ihren Bilanzen aufwiesen und mit Risiken aus einer plötzlichen oder übermäßigen Verschärfung der Situation an den Finanzmärkten konfrontiert seien. Diese Anfälligkeiten sollte man an-

gehen, solange das globale Umfeld günstig ist. Das Briefing vom September 2017 betonte die Notwendigkeit, Strukturreformen zur Förderung des mittelfristigen Wachstums, zur Steigerung der Widerstandskraft und zum Abbau von Schwachstellen voranzutreiben. Im April 2018 konzentrierte sich das Briefing vornehmlich auf die Inflationsdynamik und auf die notwendige Abfederung des demografischen Drucks, damit das Einkommensniveau insgesamt angehoben werden kann.

Aufstrebende Länder Europas: Kreditvergabe von Banken steigt

Jetzt, wo die Banken den Abbau ihrer Schulden nach der weltweiten Finanzkrise beendet haben, steigt die Kreditvergabe in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (CESEE). Der progressive Rückgang notleidender Kredite, die die Kreditvergabeaussichten verschlechtert hatten, trägt zu diesem günstigeren Bild bei, obwohl die negativen Folgen dieser Kredite in einigen Ländern noch zu spüren sind. So lautete die Schlussfolgerung der Berichte 2017 der Vienna Initiative, die mit Unterstützung des IWF am Höhepunkt der Krise ins Leben gerufen wurde, um die Vergabe von Krediten durch den regionalen Bankensektor sicherzustellen.

In der ersten Jahreshälfte 2017 verbesserten sich die Außenwirtschaftspositionen unter den CESEE-Banken, die an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichten. Trotz der Rückgänge in einigen Ländern stieg die ausländische Bank-



finanzierung insgesamt. Die Kreditvergabe legte außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu, und bei den Verbraucherkrediten kam es in fast allen Ländern zu einer deutlichen Erholung. Durch die verbesserten Wirtschaftsaussichten stieg die Nachfrage nach Krediten und die Angebotsstandards lockerten sich. Allerdings belasten die allgemeine Qualität der Vermögenswerte einiger Großbanken und Veränderungen lokaler Regulierungen und lokaler Kapitalpositionen die Angebotshaltung einiger Tochtergesellschaften und führen zu selektiven Kreditvergabestrategien, so der Bericht.

Die Vienna Initiative widmet sich spezifischen Problemen des Finanzsektors, wie notleidenden Krediten, Folgen regulatorischer Reformen und Kapitalmarktentwicklung. Im März 2018 arbeitete sie an einem Modell für die Region, das zu mehr Innovationen und Produktivität führen soll. Ziel ist es, dem Wirtschaftswachstum frische Impulse zu verleihen und die Annäherung an die Länder der Europäischen Union mit hohem Einkommen zu fördern.



NIEDRIGEINKOMMENS- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

Schuldentragfähigkeit

Im September 2017 prüfte das Exekutivdirektorium das „IMF-World Bank Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries“ (Regelwerk von IWF und Weltbank zur Schuldentragfähigkeit einkommensschwacher Länder). Dieses Regelwerk bildet seit 2005 den Eckpfeiler für die Bewertung von Risiken für die Schuldentragfähigkeit in Niedrigeinkommensländern durch die internationale Gemeinschaft. Die Prüfung schlägt Reformen zu Anpassung und Aktualisierung und für eine umfassendere Ausrichtung des Regelwerks vor. Änderungen sind beispielsweise ein überarbeiteter Ansatz zur Bewertung der Kreditaufnahmekapazität der Länder auf der Grundlage eines größeren Satzes an Variablen, eine bessere Methodik zur Vorhersage von Überschuldung und besser abgestimmte Stresstests.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die umfassende Prüfung und Reformvorschläge, insbesondere die Ausrichtung auf genauere Warnhinweise möglicher Überschuldung, die in Entscheidungen zu Kreditnahme und -vergabe einfließen. Sie wiesen darauf hin, dass die Qualität der Ausgangswerte des Regelwerks stark von der Qualität seiner Eingangswerte abhängt. Deshalb verlangten sie, nach Kräften dafür zu sorgen, dass Bewertungen der Schuldentragfähigkeit alle Quellen der Verschuldung auf dem öffentlichen Sektor vollumfänglich erfassen.

Soziale Schutzmaßnahmen in Niedrigeinkommensländern

Im Juni 2017 gab der IWF in der Folge einer Direktoriumserörterung das Politikpapier „Social Safeguards and Program Design in PRGT and PSI-Supported Programs“ (Soziale Schutzmaßnahmen und Programmgestaltung in PRGT- und PSI-gestützten Programmen) heraus. Darin wird überlegt, wie Länder arme und anfällige Gruppen durch die Umsetzung von Programmen, die vom Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) und vom Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument, PSI) unterstützt werden, schützen können. Dem Papier zufolge waren in praktisch allen PRGT-gestützten Programmen und PSIs in einkommensschwachen Ländern Ziele für soziale und andere vorrangige Ausgaben enthalten, und in mehr als zwei Dritteln der Fälle wurden diese Ziele erreicht. Des Weiteren blieben Ausgaben für Gesundheit und Bildung in der Regel geschützt. Das Papier empfiehlt weitere Bemühungen zur Stärkung der sozialen Sicherheitsnetze in diesen Ländern.

Exekutivdirektoren begrüßten die Feststellung, dass die Sozialausgaben in den meisten Programmen geschützt waren, und unterstützten die Verbesserungsvorschläge des Stabs zur Ausgestaltung sozialer Schutzmaßnahmen in PRGT- und PSI-gestütz-

ten Programmen. Sie forderten engere und wirksamere Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Entwicklungspartnern sowie ständigen Kontakt mit Länderbehörden und externen Stakeholdern (einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft) zu Fragen der sozialen Sicherheit.

Kapitalströme in Sambia

Im Mai 2017 veranstaltete der IWF eine Konferenz in Sambia zur „Steuerung von Kapitalströmen: Herausforderungen für Entwicklungsländer“. Unter den Teilnehmern waren Felix Mutati, Finanzminister von Sambia; David Lipton, Erster Stellvertreter der Geschäftsführender Direktor des IWF; Paul Krugman, Nobelpreisträger und Distinguished Professor of Economics an der City University of New York.

Die Teilnehmer waren der einhelligen Meinung, dass Kapitalflüsse in Entwicklungsländern im Allgemeinen nutzbringend seien, bilden sie doch eine wichtige Finanzierungsquelle für Investitionen und helfen bei der Bestandswahrung ausländischer Devisenreserven. Sie unterstrichen die Bedeutung solider Politikmaßnahmen und makroökonomischer Stabilität, um hochwertige Kapitalflüsse wieder fließen zu lassen. Wesentliche Erkenntnisse: Die Zusammensetzung von Kapitalflüssen ist für Finanzstabilität und Wachstum wichtig und die wirksame Steuerung der Kapitalzuflussphase ist der beste Schutz gegen die Schwierigkeiten, die bei ihrer Umkehr entstehen.

WEITERE THEMEN

Unterstützung der Infrastruktur

2015 startete der IWF eine Initiative zur Unterstützung der Infrastrukturpolitik (Infrastructure Policy Support Initiative, IPSI), die Ländern bei der Bewertung der makroökonomischen und finanziellen Folgen von Investitionsprogrammen und Finanzierungsstrategien helfen und ihre institutionelle Kapazität zur Verwaltung öffentlicher Investitionen unterstützen soll. Die Initiative integriert die Aufsicht des IWF über öffentliche Investitionen mit technischer Hilfe und kombiniert mehrere Analyseinstrumente, um Ländern zu helfen, die Ressourcen zum Aufbau der Infrastruktur bestmöglich zu nutzen. Als Pilotprojekte für IPSI wurden die folgenden neun Länder identifiziert, in denen Infrastrukturprobleme ganz besonders signifikant sind und einen Kernbereich der Zusammenarbeit zwischen dem IWF und den Behörden darstellen: Honduras, Kambodscha, Kirgisische Republik, Kolumbien, Salomonen, Serbien, Thailand, Timor-Leste und Vanuatu.

Eine Anzahl von Instrumenten, die bereits im Einsatz waren, um die Qualität und in einigen Ländern auch die Höhe der Infrastrukturausgaben zu verbessern, sind jetzt Teil der IPSI, u. a.:

- Bewertungen zum Management öffentlicher Investitionen, die den Ländern helfen sollen, die Stärke ihrer Managementpraktiken für öffentliche Investitionen zu bewerten und Reformen zu priorisieren, damit gut geplante und kostengünstige öffentliche Investitionsprojekte termin- und budgetgerecht umgesetzt werden können;
- Modell zur Bewertung des fiskalischen Risikos für öffentlich-private Partnerschaften, ein Analyseinstrument zur Bewertung der potenziellen fiskalischen Kosten und Risiken, die sich aus öffentlich-privaten Partnerschaften ergeben können;
- ein dynamisches Modell zu Schulden-Investitionen-Wachstum, das den Politikverantwortlichen die Abwägung makroökonomischer Folgen unterschiedlicher Finanzierungsstrategien erlaubt.

Aufbau der Fiskalkapazität in fragilen Staaten

Im Juni 2017 veröffentlichte der IWF im Anschluss an eine Direktoriatsaussprache ein Papier, das die jüngste Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF (technische Hilfe und Ausbildung) in fragilen Staaten analysiert. Darin wird aufgezeigt, wie wichtig es ist, die sachverständige Unterstützung zu Fiskalfragen gezielt auf das Erreichen von fiskalischer Stabilität, Finanzkontrolle und Sicherung von Einkünften zu richten. Dem Papier zufolge sollte der Akzent auf die am leichtesten einzutreibenden Steuern gelegt werden, wenn die Situation in einem Land fragil wird, etwa unmittelbar nach einem Konflikt oder einer Naturkatastrophe; dazu müssten grundlegende Organisationsstrukturen für die Steuer- und Zollverwaltung geschaffen und die zentralen Verwaltungsprozesse gestärkt werden. Auf der Ausgabenseite sollte man sich auf die Aufstellung eines Jahreshaushalts, Kontrolle der Haushaltsausführung, Kassenhaltung und grundlegende Haushaltsberichte konzentrieren. Sobald die Länder stabiler werden, kann die technische Hilfe sich auf die schrittweise Modernisierung der fiskalischen Institutionen durch mittelfristige Einkommens- und Ausgabenstrategien verlegen. Außerdem gilt es, die wirksame Koordination mit den Geberpartnern zu fördern.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die umfassende und ausgewogene Analyse der Unterschiede zwischen technischer Hilfe für fragile und nicht fragile Staaten und die Erfahrungen, die für die künftige Arbeit auf diesem Gebiet abgeleitet werden können, um diesem wichtigen Mitgliedersegment besser zu dienen. Sie befanden einhellig, dass die Strategie beim Aufbau fiskalischer Kapazitäten weithin angemessen sei. Sie begrüßten die Zunahme der technischen Hilfe durch den IWF in Haushaltsfragen für fragile Staaten im letzten Jahrzehnt, die durch vermehrte externe Mittel möglich wurde.

Generationenübergreifende Ungleichheit und Armut in der Europäischen Union

Ein Papier vom Januar 2018 zeigt, dass seit der weltweiten Finanzkrise trotz stabiler Quoten für Ungleichheit und Armut in der Europäischen Union eine Lücke zwischen den Generationen entstanden ist. Es geht speziell darum, dass Menschen im erwerbsfähigen Alter, und ganz besonders junge Menschen, zurückbleiben. Die Krise verschlimmerte die bereits hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse. Soziale Schutzmaßnahmen konnten zwar die Realeinkommen der Älteren vor den Folgen der Krise schützen, sie waren aber nicht geeignet, um der prekären Einkommenssituation junger Menschen zu begegnen.

Die Eingliederung der jungen Menschen in den Arbeitsmarkt muss unbedingt gefördert werden. Dazu müssen Arbeitgeber mehr Anreize bekommen, junge Leute einzustellen – etwa durch gezielte Senkungen des Lohnsteuerkeils oder durch Steuerguthaben am unteren Ende der Lohnskala –, und die Fähigkeiten der jungen Leute müssen verbessert und angepasst werden, insbesondere durch den Schutz der Ausgaben für Bildung und Ausbildung. Besserer Zugang zu sozialen Schutzsystemen für Arbeitnehmer in weniger stabilen Jobs ist ebenfalls wichtig.

Operativer Umgang mit aufkommenden Problemstellungen: Geschlechter, Ungleichheit, Energie und Klima

Im November 2017 unterrichtete der Stab das Exekutivdirektorium über die Bestrebungen zur Eingliederung der jüngsten Arbeit zu Themen wie Geschlechterfrage, Ungleichheit, Energie und Klima in die Überwachungs- und Analysearbeit des IWF, in Pilotprogramme in Ländern und in die Kapazitätsentwicklung. Der Stab betonte, dass die Behandlung dieser Themen in der Arbeit des IWF selektiv ausfallen werde und auf Fälle mit makrokritischer Bedeutung beschränkt sei.

DATEN

Daten- und Statistikstrategie

Im März 2018 erörterte das Exekutivdirektorium eine „Overarching Strategy on Data and Statistics at the Fund in the Digital Age“ (Übergeordnete Fondsstrategie zu Daten und Statistik im digitalen Zeitalter), die eine Umstellung auf ein Ökosystem aus Daten und Statistiken umreißt, mit der der IWF und seine Mitglieder die ständig neuen Datenanforderungen in einer digitalen Welt besser erfüllen können. Die wichtigsten Elemente dieser Strategie sind:

- **Integration:** Anpassung der derzeit zersplitterten Initiativen und Vereinheitlichung der Datenmanagementfunktion;
- **Innovation:** Nutzung von Big Data für eine häufigere Überwachung und Einsatz neuer Technologien zur Schließung von Datenlücken und Erfüllung des Überwachungsbedarfs;

- **Intelligenz:** Nutzung künstlicher Intelligenz zur Analyse von Daten und Statistiken.

Das Papier verweist nachdrücklich darauf, dass der IWF die statistischen Kapazitäten seiner Mitglieder weiter ausbauen werde, auch mit Unterstützung von Gebern. Er wird mit Politikern zusammenarbeiten, um die Folgen der digitalen Wirtschaft und digitalen Daten für die makroökonomischen Statistiken, einschließlich neuer Sozialmaßnahmen jenseits des BIP, zu verstehen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die übergeordnete Daten- und Statistikstrategie, die es dem IWF und seinen Mitgliedern ermöglichen sollte, besser auf die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung zu reagieren. Sie merkten an, dass eine Weiterbildung des Stabs angezeigt sei, weil immer größere und verschiedenartige Datenmengen analysiert werden müssen. Sie würdigten die strategischen Prioritäten und unterstützten den Leitgedanken eines globalen Datenplatzes – eines integrierten, Cloud-basierten Netzes aus Länder-Websites mit wichtigen Daten, die für den IWF und die Märkte zur Überwachung der volkswirtschaftlichen Bedingungen und Politikmaßnahmen notwendig sind. Sie sprachen sich dafür aus, den Einsatz von Big Data im Hinblick auf eine frühere Erkennung von Risiken und Ergänzung der Aufstellung offizieller Statistiken zu prüfen. Und sie kamen überein, dass der IWF weiterhin mit den Mitgliedsländern am Aufbau statistischer Kapazitäten arbeiten solle.



Messung der digitalen Wirtschaft

Digitalisierung hat unsere Arbeitsweise, unser Konsumverhalten und unsere zwischenmenschlichen Beziehungen verändert. Das langsame Wachstum von BIP und Produktivität schürt jedoch Bedenken, dass makroökonomische Statistiken die dank digitaler und digital befähigter Produkte und Vorgänge erzielten Gewinne nicht voll erfassen.

Ein neues IWF-Stabspapier schlägt eine starke Eingrenzung des „digitalen Sektors“ und dessen Abgrenzung von der „digitalen Wirtschaft“ vor. Innerhalb der Eingrenzung befinden sich die Produzenten im Kern der Digitalisierung, wie Online-Plattformen, Plattform-befähigte Dienste und die Anbieter von Waren und Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnik. Außerhalb davon liegt die digitale Wirtschaft, die ein Abbild der Folgen der Digitalisierung auf allen Sektoren – von der Landwirtschaft bis zur Lagerhaltung – darstellt.

Das Papier erörtert die miteinander verbundenen Kernaspekte der Digitalisierung in Bezug auf BIP, Wohlfahrt, Globalisierung und Produktivität. Es analysiert die Herausforderungen bei der Messung der Wirtschaftstätigkeit im Zusammenhang mit dem digitalen Sektor. Zum Beispiel sind Vorschläge zur Aufnahme unentgeltlicher digitaler Dienste – so auch von Plattformen, die Nutzerdaten erfassen, – in die Berechnungen des BIP nicht gerechtfertigt. Interessanterweise beziffert es die Größe des di-

igitalen Sektors in den meisten Volkswirtschaften immer noch bei weniger als 10 Prozent und die Folgen der Unterbewertung des digitalen Sektors für Schätzungen des Arbeitsproduktivitätswachstums in den USA auf nicht mehr als 0,3 Prozentpunkte, kleiner als nach der Flaute nach 2005. Dem Papier zufolge kann ein besserer Zugang der nationalen Statistikämter zu den von der Regierung im Rahmen ihrer normalen Tätigkeit erfassten Daten und zu „Big Data“ des Privatsektors die Schwierigkeiten bei der Messung überwinden helfen.

Big Data: Herausforderungen und Folgen

Im August 2017 informierte der Stab das Exekutivdirektorium über ein Gerüst für die Analyse, wie das Potenzial von Big Data makroökonomischen und finanziellen Statistiken und Analysen nutzen könnte. Die wichtigsten Ergebnisse: a) Big Data ist kein statisches Konzept, sondern ist weitreichend, entwickelt sich schnell und verlangt deshalb eine langfristige Orientierung; b) es braucht einen strategischen Organisationsplan zur Bereitstellung messbarer und umfangreicher Ergebnisse; c) weitere Forschungsarbeiten sind notwendig, um zu beurteilen, wie Big Data die Überwachungstätigkeit des IWF wirksam unterstützen kann.

Umfrage zur makroprudenziellen Politik

Die neue Datenbank des IWF zur Macroprudential Policy Survey (Umfrage zur makroprudenziellen Politik) enthält Informationen zu Maßnahmen, die die Mitgliedsländer zur Eindämmung systemrelevanter Risiken ergreifen können und die der Definition von makroprudenzieller Politik als „Einsatz hauptsächlich prudenzieller Instrumente zur Eindämmung systemrelevanter Risiken“ entsprechen. Darüber hinaus enthält die Datenbank Angaben zu den institutionellen Aspekten des makroprudenziellen Politikrahmens in Mitgliedsländern.

Der erste Jahrgang der Datenbank enthält die Länderantworten auf eine künftig jährlich geplante Umfrage und umfasst die Anfang 2018 bestehenden makroprudenziellen Maßnahmen und in vielen Fällen Änderungen, die seit 2011 an diesen Maßnahmen vorgenommen wurden. Darüber hinaus wurde ein Bericht veröffentlicht, der Einzelheiten zum Aufbau der Umfrage und eine Beschreibung der Ergebnisse der ersten Umfrage enthält.

Die Datenbank kann von Politikern und Forschern zur Analyse der Auswirkungen makroprudenzieller Maßnahmen innerhalb von und zwischen Ländern herangezogen werden und hilft damit bei der Gewinnung weiterer Erkenntnisse über Kosten und Nutzen dieser Maßnahmen zur Eindämmung systemischer Risiken. Sie ist auch eine wertvolle neue Ressource für die bilaterale Länderüberwachung und multilaterale Wirtschaftsanalyse.

Die Datenbank wird ausschließlich von Informationen gespeist, die die Mitgliedsländer des IWF bereitstellen. Infolgedessen stellt die Aufnahme oder das Fehlen eines bestimmten Politikinstruments kein Urteil bzw. keine Entscheidung des IWF-Stabs oder IWF-Direktoriums dar, ob ein bestimmtes Inst-



rument, das von einem IWF-Mitglied genutzt wurde, als „makroprudenziell“ zu werten ist. Desgleichen liefert die Datenbank keine Bewertung der einzelnen institutionellen Vereinbarungen, die die IWF-Mitglieder melden; diese Klassifizierungen und Bewertungen sind stattdessen in den Stabsberichten und FSAP-Dokumenten des IWF enthalten.

Fonds „Daten für Entscheidungen“

Der Fonds „Data for Decisions“ (Daten für Entscheidungen, D4D) ist ein neuer Treuhandfonds des IWF; er soll Entscheidungsträgern mehr und bessere Daten an die Hand geben und damit nachweisbasierte makroökonomische Politiken unterstützen und die Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele ordnungsgemäß überwachen. Er zielt auf eine Stärkung der nationalen Statistiksysteme ab, damit sie einem schwierigeren nationalen und internationalen politischen Umfeld gerecht werden; er will Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern und wirtschaftliche Lösungen zur Kapazitätsentwicklung unterbreiten. Der D4D-Fonds wird im Lauf von fünf Jahren voraussichtlich 33 Mio. US-Dollar bereitstellen und ist hauptsächlich für Länder mit niedrigem Einkommen und mittlerem Einkommen im unteren Bereich weltweit, einschließlich fragiler Staaten, gedacht.

Der D4D-Fonds wird aus vier Modulen bestehen: a) Behandlung von Datenbedürfnissen und Qualitätsbedenken, damit Länder Daten erfassen und weitergeben können; b) die Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln, die statistische Daten liefert und damit der Politik Leitlinien zur Förderung der Finanzinklusion an die Hand gibt; c) Online-Lernen zur Ausarbeitung von Schulungen, die den Wissenstransfer an öffentliche Bedienstete fördern und der Zivilgesellschaft ein besseres Datenverständnis vermitteln; d) Statistisches Informationsmanagement für die Beratung zur Straffung, Standardisierung und Automatisierung von Datenmanagementpraktiken und Infrastruktur.

Spezieller Datenweitergabestandard Plus

Die höchste Stufe der Datenweitergabeinitiative des IWF, der Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus), ist primär für Volkswirtschaften gedacht, die an den internationalen Kapitalmärkten eine führende Rolle spielen und deren Finanzinstitute global verknüpft sind. Im GJ 2018 trat Senegal dem SDDS bei.

Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem

Nach dem erweiterten allgemeinen Datenweitergabesystem (Enhanced General Data Dissemination System, e-GDDS), das vom Exekutivdirektorium des IWF im Mai 2015 verabschiedet wurde, verpflichten sich die Länderbehörden zur Veröffentlichung von Daten, die ihren laufenden politischen Dialog mit dem IWF-Stab unterstützen. Die Veröffentlichung muss nach einem im Voraus in der Datenlückeninitiative vereinbarten Ter-

minplan erfolgen, und die Daten müssen leicht zugänglich und für die maschinelle Übertragung geeignet sein.

Durch diese Anstrengungen wird die internationale Zusammenarbeit gefördert, wobei die Afrikanische Entwicklungsbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank maßgebliche Unterstützung für die Installation der IT-Infrastruktur (Open Data Platform) gewähren, über die die National Summary Data Pages in ausgewählten Ländern in Afrika und der westlichen Hemisphäre betrieben werden

Im Lauf des Jahres wurde der e-GDDS in folgenden Ländern implementiert: Aruba, Benin, Bhutan, Honduras, Jamaika, Kambodscha, Kamerun, Kosovo, Malawi, Mikronesien, Mongolei, Montenegro, Namibia, Nepal, Paraguay, Ruanda, Sambia, Samoa, Senegal, Sierra Leone, Surinam, Swasiland, Tansania und Uganda.

Datenlückeninitiative der G20

Im September 2017 veröffentlichten der Rat für Finanzstabilität und der IWF den zweiten Fortschrittsbericht zur Implementierung der zweiten Phase der Datenlückeninitiative der G20 (Data Gaps Initiative, DGI-2). Der Bericht aktualisiert die seit September 2016 unternommenen Arbeiten und stellt die erzielten Fortschritte mittels eines neuen Überwachungsregelwerks und eines „Ampel-Dashboard“ heraus. Das Arbeitsprogramm der DGI für 2018 umfasst drei Themenworkshops (zu Immobilienpreisen, sektoralen Konten und Wertpapierstatistiken) und die jährliche Global Conference. Fortschritte zur Gesamtinitiative werden den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 im September 2018 im dritten Fortschrittsbericht von IWF und FSB zur DGI-2 gemeldet.



Lücken in der Finanzinklusion

Die jährliche Erhebung des IWF zu Indikatoren des Finanzzugangs – eine tragende Säule der Finanzinklusion – zeigt, dass die Zahl von Bankfilialen und Geldautomaten vornehmlich in Asien anwächst und dass Erwachsenen in Afrika südlich der Sahara im Durchschnitt fünfmal weniger Bankfilialen und Geldautomaten zur Verfügung stehen als dem Rest der Welt.

Daten aus der jüngsten Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln zeigen des Weiteren, dass Innovationen wie mobile Gelddienste zunehmende Verbreitung erfahren und die Vorteile der Technik allgemein zugänglicher machen. Afghanistan hat zum Beispiel mehr als sechsmal so viele mobile Geldüberweisungsdienste wie Geldautomaten. Im Verbund mit anderen Fortschritten konnte erreicht werden, dass Beamte ihr Gehalt jetzt über ihr Mobiltelefon bekommen.

Finanzinklusion ist sehr dynamisch, und die Erhebung veranschaulicht, wie wichtig es ist, Daten zum Finanzzugang mit mehr Granularität zu erfassen. Zum Beispiel legen neue Daten nahe, dass die Geschlechterungleichheit beim Finanzzugang etwas nachgelassen hat. Die Erhebung zeigt etwa, dass der Anteil weiblicher Kreditnehmerinnen in Malaysia von 37 Prozent 2004 auf 44 Prozent 2016 gestiegen ist.

Informationen in der Studie beruhen auf Verwaltungsdaten, die von Geschäftsbanken oder anderen Einlageninstituten und von Anbietern digitaler Finanzdienstleistungen erhoben wurden. Die Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln wird mit der großzügigen finanziellen Unterstützung des niederländischen Außenministeriums und der Bill & Melinda Gates Foundation durchgeführt.

Transparenz der öffentlichen Haushalte und Steuerung des Fiskalrisikos

Fiskalische Transparenz ist die Vollständigkeit, Klarheit, Zuverlässigkeit, Aktualität und Relevanz der öffentlichen Ausweise zum Zustand der öffentlichen Finanzen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie ist entscheidend für die wirksame Verwaltung der öffentlichen Haushalte und Rechenschaftspflicht und sorgt dafür, dass Regierungen ein genaues Bild ihrer Finanzen haben, wenn sie wirtschaftliche Entscheidungen treffen – einschließlich der Kosten und Nutzen politischer Kurskorrekturen und potenzieller Gefahren für die Haushaltsaussichten. Sie liefert auch Parlamentariern, Märkten und Bürgern Informationen, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Darüber hinaus erleichtert Transparenz der öffentlichen Haushalte die internationale Überwachung fiskalischer Entwicklungen und hilft, die Übertragungsrisiken fiskalischer Spillovers zwischen Ländern abzufedern.

Der Fiscal Transparency Code des IWF und die Fiscal Transparency Evaluation sind die Schlüsselemente in den laufenden Bestrebungen der Institution, die fiskalische Überwachung, Politikgestaltung und Rechenschaftspflicht unter ihren Mitgliedsländern zu stärken. Der Fiscal Transparency Code ist der internationale Standard für die Offenlegung von Daten zu öffentlichen Finanzen. Die dort festgehaltenen Normen bestehen aus einer Reihe von Grundsätzen, die sich um vier „Säulen“ gruppieren: a) fiskalisches Berichtswesen, b) fiskalische Prognosen und Haushaltsplanung, c) Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken sowie d) Verwaltung von Einnahmen



aus natürlichen Ressourcen. Bei jedem Transparenzprinzip differenziert der Code zwischen einfachen, guten und fortgeschrittenen Praktiken, um Länder mit klaren Meilensteinen auf dem Weg zur vollständigen Einhaltung der Normen zu versorgen und ihre Anwendbarkeit auf alle Mitgliedsländer des IWF sicherzustellen.

Im GJ 2018 veröffentlichte der IWF Evaluierungen zur Transparenz der öffentlichen Haushalte in Brasilien, Georgien, der Türkei und Uganda. Mit Stand vom April 2018 wurden 19 Evaluierungen zur Transparenz der öffentlichen Haushalte in Ländern der verschiedensten Regionen und Einkommensgruppen veröffentlicht.

Georgien hat in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte bei der Offenlegung und Steuerung fiskalischer Risiken gemacht. Der IWF unterstützte die Behörden bei der Ausarbeitung eines Regelwerks zur Überwachung von Risiken im Zusammenhang mit Unternehmen in Staatseigentum, bei der Festlegung eines soliden gesetzlichen Rahmens für öffentlich-private Partnerschaften und zur besseren Bewertung fiskalischer Risiken, die mit langfristigen Kaufverträgen auf dem Wasserkraftsektor einhergehen. Anhand dieser Informationen konnten die Behörden das Tempo ihrer Wasserkraftexpansion besser an die Nachfrage anpassen und die Kaufverträge neu strukturieren, um die fiskalischen Risiken einzudämmen.

Die Offenlegung fiskalischer Risiken wurde auch infolge einer erweiterten Analyse der makroökonomischen und verschuldungsbezogenen Haushaltsrisiken verbessert, die Georgien bereits veröffentlichte. Dies und eine Reihe anderer Reformen, wie die Entwicklung jährlicher Finanzausweise und die Einführung einer programmorientierten Haushaltsplanung, halfen Georgien, im Bewertungssystem der Open Budget Survey zwischen 2010 und 2017 vom 34. Platz auf den 5. Platz vorzurücken. In einer Bewertung der Transparenz der öffentlichen Haushalte von 2016 stellt der IWF fest, dass Georgien in vielen Bereichen die Ebene guter oder fortschrittlicher Praktiken erreicht habe, verwies aber auch auf weiteren Verbesserungsbedarf.

Moldawien veröffentlichte sein erstes Statement zum fiskalischen Risiko (Fiscal Risk Statement, FRS) im Dezember 2017. Das FRS liefert eine umfassende Übersicht über zentrale Risiken für den öffentlichen Haushalt des Landes und ist ein nützliches Instrument zur Bewertung der Stimmigkeit und Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik. Die konsolidierte Darstellung ermöglicht die Bewertung der relativen Bedeutung einer jeden

Risikokategorie und liefert eine Grundlage für die Priorisierung von Risikobewältigungsmaßnahmen. Die Risikokategorie „makroökonomische Schocks“ gilt als besonders folgenreich und hoch wahrscheinlich, sodass häufigere Aktualisierungen der makroökonomischen Prognosen als Maßnahme zur Risikobegrenzung empfohlen werden. Hohe Risiken resultieren auch aus der potenziellen Rettung insolventer Unternehmen in Staatseigentum sowie insolventer Banken mit systemweiter Bedeutung, deren Auswirkung in künftigen FRS geschätzt wird. Der Entwurf des Financial Risk Statement erfolgte unter Mitwirkung der Öffentlichkeit und wurde mit Parlamentariern erörtert.

Handbuch zur Transparenz der öffentlichen Haushalte

Das *Fiscal Transparency Handbook* (Handbuch zur Transparenz der öffentlichen Haushalte) wurde im April 2018 veröffentlicht. Es liefert ausführliche Anleitungen zur Umsetzung der Grundsätze und Praktiken, die im Fiscal Transparency Code von 2014 vorgestellt wurden. Es deckt die ersten drei Säulen des Code ab (fiskalisches Berichtswesen, öffentliche Haushaltsplanung und fiskalische Prognosen sowie die Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken); es erörtert die wichtigsten Dimensionen und Prinzipien einer jeden Säule und gibt Anleitung zu den Voraussetzungen für die Erreichung der grundlegenden, guten und fortgeschrittenen Praktiken eines jeden Prinzips, was mit vielen Beispielen aus Ländern rund um den Globus veranschaulicht wird.

Das *Handbook* wurde für einen breiten Fächer an Stakeholdern verfasst: Regierungen, die an der Förderung fiskalischer Transparenz interessiert sind; nationale Organisationen für Aufsicht und Rechenschaftspflicht, wie Gesetzgeber, oberste Rechnungshöfe, parlamentarische Haushaltsämter, nationale Statistikämter sowie unabhängige Haushaltsagenturen; internationale Organisationen; Anleger; internationale Rating-Agenturen; akademische und andere Forscher, die sich mit öffentlichen Finanzen und fiskalischer Transparenz befassen, sowie andere Gruppen aus dem öffentlichen oder privaten Sektor, die an der Förderung von Transparenz interessiert sind.

Als Begleitbuch zum Code und zu den Bewertungen der Transparenz öffentlicher Haushalte will das *Handbook* Ländern bei der Stärkung ihrer Wirtschaftsinstitutionen zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen und bei der Verbesserung der fiskalischen Governance helfen. Eine Folgeversion des *Handbook*, die 2019 erscheinen soll, wird die Säule IV des Codes enthalten.

Kreditvergabe

Im Gegensatz zu Entwicklungsbanken stellt der IWF keine Mittel für spezifische Projekte zur Verfügung, sondern vergibt Kredite an Mitglieder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten, damit sie ausreichend Zeit zur Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik und Wiederherstellung ihres Wachstums haben. So soll verhindert werden, dass die Länder Maßnahmen ergreifen müssen, die ihrer eigenen Volkswirtschaft oder der anderer Mitgliedsländer schaden. Die Kredite des IWF sollen den Mitgliedsländern helfen, Zahlungsbilanzprobleme zu bewältigen, ihre Wirtschaft zu stabilisieren und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wiederherzustellen. Die Beilegung von Krisen bildet den Kern der Kreditvergabebetätigkeit des IWF.

Im Allgemeinen bietet der IWF zwei Arten von Krediten: nicht konzessionäre Kredite und konzessionäre Kredite für Niedrigeinkommensländer, die zu niedrigen Zinsen oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden. Derzeit wird nach Maßgabe einer Freistellung durch das Direktorium kein Zins auf diese Kredite erhoben.

Die weltweite Finanzkrise verdeutlichte die Notwendigkeit für ein wirksames globales Finanzsicherheitsnetz, das den Ländern hilft, potenziell negativen Schocks zu begegnen. Ein Hauptziel der jüngsten Kreditreform besteht daher darin, die traditionelle Aufgabe des IWF der Krisenbewältigung um weitere Instrumente zur Prävention von Krisen zu ergänzen.



NICHT KONZESSIONÄRE MITTEL- VERGABE

Mittel aus dem Konto für allgemeine Ressourcen

Das Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) ist das Hauptkonto des IWF und setzt sich aus mehreren Währungen und Reserveaktiva zusammen, die für die gezahlten Zeichnungen der Mitgliederquoten stehen. Die nicht konzessionäre Kreditvergabe des IWF wird aus dem GRA finanziert. Im GJ 2018 billigte das Exekutivdirektorium drei neue Vereinbarungen und eine Aufstockung einer bestehenden Vereinbarung unter den nicht konzessionären Finanzierungsinstrumenten über einen Gesamtbetrag von 63,3 Mrd. SZR (91,0 Mrd. US\$ zum Wechselkurs SZR/Dollar von 0,69538 per 30. April 2018).

Eine Kreditvereinbarung unter der Flexible Credit Line (FCL) mit Mexiko (62,4 Mrd. SZR) – die von Mexiko als vorsorglich behandelt wird – machte 99 Prozent dieser Zusagen aus. (Die FCL-Vereinbarung Mexikos folgt auf eine gekündigte Vereinbarung in gleicher Höhe.) Das restliche 1 Prozent entfällt auf erweiterte Vereinbarungen unter der Extended Fund Facility

(Erweiterte Fondsfazilität, EFF) mit der Mongolei (314,5 Mio. SZR) und mit Gabun (464,4 Mio. SZR) sowie auf eine Aufstockung einer EFF mit Côte d'Ivoire (108,4 Mio. SZR). *Tabelle 2.1* enthält eine ausführliche Darstellung der im Geschäftsjahr gebilligten Vereinbarungen, *Schaubild 2.1* zeigt die Vereinbarungen, die in den letzten zehn Geschäftsjahren gebilligt wurden.

Im GJ 2018 beliefen sich Auszahlungen unter Finanzierungsvereinbarungen aus dem GRA, die als „Käufe“ bezeichnet werden, auf insgesamt 4,2 Mrd. SZR (6,0 Mrd. US\$). 86 Prozent dieser Käufe wurden von Ägypten, Irak, Sri Lanka und Tunesien getätigt.

Rückzahlungen, „Rückkäufe“ genannt, lagen im Geschäftsjahr bei insgesamt 14,6 Mrd. SZR (21,0 Mrd. US\$); darunter waren vorzeitige Rückkäufe von Portugal mit 7,6 Mrd. SZR (10,9 Mrd. US\$) und von Irland mit 3,8 Mrd. SZR (5,4 Mrd. US\$). Infolge der etwas höheren Rückkäufe im Verhältnis zu den Käufen sank der Bestand an ausstehenden GRA-Krediten gegenüber dem Vorjahr mit 48,3 Mrd. SZR (66,2 Mrd. US\$) auf 37,9 Mrd. SZR (54,5 Mrd. US\$). *Schaubild 2.2* zeigt die ausstehenden nicht konzessionären Kredite der letzten zehn Geschäftsjahre.

Tabelle 2.1

Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im GJ 2018

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Mongolei	36-monatige erweiterte Vereinbarung unter der Extended Fund Facility	24. Mai 2017	314,5
Gabun	36-monatige erweiterte Vereinbarung unter der Extended Fund Facility	19. Juni 2017	464,4
Mexiko	24-monatige Flexible Credit Line	29. November 2017	62.388,9
Zwischensumme			63.167,8
AUFSTOCKUNG BESTEHENDER VEREINBARUNGEN			
Côte d'Ivoire	36-monatige erweiterte Vereinbarung unter der Extended Fund Facility	19. Juni 2017	108,4
Zwischensumme			108,4
Insgesamt			63.276,2

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Kredite aus dem GRA

Der IWF ist eine quotenbasierte Institution, und seine gesamten Quotenressourcen wurden durch die Implementierung der Quotenerhöhungen gemäß der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung verdoppelt. Allerdings spielen geborgte Ressourcen nach wie vor eine maßgebliche Rolle für die Ergänzung der Quotenmittel. Die Neuen Kreditnahmevereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB), eine Reihe von Kreditnahmevereinbarungen mit 40 Teilnehmern über insgesamt 182 Mrd. SZR, dienen nach den Quoten als zweite Verteidigungslinie. Am 25. Februar 2016 beendete das Exekutivdirektorium des IWF den Aktivierungszeitraum unter den NAB vorzeitig (er lief ursprünglich vom 1. Oktober 2015 bis zum 31. März 2016), weil sich die Vierzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung am 26. Januar 2016 als wirksam erwiesen hatte.

Der aktuelle Bestand an NAB-Vereinbarungen wurde im November 2016 verlängert und trat für den Fünfjahreszeitraum vom 17. November 2017 bis zum 16. November 2022 in Kraft.

Der IWF unterhält zudem bilaterale Kreditnahmevereinbarungen, die nach Quoten und NAB eine dritte Verteidigungslinie darstellen. Diese Vereinbarungen gestatten dem IWF laut dem Kreditnahmeregelerwerk von 2016, den Zugang zu bilateralen Krediten seitens der Mitglieder vorübergehend aufrechtzuerhalten und damit eine heftige Kontraktion seiner Kreditvergabekapazität zu vermeiden. Kreditnahmevereinbarungen unter dem Regelwerk von 2016 haben eine gemeinsame maximale Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020; die anfängliche Laufzeit endet am 31. Dezember 2019, kann mit Zustimmung der Gläubiger aber um ein weiteres Jahr verlängert werden. Mit Stand vom 30. April 2018 sagten 40 Mitgliedsländer insgesamt rund 316 Mrd. SZR oder 455 Mrd. US\$ an bilateralen Krediten zu.

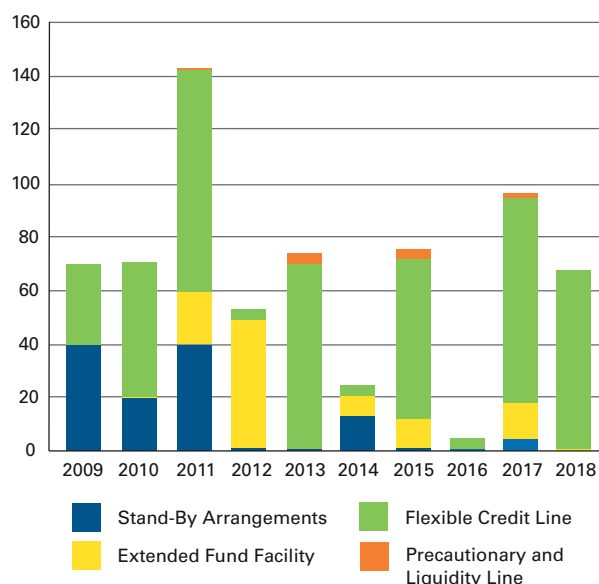
Die Allgemeinen Kreditnahmevereinbarungen (General Arrangements to Borrow, GAB) sind eine enger begrenzte Stütze für die Quotenressourcen des IWF: Sie gelten für Umstände, in denen ein Antrag auf Aktivierung einer NAB von den NAB-Teilnehmern nicht angenommen wird. Die GAB tragen nicht zum allgemeinen Grundstock an Mitteln bei, weil die unter den GAB gemachten Zusagen die unter den NAB verfügbaren Mittel um denselben Betrag senken.

Die GAB-Entscheidung wird nach Ablauf ihrer aktuellen Laufzeit am 25. Dezember 2018 nicht verlängert. Grund hierfür ist die einstimmige Übereinkunft der GAB-Teilnehmer, dass die GAB bei Ablauf ihrer gegenwärtigen Laufzeit erlöschen soll.

Schaubild 2.1

Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen während der GJ 2009–18 mit Ende zum 30. April

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

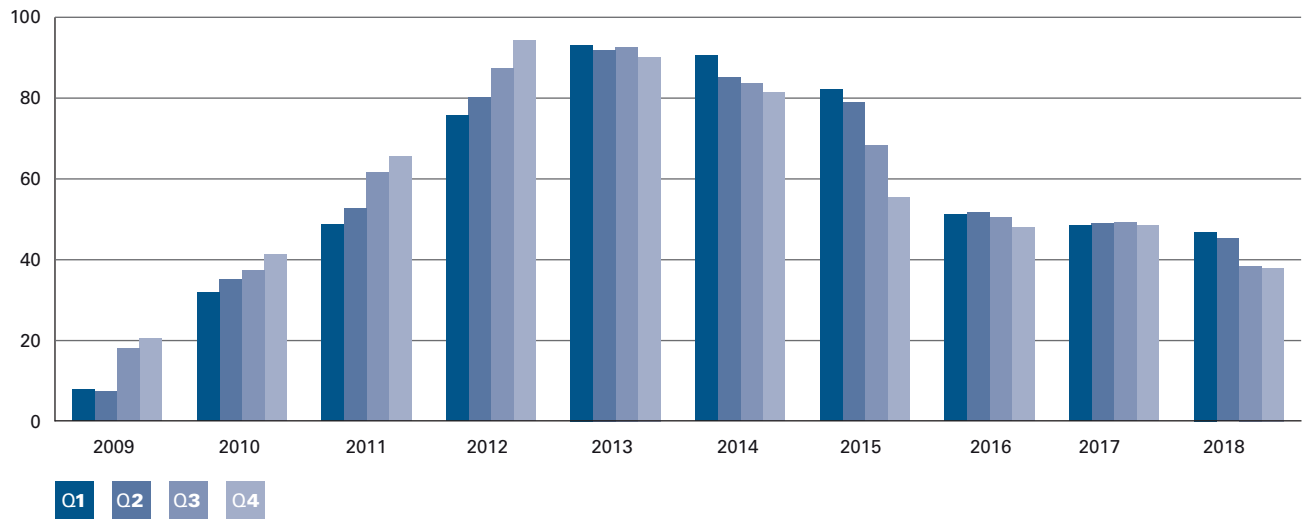
Im GJ 2018 sagte der IWF im Rahmen seines PRGT Darlehen in Höhe von insgesamt 1,703 Mrd. SZR (2,38 Mrd. US\$) für die Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen unter seinen Mitgliedern zu. Die ausstehenden konzessionären Kredite an 53 Mitglieder beliefen sich Ende April 2018 auf insgesamt 6,36 Mrd. SZR. *Tabelle 2.4* zeigt ausführliche Daten zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen bestehender Vereinbarungen unter den konzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF. *Schaubild 2.3* zeigt die ausstehenden Beträge von konzessionären Krediten im letzten Jahrzehnt.

Das Regelwerk des IWF für die konzessionäre Mittelvergabe wird regelmäßig geprüft, um den sich wandelnden Anforderungen Rechnung zu tragen. Im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft, Ländern bei der Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele zu helfen, wurde 2015 das Finanzsicherheitsnetz für einkommensschwache Länder verstärkt. Die maßgeblichen Änderungen: a) Erhöhung der

Schaubild 2.2

Ausstehende nicht konzessionäre Kredite, GJ 2009–18

(Milliarden SZR)

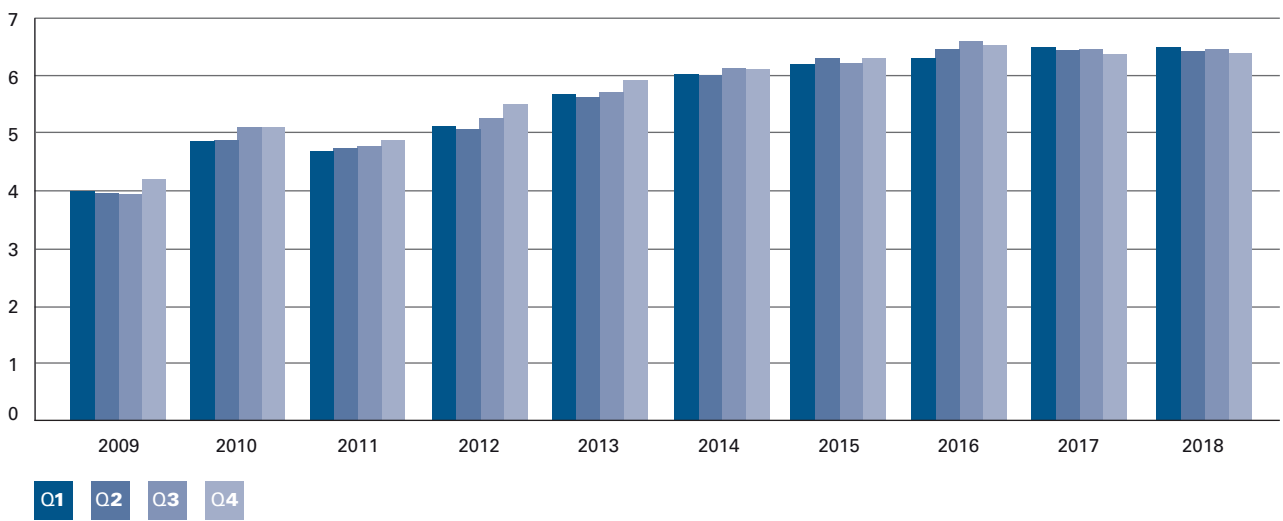


Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 2.3

Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 2009–18

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Tabelle 2.2

Konditionen für Kredite unter dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF

Diese Tabelle zeigt die wichtigsten nicht konzessionären Kreditfazilitäten. Stand-By Arrangements sind seit Langem das wichtigste Kreditvergabeinstrument der Institution. Im Nachgang zur weltweiten Finanzkrise von 2007–09 stärkte der IWF sein Instrumentarium zur Kreditvergabe. Kernziel war dabei die Förderung von Instrumenten zur Krisenprävention, was mit der Einrichtung der Flexible Credit Line (FCL) und der Precautionary and Liquidity Line (PLL) verwirklicht wurde. Darüber hinaus wurde das Rapid Financing Instrument (RFI) eingerichtet, das in einer Vielzahl von Fällen eingesetzt werden kann und die Notfallhilfepolitik des IWF ersetzt.

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
Stand-By Arrangements (SBA) Bereitschaftskredit-Vereinbarungen (1952)	Kurz- bis mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	In der Regel vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Extended Arrangements) (Erweiterte Fondsfazilität) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, um langfristigen Zahlungsbilanzproblemen zu begegnen	Verabschiedung eines maximal 4-jährigen Programms mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate	Vierteljährliche oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Flexible Credit Line (FCL) (Flexible Kreditlinie) (2009)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf aufgreift	Ex ante sehr starke makroökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischer Leistungsnachweis	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums; FCL-Vereinbarungen mit 2-jähriger Laufzeit vorbehaltlich einer Halbzeitüberprüfung nach 1 Jahr
PLL Precautionary and Liquidity Line (Vorsorge- und Liquiditätslinie) (2011)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und soliden Politiken	Starke politische Regelwerke, starke Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL)
Rapid Financing Instrument (RFI) (2011)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen)	Direkte Käufe ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Die Kreditvergabe des IWF aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) wird hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem er mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft.

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 51 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	4½–10	Halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
125 % der Quote für 6 Monate; 250 % der Quote verfügbar bei Billigung von 1- bis 2-jährigen Vereinbarungen; insgesamt 500 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 37,5 % der Quote (60 % bei großen Naturkatastrophen); kumulativ: 75 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom GRA ausbezahlt werden, wird als Aufschlag (derzeit 100 Basispunkte) auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz wird in jedem Geschäftsquartal des IWF auf den täglichen Saldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge über 115 und bis zu 575 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge über 575 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angewandt, der unter einer Vereinbarung (SBA, EFF, PLL und FCL) in jeder (jährlichen) Periode gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen.

³ Aufschläge wurden im November 2000 eingeführt. Das derzeitige Aufschlagsystem trat am 1. August 2009 in Kraft und wurde am 17. Februar 2016 aktualisiert, wobei allerdings gewisse Konditionen bereits bestehender Vereinbarungen berücksichtigt wurden.

Tabelle 2.3

Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten

Es gibt drei konzessionäre Kreditvergabefazilitäten für einkommensschwache Entwicklungsländer.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Ziel	Niedrigeinkommensländern dabei helfen, eine stabile und tragfähige makroökonomische Position zu erreichen und aufrechtzuhalten, die intensive und dauerhafte Armutsbekämpfung und ebensolches Wachstum ermöglicht		
Zweck	Bekämpfung anhaltender Zahlungsbilanzprobleme	Erfüllung von kurzfristigem Zahlungsbilanzbedarf	Finanzierung mit niedriger Zugangsgrenze zur Erfüllung von dringendem Zahlungsbilanzbedarf
Berechtigung	Länder, die unter dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Anspruch auf Unterstützung haben		
Qualifikation	Langfristiges Zahlungsbilanzproblem; tatsächlicher Finanzierungsbedarf über die Laufzeit der Vereinbarung, aber nicht unbedingt bei Billigung oder Auszahlung des Kredits	Potenzieller (vorsorgliche Inanspruchnahme) oder tatsächlicher Zahlungsbilanzbedarf über einen kurzen Zeithorizont zum Zeitpunkt der Billigung; für jede Auszahlung ist tatsächlicher Bedarf Voraussetzung	Dringender Zahlungsbilanzbedarf, wenn das Programm der oberen Kredittranche (Upper Credit Tranche, UTC) entweder nicht durchführbar oder nicht notwendig ist ¹
Poverty Reduction and Growth Strategy	IWF-gestütztes Programm sollte an den Zielen des Landes zu Armutsbekämpfung und Wachstum ausgerichtet sein und die Politiken unterstützen, die Sozial- und andere wichtige Ausgaben schützen		
	Vorlage des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy, PRS)	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; wenn der Finanzierungsbedarf weiter besteht, beantragt der SCF-Nutzer eine ECF mit den entsprechenden PRS-Dokumentationserfordernissen	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich
Konditionalität	UCT-Qualität; Flexibilität bei Anpassungsweg und zeitlicher Abfolge	UCT-Qualität; zielt auf die Erfüllung eines kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarfs ab	Keine Konditionalität auf Grundlage einer Prüfung ex post; Leistungsnachweis dient zur Qualifikation für wiederholte Inanspruchnahme (ausgenommen unter den Komponenten Schocks und Naturkatastrophen)
Zugangsgrenzen	Jährliches Limit 75 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 225 % der Quote. Der Zugang beruht auf dem insgesamt ausstehenden PRGT-Kredit. Außergewöhnlicher Zugang zu PRGT-Mitteln: jährliches Limit 100% der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 300 % der Quote		
	Normen und Teillimits ²		

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: GRA = General Resources Account (Allgemeines Konto).

¹ Die UTC-Qualitätskonditionalität ist der Satz an programmbezogenen Konditionen, die sicherstellen sollen, dass die Mittel des IWF die Programmziele unterstützen und eine adäquate Sicherung der IWF-Ressourcen gewährleisten.

² Zugangsnormen gelten nicht, wenn der ausstehende konzessionäre Kredit mehr als 150 % der Quote beträgt. In diesen Fällen wird der Zugang von der Überlegung zur Zugangsgrenze von 225% der Quote (oder außergewöhnliche Zugangsgrenze von 300% der Quote), vom erwarteten künftigen Bedarf an Unterstützung durch den IWF und vom Rückzahlungsplan geleitet.

³ Der IWF prüft die Zinssätze für alle konzessionären Fazilitäten unter dem PRGT alle 2 Jahre. Bei der letzten Prüfung im Oktober 2016 billigte das Exekutivdirektorium Zinsfreiheit für ECF und SCF bis Ende Dezember 2018 sowie einen modifizierten Zinssatzfestlegungsmechanismus, der sicherstellt, dass die Zinsen so lange bei null liegen, wie die Zinsen weltweit niedrig sind. Im Juli 2015 setzte das Exekutivdirektorium den Zinssatz auf die RCF dauerhaft auf null.

⁴ Als vorsorglich behandelte SCFs zählen nicht für die zeitlichen Beschränkungen.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Zugangsgrenzen	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 3-jähriger ECF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 3-jähriger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote.	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 18-monatiger SCF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 18-monatiger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote.	Für den Zugang zur RCF besteht keine Norm. Teillimits (bei fehlender UCT-Konditionalität): der ausstehende RCF-Kredit darf insgesamt zu keiner Zeit mehr als 75 % der Quote betragen (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen). Die Zugangsgrenze unter der RCF über einen beliebigen 12-Monats-Zeitraum ist auf 18,75 % der Quote und unter der Schock-Komponente auf 60 % der Quote festgelegt, für die Komponente schwere Naturkatastrophen gelten ebenfalls 60 % der Quote. Käufe, die nach dem 1. Juli 2015 unter der RFI getätigt wurden, werden in die geltenden jährlichen und kumulativen Limits einbezogen.
Konditionen³	Zinssatz: Derzeit null Rückzahlung: 5½–10 Jahre	Bereitstellungsgebühr: 0,15 % auf bereitgestellte, aber nicht gezogene Beträge unter der vorsorglichen Vereinbarung	
Blending-Voraussetzungen mit GRA-Finanzierung	Auf der Grundlage des Pro-Kopf-Einkommens und Marktzugangs; mit Schuldenanfälligkeit verknüpft. Für Mitglieder mit voraussichtlichem Blending; Mischungsverhältnis der Mittel aus PRGT und GRA entspricht 1:2.		
Vorsorgliche Verwendung	Nein	Ja, mit jährlicher Zugangsgrenze bei Bewilligung von 56,25 % der Quote und einer durchschnittlichen jährlichen Zugangsgrenze bei Bewilligung von 37,5 % der Quote.	Nein
Laufzeit und wiederholte Inanspruchnahme	3–4 Jahre (auf 5 verlängerbar); kann wiederholt in Anspruch genommen werden	12–24 Monate; Einsatz begrenzt auf 2½ von beliebigen 5 Jahren ⁴	Direkte Auszahlungen; wiederholte Inanspruchnahme möglich vorbehaltlich Zugangsgrenzen und anderer Auflagen
Gleichzeitige Inanspruchnahme	GRA (Extended Fund Facility/Stand-By Arrangement)	GRA (Extended Fund Facility/Stand-By Arrangement) und Policy Support Instrument	GRA (Rapid Financing Instrument und Policy Support Instrument); Kredit unter der RFI wird in die RCF-Limits eingerechnet

Tabelle 2.4

Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2018

(Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE DREIJÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY		
Burkina Faso	14. März 2018	108,4
Guinea	11. Dezember 2017	120,5
Kamerun	26. Juni 2017	483,0
Malawi	30. April 2018	78,1
Mauretanien	6. Dezember 2017	115,9
Sierra Leone	5. Juni 2017	161,8
Tschad	30. Juni 2017	224,3
Togo	5. Mai 2017	176,2
Zwischensumme		1.468,1
AUFSTOCKUNGEN VON VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Côte d'Ivoire ²	19. Juni 2017	54,2
Madagaskar	28. Juni 2017	30,6
Mali	7. Juli 2017	88,6
Zentralafrikanische Republik	15. Dezember 2017	39,0
Zentralafrikanische Republik	17. Juli 2017	11,1
Subtotal		223,5
AUSZAHLUNG UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Gambia	26. Juni 2017	11,7
Zwischensumme		11,7
Insgesamt		1.703,2

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.² Weitere 108 Mio. SZR wurden unter einer gemischten Vereinbarung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen bereitgestellt.

Zugangsnormen und -grenzen des PRGT um 50 Prozent;

b) Umverteilung des Finanzierungsmix aus konzessionären und nicht konzessionären Mitteln von einem Verhältnis von 1:1 auf 1:2 für Länder, die vom IWF Finanzhilfe in einer Mischform aus konzessionären und nicht konzessionären Mitteln des PRGT und GRA bekommen; c) permanente Nullstellung des Zinssatzes für Mittel im Rahmen der RCF, um Ländern in fragilen Situationen, beispielsweise infolge von Konflikten oder Naturkatastrophen, zu helfen.

Eine Direktoriatsaussprache im November 2016 klärte die einzelnen Aspekte im Zusammenhang mit der Anwendung dieses Finanzsicherheitsnetzes, wie etwa den Zugang PRGT-berechtigter Mitglieder zum GRA, Richtlinien zum kombinierten Einsatz verschiedener Finanzmittel sowie die Rolle von Normen bei der Festlegung des Zugangs.

Des Weiteren:

■ Im Oktober 2016 wurde beschlossen, die Zinsen auf alle konzessionären Kredite bis zum 31. Dezember 2018 auf null zu setzen. Der Mechanismus zur Festlegung der Zinssätze wurde ebenfalls geändert, damit die Zinssätze so lange bei null liegen, wie die globalen Zinsen niedrig sind.

■ Im Mai 2017 erörterte das Direktorium Optionen, wie Länder, einschließlich PRGT-berechtigter Mitglieder, besser unterstützt werden könnten, die aufgrund von schweren Naturkatastrophen plötzlichem Zahlungsbilanzdruck ausgesetzt sind. Die Direktoren unterstützten einen Vorschlag zur Anhebung der jährlichen Zugangsgrenze unter der Rapid Credit Facility und dem Rapid Financing Instrument von 37,5 auf 60 Prozent der Quote für Länder, die von schweren Naturkatastrophen heimgesucht wurden.

2015 wurde eine Runde zur Mittelbeschaffung gestartet, damit die konzessionäre Kreditvergabe des IWF an seine ärmsten und anfälligsten Mitglieder weiter finanziert werden kann; der IWF mobilisierte 11,4 Mrd. SZR an neuen Mitteln für PRGT-Kredite und übertraf damit sein ursprüngliches Ziel von 11 Mrd. SZR. Von den 28 potenziellen Kreditgebern, an die sich der Fonds gewandt hatte – darunter 14 neue Kreditgeber aus aufstrebenden und fortgeschrittenen Volkswirtschaften – sagten 15 neue Kreditvereinbarungen zu (Stand: 30. April 2018). Brasilien und Schweden sind zwei neue Kreditgeber. Im Januar 2018 wurde die kumulative Kreditnahmegrenze unter dem PRGT um 1 Mrd. SZR auf 38,5 Mrd. SZR angehoben, um dem erhöhten Niveau der neu gesicherten Kreditvergabemittel Rechnung zu tragen.

Die Initiative zur Schuldenerleichterung für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) wur-



de großenteils abgeschlossen. Insgesamt 36 von 39 berechtigten oder potenziell berechtigten Ländern profitierten von der HIPC-Schuldenerleichterung. Hierzu gehört auch der Tschad, das letzte Empfängerland, das im April 2015 Schuldenerleichterung in Höhe von 17 Mrd. SZR erhielt. Unter dem Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT), der im Februar 2015 eingerichtet wurde, kann der IWF berechtigten Ländern ebenfalls Schuldenerleichterung gewähren. Der CCRT bietet außergewöhnliche Unterstützung für Länder, die mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten aufgrund von schweren Naturkatastrophen, lebensbedrohlichen, sich rasch ausbreitenden Epidemien mit dem Potenzial, auch andere Länder zu erfassen, und anderen Katastrophen wie verheerenden Erdbeben konfrontiert sind. Bisher bekamen Guinea, Liberia und Sierra Leone Schuldenerleichterung unter dem CCRT. Zudem erhielt Haiti 2010 eine Schuldenerleichterung in Höhe von 178 Mio. SZR unter dem ehemaligen Post-Catastrophe Debt Relief Trust (Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen).

PROGRAMMGESTALTUNG

Zusammenarbeit zwischen regionalen Finanzierungsvereinbarungen und dem IWF

Seit der weltweiten Finanzkrise wurde das globale Finanzsicherheitsnetz größer und vielschichtiger. Deshalb muss die Zusammenarbeit zwischen diesen einzelnen Schichten enger werden, damit die Bemühungen zur Eindämmung von Krisen zeitnah und wirksam sind.

Im Juli 2017 erörterte das Exekutivdirektorium die laufende Fondsarbeit zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen regionalen Finanzierungsvereinbarungen (Regional Financing Arrangement, RFAs) und dem IWF. Die Arbeit ist Teil einer allgemeinen Aussprache mit den Exekutivdirektoren über Vorschläge zur Stärkung des globalen Finanzsicherheitsnetzes.

Die Exekutivdirektoren begrüßten das unterbreitete Regelwerk und waren der einhelligen Meinung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen IWF und RFA beiden Seiten nutzen würde. Hierzu gehören die Förderung einer frühen Einbindung, Nutzung ergänzender Kompetenzen, Erhöhung der Wirksamkeit und Linderung von Übertragungswirkungen. Unter den Direktoren herrschte auch Einigkeit darüber, dass ein stärker strukturierter Ansatz zu mehr Transparenz, Vorhersehbarkeit und Wirksamkeit der Zusammenarbeit in einem zunehmend vielschichtigen globalen Finanzsicherheitsnetz mit dem IWF im Zentrum führen könne.

Die Direktoren unterstützten weithin die vorgeschlagenen Vorgehensweisen für die Zusammenarbeit in den Bereichen Kapazitätsentwicklung, Überwachung, nicht finanzielle Unterstützung und Kreditvergabe. Die Direktoren betrachteten die Vorschläge als wichtigen ersten Schritt zu einer intensiveren und besser strukturierten Zusammenarbeit zwischen IWF und RFAs.

Währungsunionen

Trotz seiner langjährigen Programmarbeit hatte der IWF keine allgemeine Leitlinie zur Gestaltung von Programmen in Mitgliedsstaaten von Währungsunionen. Der IWF arbeitet im Rahmen IWF-gestützter Programme mit Mitgliedern der folgenden vier Währungsunionen zusammen: Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion, Ostkaribische Währungsunion, Europäische Währungsunion und Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion.



Im Februar 2018 erörterte das Exekutivdirektorium ein IWF-Papier mit dem Titel „Programmgestaltung in Währungsunionen“.

Diese neue Leitlinie wird für einheitliche, transparente und objektive Behandlung in den IWF-gestützten Programmen und für eine Angleichung des Programmansatzes an den Ansatz des IWF zur makroökonomischen Überwachung sorgen.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich für die Einführung einer allgemeinen Leitlinie zur IWF-Arbeit mit Institutionen in Währungsunionen aus, in denen die Politiken dieser Institutionen entscheidend für den Erfolg der IWF-gestützten Programme sind.

VEREINBARUNG ZUR KOORDINATION DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Im Juli 2017 billigte das Exekutivdirektorium die Einführung einer neuen, nicht finanziellen Vereinbarung zur Koordination der Wirtschaftspolitik (Policy Coordination Instrument, PCI), die das globale Finanzsicherheitsnetz stärken und die Wirksamkeit des IWF-Instrumentariums verbessern soll. Die Entscheidung folgte auf eine Reihe von Direktoriumsaussprachen über die Angemessenheit des Sicherheitsnetzes.

Die neue Vereinbarung soll Ländern helfen, Finanzmittel von öffentlichen wie privaten Gebern und Gläubigern zu beschaffen und die Verpflichtung zu einer Reformagenda unter Beweis zu stellen. Sie wird einen politischen Dialog zwischen IWF und den Ländern ermöglichen, ebenso die Überwachung wirtschaftlicher Entwicklungen und Politiken sowie die Befürwortung dieser Politiken durch das Direktorium. Die wichtigsten Merkmale wurden nach dem Vorbild der Finanzierungsvereinbarungen des IWF und der Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik gestaltet, weisen aber gewisse Unterschiede dazu auf: Es gibt beispielsweise keine Berechtigungskriterien (sie steht allen Mitgliedern offen), der Prüfplan ist flexibler und die Überwachung der Konditionalität folgt einem prüfbasierten Ansatz.

Die Seychellen waren das erste Mitgliedsland im IWF, das eine PCI beantragte. Seit der Krise von 2008 hat das Land mit drei aufeinanderfolgenden IWF-Programmen beträchtliche Fortschritte auf dem Weg zu makroökonomischer Stabilität gemacht, und der Ausblick bleibt dank des Tourismussektors positiv. Allerdings kämpft der kleine Inselstaat wegen seiner Abhängigkeit vom Tourismus in einem schwierigen weltwirt-



schaftlichen Umfeld weiterhin mit Schwachstellen und steht unter Druck.

Im Dezember 2017 billigte das Direktorium eine PCI mit drei Jahren Laufzeit für die Seychellen, die auf den gesammelten Erfahrungen aus früheren IWF-gestützten Programmen aufbauen wird. Ziel der PCI ist es, die Bemühungen des Staats zur Konsolidierung der makroökonomischen Stabilisierung zu unterstützen sowie nachhaltiges und inklusives Wachstum zu fördern. Programmprüfungen erfolgen in einem festen halbjährlichen Turnus. Die PCI verwendet keine Mittel des IWF, aber der erfolgreiche Abschluss der Programmprüfungen würde das Engagement der Seychellen für weiterhin starke Wirtschaftspolitik und Strukturreformen signalisieren.

VEREINBARUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, die keine IWF-Mittel in Anspruch nehmen möchten oder benötigen, ist die Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument, PSI) ein flexibles Instrument, um auch ohne eine Kreditvereinbarung Beratung und Unterstützung durch den IWF zu bekommen. Dieses Instrument ist eine wertvolle Ergänzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT. PSIs helfen Ländern bei der Ausgestaltung wirkungsvoller Wirtschaftsprogramme, die Gebern, multilateralen Entwicklungsbanken und Märkten signalisieren, dass der IWF die Stärke der Politiken eines Mitglieds gutheißt.



Die PSI soll einen engen politischen Dialog zwischen IWF und dem betreffenden Mitgliedsland fördern, meist durch halbjährliche Bewertungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes seitens des IWF. Sie steht PRGT-berechtigten Ländern zur Verfügung, die über eine Strategie zur Armutsbekämpfung verfügen und ein politisches Regelwerk haben, das auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität und Schuldentragfähigkeit ausgerichtet ist und Strukturreformen in wichtigen Bereichen vorantreibt, in denen Wachstum und Armutsbekämpfung beschränkt sind. Diese Reformen würden eine wirksame und dauerhafte Armutsbekämpfung und Wachstum in Ländern unterstützen, deren Institutionen anhaltend gute Leistung aufrechterhalten können. Im Allgemeinen zielen die politischen Maßnahmen unter einer PSI auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität ab und setzen Strukturmaßnahmen zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen um. Dazu gehören die Verbesserungen zur Verwaltung des öffentlichen Sektors, Stärkung des Finanzsektors oder Aufbau sozialer Sicherheitsnetze. Die Prüfungen des Exekutivdirektoriums spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der Leistung im Rahmen des Programms und erlauben dem Programm die Anpassung an wirtschaftliche Entwicklungen.

Im GJ 2018 billigte das Direktorium Verlängerungen der PSI für Ruanda, Senegal und Tansania.

ÜBERWACHUNG IN DER FOLGEZEIT VON PROGRAMMEN

Wenn ein Mitgliedsland Geld vom IWF ausleiht, wird seine Politik strenger überwacht. Wenn ein Land sein Kreditprogramm abgeschlossen hat, folgt eventuell eine weitere Überwachung (Post-Program Monitoring, PPM), die ein wichtiges Element in der Sicherheitsarchitektur des IWF darstellt. PPM wird generell für alle Mitgliedsländer erwartet, die nach Ablauf des jeweiligen Programms noch offene finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem IWF haben. Diese Maßnahmen sollen Risiken für die mittelfristige Tragfähigkeit dieser Mitglieder aufdecken und Hinweise auf Risiken in der IWF-Bilanz liefern. Bei Bedarf wird

der IWF-Stab Beratung zu politischen Maßnahmen erteilen, mit denen makroökonomische Ungleichgewichte korrigiert werden können.

Pakistan

Im März 2018 schloss das Exekutivdirektorium die ersten PPM-Gespräche mit Pakistan ab.

Der kurzfristige Ausblick für das Wirtschaftswachstum in Pakistan ist weithin günstig. Das reale BIP wird im GJ 2017–18 voraussichtlich um 5,6 Prozent wachsen, gestützt durch bessere Stromversorgung, Investitionen im Zusammenhang mit dem China-Pakistan Economic Corridor, starkem Konsumwachstum und laufender Erholung in der Landwirtschaft. Die Inflation bleibt beschränkt.

Eine anhaltende Erosion der makroökonomischen Widerstandskraft könnte diesen Ausblick allerdings gefährden. Nach beträchtlichen fiskalischen Zielabweichungen im vergangenen Jahr wird dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von 5,5 Prozent des BIP erwartet, wobei Risiken für ein höheres Defizit im Vorfeld der allgemeinen Wahlen bestehen. Der Anstieg der Importe hat trotz vermehrter externer Mittel zu einem größeren Leistungsbilanzdefizit und einem merklichen Rückgang der internationalen Reserven geführt. Das Leistungsbilanzdefizit für das GJ 2017–18 könnte 4,8 Prozent des BIP erreichen, während die internationalen Bruttoreserven im Zuge begrenzter Wechselkursflexibilität weiter sinken könnten. Angesichts des steigenden externen und fiskalischen Finanzierungsbedarfs und schwindender Reserven sind die Risiken für Pakistans mittelfristige Rückzahlungskapazität an den IWF seit Beendigung der Extended Fund Facility im September 2016 gestiegen.

Die Direktoren nahmen die günstige Wachstumsdynamik in Pakistan zur Kenntnis, stellten aber auch mit Sorge die Schwächung der makroökonomischen Situation fest, die sich in einer Vergrößerung der externen und fiskalischen Ungleichgewichte, einem Rückgang der Devisenreserven und vermehrten Risiken für den Wirtschafts- und Finanzausblick Pakistans und seine mittelfristige Schuldentragfähigkeit zeigen. In diesem Zusammenhang forderten die Exekutivdirektoren Entschlossenheit vonseiten der Behörden, ihre kurzfristigen Prioritäten erneut auf die Erhaltung der makroökonomischen Stabilität auszurichten.

Kapazitätsentwicklung

Eine gestärkte Kapazität von Institutionen wie Zentralbanken und Finanzministerien führt zu wirksamerer Politikgestaltung und zu mehr wirtschaftlicher Stabilität und Inklusion. Deshalb arbeitet der IWF mit den Ländern zusammen, um diese Institutionen zu stärken, indem er ihnen technische Hilfe und Ausbildung zur Verfügung stellt, die sich auf die zentralen Fragen der Wirtschaftsstabilität konzentrieren.



Kapazitätsentwicklung ist neben Kreditvergabe und Überwachung eine der drei Kernfunktionen des IWF und beansprucht 28 Prozent seines Haushalts. Die Kapazitätsentwicklung umfasst praktische technische Hilfe und politikorientierte Ausbildung für Mitgliedsländer, damit sie wirksame Politiken und Institutionen zur Stärkung ihrer Volkswirtschaften, zur Förderung von inklusivem Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen gestalten können. Die Stärkung der Wirtschaftspolitik durch Kapazitätsentwicklung trägt auch zu einem besseren Verständnis der Politikberatung des IWF im betreffenden Land bei, hält Institutionen zu globalen Innovationen und Risiken auf dem Laufenden und hilft im Umgang mit krisenbedingten Herausforderungen und Spillovers. Desgleichen kann der IWF mit seiner Überwachungs- und Kreditvergabetätigkeit feststellen, wie die Kapazitätsentwicklung in einem Land die besten Ergebnisse zeitigen kann.

Die Kapazitätsentwicklung des IWF erfolgt durch kurze Entsendungen von Mitarbeitern vom Hauptsitz des IWF in Washington, DC, durch langfristige Tätigkeit von Beratern im Land, durch ein Netz aus Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung und über Online-Kurse. Ein gut strukturierter und umfassender Leitgedanke sorgt dafür, dass die jeweilige Tätigkeit auf den Aufbau volkswirtschaftlicher Institutionen ausgerichtet ist und den Entwicklungsprioritäten des Landes entspricht.

16 regionale Zentren helfen dem IWF, rasch den neuen Bedürfnissen eines Landes gerecht zu werden, und ermöglichen eine engere Koordination mit anderen Entwicklungspartnern. Diese Arbeit wird von bilateralen und multilateralen Partnern unterstützt, die derzeit etwa die Hälfte der gesamten Kapazitätsentwicklung des IWF finanzieren, einschließlich der Unterstützung für die regionalen Zentren. 2018 eröffneten der IWF und die People's Bank of China ein neues Zentrum zum Aufbau volkswirtschaftlicher Institutionen und zur Förderung der Humankapazitätsentwicklung in wichtigen Kompetenzfeldern des IWF. Es steht Beamten in China und anderen Ländern zur Verfügung und wurde von der Geschäftsführenden Direktorin des IWF Christine Lagarde, dem chinesischen Vizepremier Liu He und dem Gouverneur der chinesischen Zentralbank Yi Gang am 12. April 2018 in Peking eingeweiht.

Alle 189 Mitgliedsländer bekamen in den letzten 50 Jahren ihren Prioritäten entsprechend Unterstützung durch die Kapazitätsentwicklung des IWF. Im GJ 2018 wurde rund die Hälfte der gesamten technischen Beratung in Entwicklungsländern mit

niedrigem Einkommen bereitgestellt. Aufstrebende Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen erhielten etwas mehr als die Hälfte der politikorientierten Ausbildung des IWF.

Bei ihrer Arbeit zur Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele erhalten die Länder Unterstützung vom IWF in Form von Kapazitätsentwicklung in den folgenden Fundamentaltbereichen:

- **Fiskalpolitik:** Unterstützung der Regierungen zur besseren Mobilisierung von Einkünften und wirksamen Steuerung der Ausgaben – mithilfe von Steuer- und Zollpolitiken, Haushaltsaufstellung, Management der Staatsfinanzen, in- und ausländischen Schulden und sozialen Sicherheitsnetzen. Damit werden Regierungen in die Lage versetzt, die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte aufrechtzuerhalten, ihre Infrastruktur wie Schulen, Straßen und Krankenhäuser und soziale Sicherheitsnetze zu verbessern und mehr Investitionen ins Land zu holen.
- **Politik des Währungs- und Finanzsektors:** Zusammenarbeit mit Zentralbanken zur Modernisierung ihrer Geld- und Wechselkurspolitiken, Regelwerke und Implementierung; mit Regulierungs- und Aufsichtsbehörden des Finanzsektors zur Stärkung der finanziellen Infrastruktur und Institutionen; und mit anderen maßgeblichen Organen zum Aufbau und zur Vertiefung der makroprudenziellen Aufsichts- und Krisenmanagementkapazität. Diese Bestrebungen tragen zu mehr makroökonomischer und finanzieller Stabilität im Land bei, denn sie kurbeln inländisches Wachstum und internationalen Handel an.
- **Rechtliche Regelwerke:** Anpassung rechtlicher und Governance-Regelwerke an internationale Standards, damit Länder solide Haushalts- und Finanzreformen ausarbeiten und gegen Bestechung und Geldwäsche sowie Terrorismusfinanzierung vorgehen können.
- **Statistik:** Unterstützung der Länder bei der Aufstellung, Verwaltung und Meldung makroökonomischer und Finanzdaten, damit sie ein genaueres Verständnis ihrer Wirtschaft gewinnen und fundierte Politikmaßnahmen formulieren können.



Die Kapazitätsentwicklungsarbeit, Politikberatung und Forschung des IWF konzentrieren sich zunehmend darauf, Länder bei der Erfüllung ihrer Entwicklungsprioritäten zu unterstützen, insbesondere:

- **Abbau der Ungleichheit:** Der IWF schult Politiker darin, inklusive Politikmaßnahmen, z. B. Ausgaben- und Subventionsreformen, und progressive Besteuerung und Finanzinklusion umzusetzen, einschließlich durch neue Finanztechnologien. Er stellt auch die Instrumente für Analyse, Durchführung und Überwachung bereit, die die Länder zum Abbau der Ungleichheit brauchen.

- **Geschlechtergleichheit:** Die Kapazitätsentwicklungs- und Ausbildungsarbeit des IWF zu Geschlechtergleichheit umfasst inzwischen auch Schulungen für Regierungsbeamte, Peer-Learning-Workshops sowie technische Hilfsmissionen zu Gender-Responsive Budgeting (an Gleichstellungsfragen orientierte Haushaltsgestaltung).

- **Maßnahmen zum Klimaschutz:** Der IWF arbeitet mit Ländern an Umweltsteuerreformen und wirtschaftlicher Gestaltung von Energiepreisen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren. Er hilft auch beim Aufbau robuster Regelwerke und Managementpläne für die öffentlichen Finanzen, damit Länder auf Naturkatastrophen und klimabedingte Schocks vorbereitet sind.

Die folgenden Seiten zeigen die wichtigsten Bereiche anhand von Länderbeispielen aus den Kerngebieten der Kapazitätsentwicklung des IWF.

HÖHEPUNKTE: HAUSHALT

Mittelfristige Einkommensstrategie

Mobilisierung von Einkünften ist entscheidend, wenn Länder Ressourcen für nachhaltige Entwicklung sichern und, im Fall von Niedrigeinkommensländern, die Abhängigkeit von fremder Hilfe senken wollen. Der IWF fördert eine neue Initiative zu mittelfristigen Einkommensstrategien (Medium-Term Revenue Strategies, MTRS), die auf Steuerpolitik, Steuerverwaltung und Steuergesetzgebung abzielt. Ländern soll damit die Ausarbeitung und Umsetzung umfassender Reformstrategien erleichtert werden, damit sie mittelfristige Einkommensziele verwirklichen können. Der MTRS-Ansatz wurde von der Plattform für Zusammenarbeit in Steuerfragen erarbeitet, um Ländern bei der Mobilisierung von Einkommen unter die Arme zu greifen. Die Plattform empfahl die Einführung von MTRS in ihrem Bericht vom Juli 2016 an die Finanzminister der G20 mit dem Titel „Enhancing the Effectiveness of External Support in Building Tax Capacity in Developing Countries“ (Die Wirksamkeit fremder Hilfe beim Aufbau von Steuerkapazität in Entwicklungsländern stärken). Das MTRS-Konzept wurde in den „Neuen Meldungen zur Tätigkeit der Plattform für Zusammenarbeit in Steuerfragen“ vom Juli 2017 an die G20 weiterentwickelt. Eine Leitveranstaltung dazu fand anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank 2017 statt. Mehr als 200 Teilnehmer erörterten den MTRS-Ansatz zur Reform des Steuersystems, einschließlich seiner vier voneinander abhängigen Komponenten: a) Aufbau eines allgemeinen Konsens zu Einkommenszielen; b) Gestaltung einer umfassen-

den Reform des Steuersystems (Politik, Verwaltung und rechtlicher Rahmen); c) verbindliche Versprechen zur nachhaltigen politischen Unterstützung der Umsetzung unter der Führung der Regierung; d) Sicherung von Ressourcen im Inland und von Gebern für eine wirksame Umsetzung.

In Uganda, wo 2016–17 das Verhältnis von Steuern zu BIP 13,5 Prozent betrug, ist die Anhebung der inländischen Einkünfte entscheidend, wenn die Entwicklungsstrategie des Landes umgesetzt werden soll. Aufbauend auf der laufenden Arbeit half der IWF den Behörden bei der Ausarbeitung eines auf fünf Jahre ausgelegten MTRS-Rahmens: Ab dem GJ 2018 und bis zum GJ 2022 soll das Verhältnis von Steuern zu BIP auf 16 Prozent verbessert werden. Dieser Rahmen enthält Optionen für eine Reform der Steuerpolitik, wichtige Maßnahmen zur Anhebung der Steuern und Erhöhung der Zoll-Compliance sowie ausgewählte Steuergesetzkomponenten zur Unterstützung der Compliance-Programme.

Der IWF half auch Papua-Neuguinea bei der Ausarbeitung seiner ersten umfassenden MTRS. Papua-Neuguinea war mit einem drastischen Rückgang seiner Einkünfte konfrontiert und gezwungen, das Steuersystem neu zu beleben und inländische Einkünfte zu mobilisieren. Die Regierung entwickelte eine MTRS zur Modernisierung des Steuersystems mit dem Ziel, die Steuer-BIP-Quote zu erhöhen und eine Integration der Reformpläne in den wichtigsten Einkommensbehörden sicherzustellen. Die MTRS spiegelt das Engagement der Regierung für das Einkommensreformprogramm wider und umreißt einen Fahrplan für mehrere Behörden zur Reform der Steuerpolitik, Steuerverwaltung und des rechtlichen Rahmens über die nächsten fünf Jahre.

Hackathons

Der IWF organisierte im Rahmen seiner laufenden technischen Hilfe zur Unterstützung der Steuerverwaltung sogenannte „Hackathons“ in Senegal (2016), Uganda (2017) und Côte d'Ivoire (2018). Diese Hackathons werden von der Bill and Melinda Gates Foundation zur Unterstützung technischer Innovationen finanziert. Die Veranstaltungen dauern in der Regel zwei Tage und bringen Experten aus unterschiedlichen Disziplinen zusammen: technische Innovationen, Steuer- und Zollverwaltung, Beamte anderer Regierungsbehörden sowie Vertreter des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Ziel der Veranstaltungen war es, Prototypen für innovative Lösungen zu entwickeln, die die Kapazität der Steuerverwaltung im Umgang mit Compliance-Risiken verbessern, und den steigenden Serviceerwartungen gerecht zu werden. An jeder Veranstaltung

nahmen ungefähr 80 Personen aus verschiedenen Ländern teil. Die Hackathons waren ein durchschlagender Erfolg, großenteils wegen ihres lebhaften und anspruchsvollen Formats, ihrer kreativen Atmosphäre und dem hohen Maß an Einbindung und Erwartungen seitens der Behörden.

In Senegal wird als einer von vier Prototypen „Mon Espace Perso“ als persönlicher Steuerplatz implementiert. Damit erhalten Einzelpersonen und Firmen einen vereinfachten Zugriff auf ihre Steuerdaten sowie auf gezielte Informationen und Dienste und können ihre Steuererklärungen einreichen sowie Steuern zahlen. In Uganda wurden acht Prototypen entwickelt, die derzeit von den Behörden auf Implementierung im allgemeinen Zusammenhang mit den MTRS geprüft werden. In Côte d'Ivoire waren die Hackathons stärker ausgereift und ambitionierter. Einer der Prototypen nannte sich SICI, Système Intégré de la Côte d'Ivoire – eine Plattform mit einem Fenster für Steuerbeamte zum Aufrufen von Steuerdaten zu Compliance-Zwecken; gestützt wird die Plattform von einem System, das interne und externe Datenquellen mittels Blockchain-Technologie integriert.

Online-Kurs zum Management öffentlicher Finanzen

Der IWF führt jedes Jahr mehr als 100 Außendienstmissionen durch, bei denen er gemeinsam mit Regierungsbeamten der Länder an der Verbesserung verschiedener Aspekte des Managements öffentlicher Finanzen (Public Financial Management, PFM) arbeitet. Während sechs Wochen im Oktober und November 2017 erreichte der IWF mit einem einzigen Online-Kurs über PFM knapp 700 Beamte aus 141 Ländern. Zentrales Thema des Kurses war die Frage, warum PFM ein wirksames Instrument zur Umsetzung öffentlicher Politik ist und wie PFM-Institutionen makroökonomische Stabilität, Wirtschaftswachstum, die Nachhaltigen Entwicklungsziele und gute Governance unterstützen. Die Entwicklungshilfe der USA, United States Agency for International Development (USAID), finanzierte die Ausarbeitung des Kurses.

Im Lauf von neun Monaten entwickelte und filmte der IWF-Stab Kursmodule zu einem breiten Themenspektrum. Der PFM-Kurs enthielt nicht nur Lernmodule, sondern auch Interviews mit Finanzministern, anderen hochrangigen Beamten und Vertretern der Zivilgesellschaft zu allen Aspekten von PFM. Ein Diskussionsforum schuf eine interaktive Plattform, auf der Teilnehmer Fragen stellten sowie Meinungen und Ländere Erfahrungen austauschten. Gender-Budgeting war ein viel diskutiertes Thema.



Der erste Kurs wandte sich ausschließlich an Beamte und Mitarbeiter von Entwicklungsbehörden. Unter den Teilnehmern waren Beamte aus 141 Ländern, einschließlich 162 Teilnehmern aus 25 fragilen Staaten wie Afghanistan, Haiti, Irak und Somalia. Annähernd 700 Teilnehmer schlossen den Kurs erfolgreich ab – weit mehr, als der IWF-Stab mit der Entsendung von Mitarbeitern im Lauf eines ganzen Jahres unterrichten könnte.

Der Online-Kurs zum PFM weckte starkes Interesse aufseiten bilateraler Geber und Entwicklungsagenturen, darunter USAID, das Entwicklungshilfeministerium des Vereinigten Königreichs, die Europäische Kommission und die Weltbank. Mit dem Kurs wurde ein Forum geschaffen, auf dem Geber und Empfänger ihre Ansichten zu PFM und zu Schwierigkeiten beim Kapazitätsaufbau austauschen können. Der Kurs wird regelmäßig als

offener Massen-Online-Kurs (Massive Open Online Course, MOOC) angeboten und ist für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich.

Peer-to-Peer-Lernangebote zum Gender-Budgeting

Der IWF veranstaltete im Dezember 2017 ein Seminar über Gender-Budgeting in Costa Rica, an dem sieben Länder teilnahmen (Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama). Dabei handelte es sich um das erste regionale Seminar, das vom IWF 2017 ausgearbeitet worden war und den Einsatz des Regelwerks zum Management öffentlicher Finanzen für das Gender-Budgeting zum Thema hatte. 2018 folgten ähnliche Workshops am Africa Training Institute (ATI), Joint Vienna Institute (JVI), South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (SARTTAC) und am Caribbean Technical Assistance Center (CARTAC).

Governance in Infrastruktur

Der IWF will den Ländern bei der Verbesserung ihrer Governance-Kapazitäten in der Infrastruktur helfen, damit Investitionen größtmögliche Wirkung auf Wachstum und Entwicklung zeigen. In Benin wurde im Zusammenhang mit der Umsetzung einer ehrgeizigen nationalen Entwicklungsstrategie (Programme d'Action du Gouvernement), deren Akzent auf Investitionen und Infrastruktur liegt, eine Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen (Public Investment Management Assessment, PIMA) durchgeführt. Ausgehend von den Empfehlungen der IWF-Mission brachten die Behörden einige Reformen auf den Weg (zum Beispiel die Implementierung von Verpflichtungsermächtigungen), und die Weltbank überarbeitete ihr 15 Mio. US\$ umfassendes Projekt zu technischer Hilfe bei öffentlichen Investitionen.



Der IWF entsandte auch eine PIMA-Mission nach Irland. Der Finanzminister war von dem Bericht, der im November 2017 veröffentlicht wurde, sehr angetan und vermerkte, dass er genau auf die Bedürfnisse Irlands zugeschnitten sei und eine wichtige Rolle bei der Stärkung der öffentlichen Investitionsinstitutionen und bei der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit öffentlicher Investitionen spielen werde. Die Regierung argumentierte später überzeugend für mehr öffentliche Investitionen zur Stärkung der Kapitalinfrastruktur Irlands und verkündete für 2018–21 weitere Kapitalzuweisungen im Haushalt in Höhe von 4,3 Mrd. €. Im nationalen Entwicklungsplan 2018–27, der im Februar 2018 veröffentlicht wurde, verwies die Regierung abermals auf die positive Reaktion auf mehrere wichtige Empfehlungen im Bericht, unter anderem: a) Bildung einer hochrangig besetzten Lenkungsgruppe für Infrastrukturprojekte zur Leitung eines sektorenübergreifenden Infrastrukturdialogs; b) Ausarbeitung des Capital Tracker, eines wichtigen Management-Tools zur Ausarbeitung und Priorisierung einer Pipeline von Projekten auf den wichtigsten Infrastruktursektoren und zur Aufsicht über Terminpläne und Leistungsziele; c) Überarbeitung des irischen Gesetzbuchs zu öffentlichen Ausgaben für das Ministerium für öffentliche Ausgaben und Reformen, damit Schätzungen zu Großprojekten unabhängig bewertet werden können.

Transparenz der öffentlichen Haushalte und Fiskalrisikomanagement

Georgien hat in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte bei der Offenlegung und besseren Steuerung fiskalischer Risiken gemacht. Der IWF unterstützte die Behörden bei der Ausarbeitung eines Regelwerks zur Überwachung von Risiken im Zusammenhang mit Unternehmen in Staatseigentum, bei der Festlegung eines soliden gesetzlichen Rahmens für öf-

fentlich-private Partnerschaften und zur besseren Bewertung fiskalischer Risiken, die sich aus langfristigen Kaufverträgen im Wasserkraftsektor ergeben. Anhand dieser Informationen konnten die Behörden das Tempo ihrer Wasserkraftexpansion besser an die Nachfrage anpassen und gleichzeitig die Kaufverträge neu strukturieren, um die fiskalischen Risiken zu verringern. Die Offenlegung fiskalischer Risiken wurde auch verbessert, einschließlich der gestärkten Analyse der makroökonomischen und verschuldungsbezogenen Haushaltsrisiken, die Georgien bereits veröffentlichte. Dies und eine Reihe anderer Reformen, wie die Entwicklung jährlicher Finanzausweise und die Einführung einer programmbasierten Haushaltsplanung, halfen Georgien, in der Rangliste der Haushaltstransparenz gemäß Open Budget Survey im Zeitraum von 2010 bis 2017 vom 34. Platz auf den 5. Platz vorzurücken. In einer Bewertung der Transparenz der öffentlichen Haushalte von 2016 stellte der IWF fest, dass Georgien in vielen Bereichen das Niveau guter oder fortschrittlicher Praktiken erreicht habe, verwies aber auch auf weiteren Verbesserungsbedarf.

Moldawien veröffentlichte sein erstes Statement zum fiskalischen Risiko (Fiscal Risk Statement, FRS) im Dezember 2017. Das FRS liefert eine umfassende Übersicht über zentrale Risiken für den öffentlichen Haushalt des Landes und ist ein nützliches Instrument zur Bewertung der Stimmigkeit und Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik. Das FRS gibt Anhaltspunkte für die potenziellen Folgen großer Fiskalrisiken, bewertet die Wahrscheinlichkeit direkter Fiskalrisiken und schafft eine Grundlage für die Priorisierung von Risikobekämpfungsmaßnahmen. Makroökonomische Schocks gelten als besonders folgenreich und hoch wahrscheinlich, sodass häufigere Aktualisierungen der makroökonomischen Prognosen als Maßnahme zur Risikobegrenzung empfohlen werden. Risiken aus dem möglichen Bail-out

insolventer Unternehmen in Staatseigentum und insolventer systemrelevanter Banken wurden ebenfalls als hoch eingestuft. Der Entwurf des Financial Risk Statement erfolgte unter Mitwirkung der Öffentlichkeit und wurde mit Parlamentariern erörtert.

Aufbau einer nachhaltigen Einkommensbasis in den Ländern des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten

Obwohl mehr als 150 Länder eine Form von Mehrwertsteuer erheben, war dies bis vor Kurzem nicht der Fall in den Ländern des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten (GCC): Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate. Die Einführung einer Mehrwertsteuer war wegen der besonderen politischen Systeme im GCC und der starken Abhängigkeit von Einkünften aus Öl und Gas zur Finanzierung der Regierungstätigkeit nicht einfach. Der IWF leistet seit mehr als zehn Jahren umfangreiche sachverständige Unterstützung bei der Ausgestaltung und Verwaltung indirekter Steuern auf breiter Basis; seine Beratung konzentriert sich dabei auf die Einführung einer umfassenden Mehrwertsteuer und spezieller Verbrauchssteuern, die auf Ebene des GCC koordiniert werden, damit die Vorteile der Zollunion genutzt werden können.

Am 1. Januar 2018 führten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eine allgemeine Mehrwertsteuer zu einem Satz von 5 Prozent ein. 2017 führten beide Länder Verbrauchssteuern auf Tabak und zuckerhaltige Getränke ein, die den Sätzen in Ländern mit hohem Einkommen entsprechen. Mehrwert- und Verbrauchssteuern folgten den Vereinbarungen, die die GCC-Länder 2016 im Rahmen ihres Mehrwertsteuer-Regelwerks zur Vertiefung der Wirtschaftsintegration geschlossen hatten. Andere Länder im GCC werden dem Beispiel Saudi-Arabiens und der VAE folgen und in den kommenden Jahren ihrerseits eine Mehrwertsteuer einführen. Der IWF spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Implementierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuern, weil er die Ausführung der administrativen Vorkehrungen für eine neue Verbrauchssteuer leitete. Damit wurde die Kapazität für und das Vertrauen in die Implementierung einer neuen Steuer geschaffen, die nun als Modell für andere Länder im GCC dient.

HÖHEPUNKTE: GELDPOLITIK

Der IWF engagiert sich weiterhin aktiv, akute Bedürfnisse seiner Mitgliedsländer in Bezug auf Finanz- und Währungssta-

bilität zu decken, indem er solide und effiziente Finanzsysteme und wirksame Regelwerke für die Geld- und Devisenkurspolitik fördert. Im vergangenen Jahr betreute der IWF mehr als 1.000 Missionen technischer Hilfe zu den Kernthemen Aufsicht und Regulierung, Geldpolitik und Devisenwirtschaft, Krisenprävention und -management sowie Bilanzstrukturmanagement des öffentlichen Sektors. Folgende Bereiche zeichnen sich durch einen wachsenden Bedarf an technischer Hilfe aus: Unterstützung bei der Ausarbeitung wirksamer Regelwerke und Systeme für die makroprudenzielle Politik, die der Formulierung der Geldpolitik entsprechen; Aufstellung breiter gefasster Überwachungsmechanismen für Finanzstabilität und systemische Risiken, Erstellung von Analysen und Berichten zur Finanzstabilität sowie Stresstests.

Der IWF erhielt für einen Stabilitätsfonds für den Finanzsektor Mittel von China, der Europäischen Investitionsbank, Italien, Luxemburg, Saudi-Arabien, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich; weitere Länder sollen bald folgen. Diese Mittel werden zur Stabilität, Inklusion und Vertiefung des Finanzsektors beitragen und hauptsächlich einkommensschwachen Ländern und Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich gewidmet sein. Der Fonds wird Missionen zur Prüfung der Finanzsektorstabilität und Folgeaktionen zur Verbesserung der Finanzsektorstatistiken zur Bewertung der Stabilitätsrisiken, Anfälligkeiten und Verknüpfungen des Finanzsektors finanzieren. Im GJ 2018 wurde die Finanzsektorstabilität in Costa Rica, Fidschi, Paraguay und Uganda geprüft; für 2019 sind Prüfungen in Gaza, Nicaragua, Sri Lanka und Westjordanland geplant.

Ein gemeinsam von IWF und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veranstaltetes Symposium zum Kapazitätsaufbau brachte im Februar 2018 Organisationen, die technische Hilfe bereitstellen, internationale standardsetzende Organe, Geber und die Empfänger von technischer Hilfe zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Darüber hinaus wurde erörtert, wie Kapazitätsentwicklung zu Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors wirksamer bereitgestellt werden könnte. Die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde und der General Manager der BIZ Agustín Carstens hielten Keynote-Ansprachen zur Rolle, die ihre jeweiligen Institutionen beim Kapazitätsaufbau spielen. Das Symposium legte den Grundstein für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem IWF und dem Financial Stability Institute der BIZ, die gerade gemeinsam eine Online-Schulung für Bankenaufseher erarbeiten.



Weitere Beispiele für die Kapazitätsentwicklung des IWF im Währungs- und Finanzsektor:

- **Unterstützung für Inflationssteuerung in Albanien:** Der IWF war an der Entwicklung eines Regelwerks zur Bewertung des politischen Spielraums für konventionelle Geldpolitik, für die Schätzung der effektiven Untergrenze des Leitzinses und Überwachung möglicher unbeabsichtigter Folgen beteiligt. Das Projekt dient der besseren Ausgestaltung und Umsetzung der Geldpolitik durch die Stärkung der staatlichen Kapazitäten für Kommunikation, Modellierung und Prognosen.
- **Reform des Managementregelwerks zur internen Liquidität Algeriens:** Das Arbeitsprogramm befasst sich mit der Entwicklung eines Regelwerks zu Liquiditätsmanagement und -prognose, das in Zeiten eines Liquiditätsüberschusses wie auch Liquiditätsdefizits angewendet werden kann. Es soll a) die Entwicklung der täglichen Liquiditätsüberwachung unterstützen, b) zur Ausarbeitung täglicher Prognosen von Faktoren dienen, die sich auf die Bilanz der Zentralbank auswirken, und c) die Implementierung einer offenen Marktwirtschaft und Einführung ständiger Fazilitäten vorantreiben.
- **Stärkung der Schuldenmanagementkapazität in der Ostkaribischen Währungsunion, Barbados, Belize und Jamaika durch technische Hilfe, die von der Regierung Kanadas finanziert wurde:** Das jüngste Projekt auf diesem Gebiet half den Länderbehörden bei der Ausarbeitung mittelfristiger Schuldenmanagementstrategien (MTDS) nach dem Regelwerk von IWF und Weltbank. Alle begünstigten Länder entwickeln jetzt MTDS und demonstrieren ein merklich besseres Verständnis der Kosten und Risiken in ihren jeweiligen Schuldenportfolios und bei der Auswahl von Kreditnahmestrategien, die für die Umstände des jeweiligen Landes geeignet sind.
- **Geldpolitische Unterstützung für Ghana:** Die Arbeit umfasst eine Anzahl von Bereichen, wie Aufsicht und Regulierung des Finanzsektors, Devisenmanagement, Liquiditätsmanagement sowie Implementierung eines geldpolitischen Regelwerks zur Inflationssteuerung. Ghana arbeitet stetig auf die Implementierung von Basel II und III hin und erhält hierbei Unterstützung vom Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Die Implementierung von Basel II/III wird voraussichtlich die Widerstandskraft und Stabilität des Finanzsektors erhöhen. Ein wichtiger Meilenstein ist die Ausarbeitung einer neuen Richtlinie über die Eigenkapitalausstattung. Bevor die Richtlinie in nächster Zeit verabschiedet werden soll, laufen derzeit noch Gespräche mit dem Bankensektor.



■ **Hilfe für Myanmar bei der Modernisierung seiner Zentralbank und Stärkung der Bankenaufsicht:** Myanmar erhält sehr viel technische Hilfe vom IWF, die von der japanischen Regierung finanziert wird. Die Arbeit konzentrierte sich zunächst auf die Festigung von Kernfunktionen, die makroökonomische und finanzielle Stabilität fördern: Kapazitätsaufbau in der Geld- und Devisenwirtschaft, Entwicklung von Interbankmarkt- und Währungsinstrumenten sowie die Stärkung der Rechnungslegung der Zentralbank, einschließlich Buchprüfung, Systemeinsatz und Finanzdienstleistungen im Allgemeinen. Die zweite Phase unterstützt die professionellere Ausstattung der Zentralbank von Myanmar und die Aufrüstung der Bankenaufsicht. Die technische Hilfe konzentrierte sich auf die Intensivierung der risikobasierten Aufsicht, Aufrüstung von Werkzeugen und Prozessen, die Schulung von Aufsichtspersonen und Aktualisierung der Vorschriften.

HÖHEPUNKTE: STATISTIK

Im Rahmen seiner Arbeit zur Entwicklung der Statistikkapazitäten bietet der IWF Mitgliedsländern technische Hilfe und Ausbildung, damit sie ihre Kompetenzen zur Erstellung und Weitergabe einheitlicher und vergleichbarer makroökonomischer und Finanzstatistiken vertiefen können. In den letzten acht Jahren nahm die Kapazitätsentwicklung auf diesem Gebiet um 84 Prozent zu; der Löwenanteil entfiel auf Statistiken der Realwirtschaft und staatliche Finanzstatistiken, gefolgt von Statistiken des Außenwirtschaftssektors, Währungs- und Finanzstatistiken und schließlich Datenweitergabe. Der Akzent lag auf der Unterstützung von Ländern mit niedrigem Einkommen und fragilen Staaten, in denen der Bedarf am größten ist. Kapazitätsentwicklung für fragile Staaten stieg in den letzten acht Jahren um 68 Prozent.

Die Statistikarbeit des IWF unterstützt auch auf direktem Weg die Arbeit der Länder zur Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Wirtschaftsdaten sind relevant für die Überwachung der SDGs, da rund 40 Prozent der SDG-Kennzahlen wirtschaftliche Variablen enthalten. Zum Beispiel wirkt sich die Kapazitätsentwicklung für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Preisgestaltung auf das SDG 1 „Keine Armut“ und das SDG 2 „Kein Hunger“ aus. Der IWF richtet seine Unterstützung in der Statistikarbeit gezielt auf Länder, die kaum Kapazitäten für das Erstellen von Statistiken besitzen, d. h. Länder, für die das Erreichen der SDGs eine dringliche Notwendigkeit ist.

Das Kommuniqué der G20 vom März 2018 unterstrich die politische Unterstützung für die Bereitstellung von technischer Hilfe durch den IWF für die Erfassung und Meldung der Schulden einkommensschwacher Länder, weil ihre steigende Verschuldung Anlass zur Sorge bezüglich ihrer Schuldenanfälligkeit gibt. Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen beseitigen die Datenlücken zur Verschuldung, die die größten Risiken für die Schuldentragfähigkeit darstellen. In einigen Ländern fehlen zum Beispiel Daten über die Verschuldung von Unternehmen in Staatseigentum; in anderen werden Rückstände nicht ordnungsgemäß festgehalten.

Die neue „übergeordnete Fondsstrategie zu Daten und Statistik im digitalen Zeitalter“ prägt nun auch die künftige Bereitstellung der Kapazitätsentwicklung, weil sie die Verwendung von Big Data durch statistische Innovation unterstützt. Big Data bietet Chancen, die großenteils mit der Digitalisierung der Wirtschaft zusammenhängen, weil gewaltige Datenmengen zum Verhalten von Einzelpersonen wie Unternehmen generiert werden. Damit lassen sich potenziell neue Datenquellen für Statistikämter erschließen. Ein Beispiel für die Nutzung von Big Data zur Erstellung von Statistiken ist die Verwendung von Daten aus mobilen Bankgeschäften zur Erzeugung genauerer Schätzungen über internationale Überweisungsströme, Dienstleistungszahlungen und Transfers sowie über verfügbares Einkommen. Diese Schätzungen können in offizielle Statistiken einfließen und die Finanzinklusion messen helfen. Deshalb rät die übergeordnete Strategie zu maßgeschneiderter technischer Hilfe des IWF, damit Länder Big Data zur Erstellung von Statistiken heranziehen können; sie empfiehlt außerdem, neue Partnerschaften mit anderen Institutionen zur Unterstützung dieser Innovation anzubahnen.

HÖHEPUNKTE: RECHTLICHE ANGELEGENHEITEN

Im GJ 2018 herrschte weiterhin Nachfrage nach technischer Hilfe zu rechtlichen Angelegenheiten vonseiten der Programmländer und anderer Länder. Im Mittelpunkt standen finanzielle Integrität, Finanz- und Haushaltsrecht, Insolvenz und die Durchsetzung von Forderungen. Der IWF reagierte auf diesen Bedarf nach einem ergebnisbasierten Managementregelwerk und den Prioritäten der Global Policy Agenda.

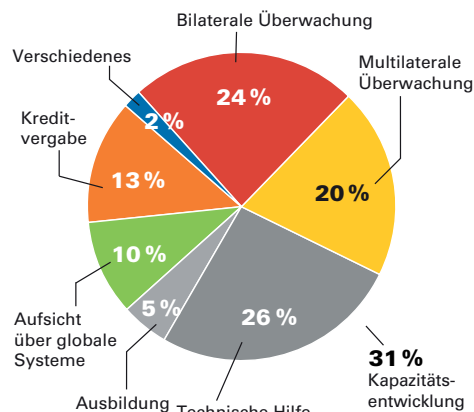
Die Kapazitätsentwicklung zu Themen im Zusammenhang mit Finanzintegrität lief weiter: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), Bestechungsbe-

kämpfung und Korrespondenzbankbeziehungen. Der IWF koordiniert seine technische Hilfe regelmäßig sowohl intern als auch mit externen Gebern, um einerseits die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen und andererseits doppelte Arbeit zu vermeiden. Der AML/CFT-Treuhandfonds finanziert Projekte der technischen Hilfe in 21 Ländern, zwei Forschungsvorhaben (zur Terrorismusfinanzierung und Transparenz von Körperschaften) sowie vier regionale Beraterpositionen in Buenos Aires, Doha, Nairobi und Singapur. Darüber hinaus werden Projekte in sieben Ländern von bilateralen Gebern finanziert, fünf weitere Vorhaben sind selbstfinanziert und zwei werden aus anderen multilateralen Treuhandfonds bestritten. Des Weiteren bewertet der IWF derzeit Kolumbien und China nach den überarbeiteten internationalen Standards der Financial Action Task Force (FATF).

Der Umfang der technischen Hilfe auf dem Gebiet Finanz- und Haushaltsrecht entsprach früheren Niveaus, einschließlich in Bezug auf Zentralbankwesen, Regelwerke zur Regulierung und Aufsicht von Banken sowie Bankenabwicklung und Krisenmanagement. Hilfe zum Thema Marktinfrastrukturen (Zahlungssysteme) wuchs langsamer und baute wie in früheren Jahren auf der Arbeit zu rechtlichen Regelwerken für das Management öffentlicher Finanzen auf.

Es herrschte weiterhin starke Nachfrage nach technischer Hilfe zum Steuerrecht auf den zentralen Gebieten Einkommensbesteuerung, Mehrwertsteuern und Steuerverfahren, was die weltweit erhöhte Aufmerksamkeit für internationale

Schaubild 2.4
Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2018

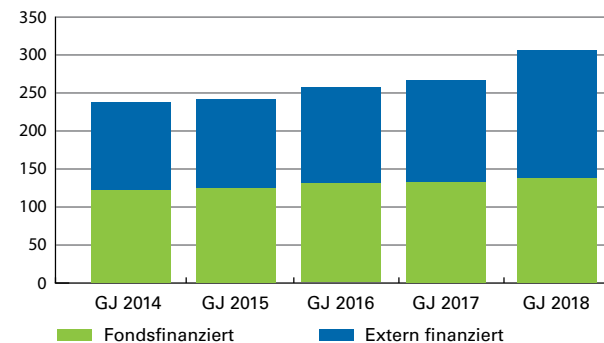


Quellen: Büro für Haushalt und Planung, ACES (Analytic Costing and Estimation System), Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.5

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2014–18

(Millionen US-Dollar)

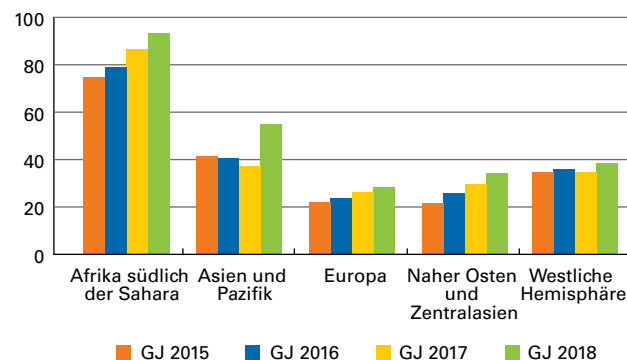


Quellen: Büro für Haushalt und Planung, ACES (Analytic Costing and Estimation System), Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.6

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Region, GJ 2015–18

(Millionen US-Dollar)

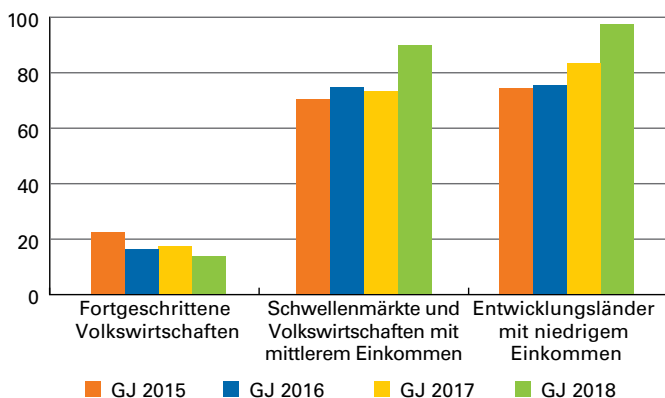


Quellen: Büro für Haushalt und Planung, ACES (Analytic Costing and Estimation System), Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.7

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Einkommensgruppe, GJ 2015–18

(Millionen US-Dollar)



Quellen: Büro für Haushalt und Planung, ACES (Analytic Costing and Estimation System), Berechnungen des IWF-Stabs.

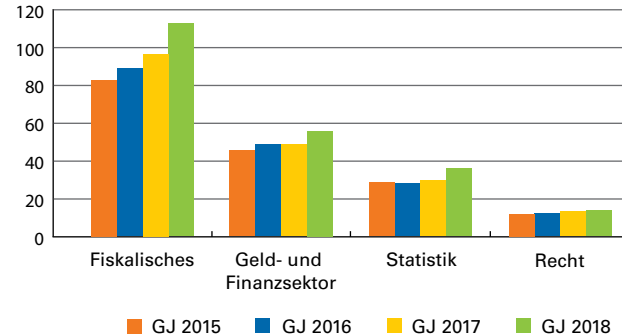
Steuerfragen widerspiegelt. So stand denn auch die Ausgestaltung des internationalen Steuerrechts im Mittelpunkt von zwei Seminaren, die am Hauptsitz des IWF in Washington, DC bzw. im regionalen Zentrum in Kuwait abgehalten wurden. Diese Fragen wurden auch in maßgeblichen rechtlichen Beiträgen zu den von der G20 vorgeschriebenen Instrumentarien und anderen Veröffentlichungen behandelt, die die Kapazitätsentwicklung in Niedrigeinkommensländern unterstützen sollen.

Der IWF stellte seinen Mitgliedern weiterhin technische Hilfe zum Thema Insolvenz und Gläubigerrechte zur Verfügung, damit die frühzeitige und rasche Rehabilitation lebensfähiger Unternehmen und die Liquidierung nicht lebensfähiger Firmen sowie ein Neuanfang für überschuldete Haushalte sichergestellt und die Rechte von Gläubigern besser geschützt werden können. Der IWF organisierte einen Workshop für hochrangige Beamte am Joint Vienna Institute zur Insolvenz von Körperschaften und Haushalten.

Schaubild 2.8

Ausgaben für die Kapazitätsentwicklung nach Themen, GJ 2015–18

(Millionen US-Dollar)



Quellen: Büro für Haushalt und Planung, ACES (Analytic Costing and Estimation System), Berechnungen des IWF-Stabs.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG DES IWF IN ZAHLEN

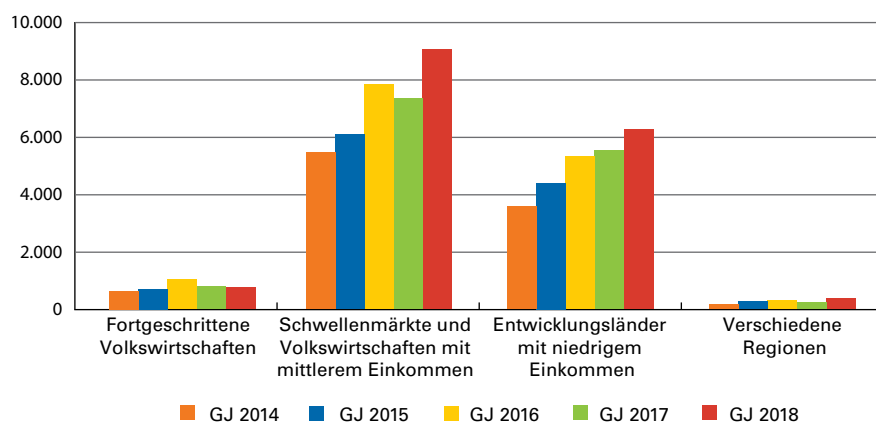
Die von den Mitgliedsländern angefragte Unterstützung des IWF in Form von Kapazitätsentwicklung, die die Entwicklung von Institutionen sowie Politik- und Richtliniengestaltung (technische Hilfe) und Entwicklung der Mitarbeiter (Ausbildung) umfasst, erreicht alle 189 Mitglieder. Auf die Kapazitätsentwicklung entfiel mehr als ein Viertel der Verwaltungsausgaben des IWF im GJ 2018. Die meisten Ausgaben betrafen die technische Hilfe mit 26 Prozent, während Ausbildung mit 5 Prozent zu Buche schlug (Schaubild 2.4).

Die Kapazitätsentwicklung des IWF nahm im GJ 2018 weiter zu, was hauptsächlich auf die Vertiefung der Arbeit in Afrika südlich der Sahara, in der Region Asien und Pazifik, im Nahen Osten sowie in Zentralasien zurückzuführen ist. Die direkten Gesamtausgaben für die Kapazitätsentwicklungsarbeit (ohne Gemeinkosten für allgemeine Unterstützung und Governance) betrugen

Schaubild 2.9

Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2014–18

(Teilnehmerzahl)



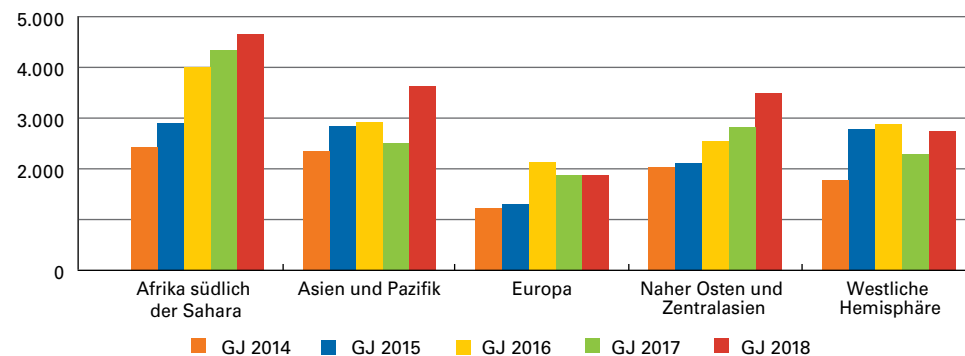
Quellen: Participant and Applicant Tracking System (PATS); Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Daten für das GJ 2018 sind vorläufig.

Schaubild 2.10

Ausbildungsteilnehmer nach Herkunftsregion, GJ 2014–18

(Teilnehmerzahl)



Quellen: Participant and Applicant Tracking System (PATS); Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Daten für das GJ 2018 sind vorläufig.

303 Mio. US\$ im GJ 2018, was verglichen mit den 267 Mio. US\$ im GJ 2017 einen Anstieg um 14 Prozent bedeutet (Schaubild 2.5).

Die extern finanzierte Komponente belief sich im GJ 2018 auf 55 Prozent des Gesamtwerts, was einem Zuwachs von 23 Prozent entspricht.

Kapazitätsentwicklung

Afrika südlich der Sahara erhielt den Löwenanteil der Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, was auf die hohe Zahl der einkommensschwachen Entwicklungsländer in dieser Region zurückzuführen ist. Die Ausgaben für Kapazitätsentwicklung stiegen im GJ 2018 um 14 Prozent und nahmen in allen fünf großen Regionen zu; besonders hoch fiel der Zuwachs mit 48 Prozent in der Region Asien und Pazifik aus (Schaubild 2.6). Der Großteil der IWF-Hilfe zur Kapazitätsentwicklung geht immer noch an Schwellenmärkte und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen sowie Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen (Schaubild 2.7).

Aufgrund der Nachfrage seitens der Mitglieder stieg die Bereitstellung von Hilfe zur Kapazitätsentwicklung in allen Themenbereichen (Fiskalisches, Geld- und Finanzsektor, Statistik und Recht) (Schaubild 2.8). 37 Prozent der vom IWF geleisteten Unterstützung entfällt auf die Hilfe zur Kapazitätsentwicklung bei Fiskalfragen.

Ausbildung

Der IWF verfügt über ein breit gefächertes Angebot an Ausbildungsmaßnahmen für Regierungsbeamte: Sie können ihre Kenntnisse bei der Analyse von Wirtschaftstrends verbessern, Prognosemodelle ausarbeiten und anwenden, Diagnoseinstrumente einsetzen und übernehmen sowie solide makroökonomische und Finanzpolitiken formulieren und umsetzen.

Das Institut für Kapazitätsentwicklung des IWF hat unterschiedliche Lehrgangsmodelle für die Erreichung dieser Ziele: Klassenunterricht, Online- und maßgeschneiderte Schulungen. Für die Teilnahme am Klassenunterricht müssen die Beamten ein Bewerbungsverfahren durchlaufen. Im GJ 2018



bot der IWF 422 Ausbildungsmaßnahmen, an denen 16.410 Beamte aus 186 Mitgliedsländern teilnahmen.

Die meisten Veranstaltungen fanden in den regionalen Zentren für technische Hilfe im Rahmen des dortigen Angebots und online statt, die übrigen Lehrgänge wurden am Hauptsitz des IWF oder anderen Standorten im Ausland abgehalten. Ein breites Themenangebot erfüllte den unterschiedlichsten Bedarf: von makroökonomischer Politik, Forecasting und makroökonomischen Modellen über Finanzprogramm- und -politikgestaltung und Fragestellungen des Finanzsektors bis hin zu spezialisierten Lehrgängen zu öffentlichen Haushalten, makroökonomischer Statistik, Bewertungen von Sicherheitsmaßnahmen und rechtlichen Fragen. Mit rund 55 Prozent der gesamten Ausbildungsmaßnahmen des IWF ging der Löwenanteil im Geschäftsjahr an die Schwellenmärkte und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen (*Schaubild 2.9*). Auf Afrika südlich der Sahara entfiel regional betrachtet der größte Anteil mit 28 Prozent, gefolgt von der Region Asien und Pazifik (*Schaubild 2.10*). Laut einer 2017 durchgeführten Umfrage unter den Teilnehmern aus den Mitgliedsländern fanden 84 Prozent, dass die Kurse ihre Fähigkeit zur Bereitstellung von Politikberatung verbessert hätten.

In den letzten Jahren vergrößerte der IWF sein Angebot an Online-Kursen mit neuen Seminaren zu Management der öffentlichen Finanzen, makroökonomischer Diagnose und makroökonomischem Management in rohstoffreichen Ländern. Mehr als 12.000 öffentliche Bedienstete haben seit dem Programmstart Ende 2013 erfolgreich einen Online-Kurs absolviert. Die Kurse des vergangenen Jahres wurden auf die Bedürfnisse bestimmter Länder zugeschnitten und umfassten: ein Fachseminar zu Gender-Responsive Budgeting in Afrika, einen maßgeschneiderten Workshop zu Finanzüberwachung und Finanzpolitik in China sowie Projekte zu dynamischen stochastischen allgemei-

nen Gleichgewichtsmodellen für die Politikanalyse. Die maßgeschneiderte Ausbildung bedeutet oftmals die Zusammenarbeit mit einer bestimmten Gruppe in regelmäßigen Abständen, um Fähigkeiten zu vertiefen oder die Kompetenzen der Politikgestaltung in einer Institution zu verbessern.

Die Kapazitätsentwicklungshilfe des IWF erfolgt durch kurze Entsendungen von Mitarbeitern vom Hauptsitz des IWF in Washington, DC, durch langfristige Tätigkeit von Beratern im Land, durch ein Netz aus Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung und Online-Kurse. 16 Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung tragen dazu bei, dass der IWF rasch die neuen Bedürfnisse eines Landes erfüllen kann, und erlauben eine engere Koordination mit anderen Entwicklungspartnern. Diese Arbeit wird von bilateralen und multilateralen Partnern unterstützt, die derzeit etwa die Hälfte der gesamten Kapazitätsentwicklung des IWF, einschließlich der regionalen Zentren, finanzieren. 2018 eröffneten der IWF und die chinesische Zentralbank ein neues Zentrum zum Aufbau volkswirtschaftlicher Institutionen und zur Förderung der Humankapazitätsentwicklung auf den Fachgebieten des IWF. Das Zentrum dient Beamten in China und anderen Ländern und wurde am 12. April 2018 von der Geschäftsführenden Direktorin des IWF Christine Lagarde und dem Gouverneur der chinesischen Zentralbank Yi Gang in Peking eröffnet.

PARTNERSCHAFTEN FÜR DIE KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Starke globale Partnerschaften bilden das Fundament für die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF. Partner bereichern Diskussionen über thematische und regionale Fragestellungen, weil sie ihre eigenen Erfahrungen beisteuern und mit den Mitgliedsländern in einen Dialog treten. Darüber hinaus sorgen finanzielle Beiträge von Partnern im Verbund mit den Ressourcen der Mitglieder und des IWF für die Bereitstellung hochwertiger technischer Hilfe und Ausbildung, die sowohl den Bedürfnissen der Länder als auch den Entwicklungsprioritäten des IWF und der weltweiten Gemeinschaft entsprechen.

Die Kapazitätsentwicklung des IWF hilft Ländern, ein starkes Fundament für die Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele zu legen. Multilaterale regionale und themenorientierte Initiativen verankern diese Bestrebungen und bringen Partner zusammen, damit Ressourcen genutzt und die Ergebnisse in den grundlegenden makroökonomischen

Bereichen weltweit verstärkt werden können. Themenfonds sind in direkter Entsprechung zur Agenda der Entwicklungsförderung auf maßgebliche globale Entwicklungsbedürfnisse und -initiativen ausgerichtet. Ihre Tätigkeit wird ergänzt durch ein globales Netz an Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung, die einen Großteil der Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF vor Ort koordinieren, das Peer Learning fördern sowie praktische Unterstützung bei der Umsetzung einschließlich konsequenter Nachverfolgung bereitstellen. Zu diesen multilateralen Initiativen gesellen sich maßgeschneiderte bilaterale Programme. Alle Initiativen des IWF zur Kapazitätsentwicklung sind auf die Förderung von Partnerschaften und auf starke Eigenverantwortung der Länder für den Aufbau wirtschaftlicher Institutionen ausgerichtet.

Im GJ 2018 erhielt der IWF neue Beiträge für seine kapazitätsbildende Arbeit in Höhe von 281 Mio. US\$, und die von Partnern finanzierten Maßnahmen beliefen sich auf insgesamt 174 Mio. US\$, was etwa der Hälfte der gesamten Kapazitätsentwicklung entspricht. Die fünf größten Finanzierungspartner für die Kapazitätsentwicklung des IWF waren in den letzten drei

Jahren die Europäische Union (EU), Japan, die Schweiz, China und Kuwait.

Alle Partnerschaften für die Kapazitätsentwicklung werden hoch geschätzt. Die wichtigsten Highlights:

- Mit mehr als 25 Jahren ständiger Unterstützung ist Japan der größte und älteste Partner des IWF für die Kapazitätsentwicklung. Mit einem Beitrag von 33,6 Mio. US\$ im GJ 2018 konnte auf vielen Gebieten Unterstützung gewährt werden; besondere Aufmerksamkeit galt dabei Asien mit Beiträgen für das Technical Assistance Office des IWF in Thailand (TAO-LAM) und das IMF-Singapore Training Institute (STI); und es gab einen erhöhten Beitrag an den Revenue Mobilization Fund.

- Die EU weitete ihre Zusammenarbeit mit dem IWF im Zuge des Strategic Partnership Framework der Institutionen aus. Ein Partnerschaftsprogramm zum Management öffentlicher Finanzen in Höhe von 5 Mio. € mit der Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DG-DEVCO) der EU, das im März 2018 verabschiedet wurde, konzentriert sich auf fragile Staaten und Länder mit niedrigem Einkommen sowie Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich und ergänzt das laufende Programm zum Management öffentlicher Finanzen in Südosteuropa, das mit der Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung der EU (DG-NEAR) betreut wird. Der IWF nahm im Juni 2017 an der wichtigsten Entwicklungsveranstaltung der EU, den Europäischen Entwicklungstagen, teil. Die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde hielt die Eröffnungsansprache zu Geschlechtergleichheit und eine Grundsatzrede anlässlich einer Podiumsdiskussion von IWF und Oxfam zur Mobilisierung inländischer Einkünfte. Die EU setzte darüber hinaus mit einem Beitrag von 7 Mio. € ihre Mitwirkung am Fonds zur Verwaltung des Vermögens aus natürlichen Ressourcen fort.

- Das erste Treffen der neuen strategischen Partnerschaft zur Kapazitätsentwicklung zwischen dem Entwicklungshilfeministerium des Vereinigten Königreichs und dem IWF fand im November 2017 statt; es war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer optimierten Zusammenarbeit und intensiveren Partnerschaft. Das Vereinigte Königreich leistete Beiträge zu den Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung, die mit 20 Ländern in Afrika arbeiten, und zum Fonds für Stabilität des Finanzsektors; es engagierte sich ebenfalls für vermehrte Unterstützung anderer multilateraler Initiativen, mit besonderer Ausrichtung auf besseres Management der öffentlichen Finanzen und stärkere Mobilisierung von Einkünften.

Kasten 2.1 Zentrum für die Kapazitätsentwicklung von China und IWF



Im April 2018 weihten die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde und der Gouverneur der Chinesischen Volksbank Yi Gang das Zentrum

für die Kapazitätsentwicklung (CICDC) von China und IWF offiziell ein. Das CICDC ist das Ergebnis der Partnerschaft zwischen der People's Bank of China und dem IWF und will öffentliche Bedienstete aus China und anderen Ländern im wirksamen Aufbau von Institutionen und in Politikgestaltung ausbilden. Die Schulungen konzentrieren sich auf allgemeine makroökonomische Fragen und Themen wie Forecasting, Haushalt und Finanzen, Recht und Statistik und vermitteln den Teilnehmern das Wissen und die Analyseinstrumente, die sie für solide Politikentscheidungen brauchen. Workshops sowie andere Peer-Learning-Kurse mehrerer Länder tragen zu einem globalen Umfeld bei, das von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Integration geprägt ist. Der Lenkungsausschuss des CICDC kam sofort nach der Einweihung des Zentrums zu seinem ersten Treffen zusammen.

- Die People's Bank of China und der IWF unterzeichneten im Mai 2017 einen Kooperationsvertrag zur Kapazitätsentwicklung, der über einen Fünfjahreszeitraum Beiträge von insgesamt 50 Mio. US\$ vorsieht. Teil dieser Partnerschaft sind die Einrichtung des Zentrums für die Kapazitätsentwicklung von China und IWF (*Kasten 2.1*) sowie Unterstützung für andere Initiativen in der Region und zu bestimmten Themen, insbesondere Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung in Afrika und der Fonds für Stabilität auf dem Finanzsektor.
- Im Zuge des jüngsten deutschen Beitrags von 30 Mio. € für die sechs Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung in Afrika fanden Anfang 2018 die ersten jährlichen Konsultationen zwischen Deutschland und dem IWF statt. Damit wurde ein effektives Forum geschaffen, auf dem strategische Fragen im Rahmen der Partnerschaft zur Kapazitätsentwicklung besprochen werden können. Auf operativer Ebene sorgt die enge Zusammenarbeit zwischen den regionalen Zentren in Afrika und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die auf dem Kontinent technische Hilfe leistet, dafür, dass durch die Nutzung von Synergien bessere Ergebnisse erzielt werden können.
- Dänemark und der IWF unterzeichneten im April 2018 eine Partnerschaft zur Kapazitätsentwicklung. Dies ist ein wichtiger Meilenstein in der Zusammenarbeit zwischen IWF und Dänemark bei der Kapazitätsentwicklung und wird unterstützt durch einen Beitrag an den Fonds zur Mobilisierung von Einkünften.
- Die Europäische Investitionsbank unterzeichnete im Dezember 2017 eine Plattform zur Kapazitätsentwicklung mit dem IWF in Höhe von 3 Mio. €. Mit ihrer Ausrichtung auf Finanzstabilität und Inklusion enthält diese Plattform Mittel für die Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung in Afrika, den Fonds für die Stabilität des Finanzsektors und Online-Schulungen.

Globale Themenfonds für die Kapazitätsentwicklung

Die Partnerschaften zu globalen Themenfonds für die Kapazitätsentwicklung entsprechen direkt der Agenda für Entwicklungsfinanzierung und stellen sicher, dass weniger entwickelte Volkswirtschaften die notwendigen Instrumente zur Verwirklichung ihrer neuen SDGs haben. Insbesondere bündeln diese Fonds Ressourcen zur Unterstützung der Länder im Hinblick auf eine bessere Mobilisierung von Einkünften, die Verbesserung ihrer Haushaltsführung und der Verwaltung natürlicher Ressourcen, die Förderung von Stabilität und Zugang zum Finanzsektor, den Umgang mit Schuldenfragen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung mithilfe besserer Statistiken.

Kasten 2.2 Partners Connect

Die Finanzbeiträge der Partner spielen eine wichtige Rolle und helfen dem IWF bei der Stärkung der makroökonomischen Institutionen in seinen Mitgliedsländern. Als zentralen Bestandteil seiner Bestrebungen, die Berichte an seine Partner – und die Kommunikation mit ihnen – zu verbessern, führte der IWF im GJ 2018 **Partners Connect** ein. Diese sichere Anlaufstelle gewährt Beitrags- und Mitgliedsländern an einer zentralen Adresse Zugang zu aktuellen Finanzdaten und anderen Informationen. Eine Anmeldung auf mehreren Websites ist nicht notwendig. Allgemeine Übersichten und ausführliche Berichte stehen auf einer für mobile Geräte geeigneten Plattform zur Verfügung und sind von nahezu jedem Gerät abrufbar. **Partners Connect** ist die neueste Einbindung von Technologie zum besseren Informationsaustausch mit den Mitgliedsländern.

Einige Höhepunkte der Themenfonds:

- Nach einer erfolgreichen Maßnahme zur Mittelbeschaffung ist der Fonds zur Mobilisierung von Einkünften für seinen aktuellen Abschnitt bis April 2021 voll finanziert. Neben dem Beitrag Dänemarks (20 Mio. DKK/ca. 3,3 Mio. US\$) steuerte Schweden als neuer Partner im April 2018 40 Mio. SEK/ca. 5 Mio. US\$ bei, während Japan und Belgien ihre Beiträge um 5 Mio. US\$ bzw. 6 Mio. € aufstockten. Des Weiteren werden Beiträge der Europäischen Union und Norwegens finalisiert. Diese Länder unterstützen gemeinsam mit Australien, Deutschland, Korea, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz einkommensschwache Länder und Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich bei der Ausgestaltung und Verwaltung wirksamer Steuersysteme zur Erzeugung nachhaltiger Einkünfte für Wachstums- und Entwicklungsziele.
- China, Saudi-Arabien, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Europäische Investitionsbank folgten Italien und Luxemburg und unterstützen die Arbeit des neuen Fonds zur Stabilität auf dem Finanzsektor. Dieser Fonds dient nicht nur der Stabilität, sondern auch der Inklusion und Vertiefung des Finanzsektors in einkommensschwachen Ländern und Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich.

Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung

Regionale Zentren bilden nach wie vor das Rückgrat in der Kapazitätsentwicklungsinfrastruktur des IWF. Die Zentren sind auf die Prioritäten einer jeden Region ausgerichtet und ermöglichen dem IWF, schneller auf neue Bedürfnisse eines Landes zu reagieren und seine Arbeit vor Ort enger mit ande-

ren Stakeholdern zu koordinieren. Entwicklungspartner sowie Gastgeber- und Mitgliedsländer steuern mehr als drei Viertel der benötigten Ressourcen zum Betrieb dieser Zentren bei.

Einige Höhepunkte aus den Regionalen Zentren für die Kapazitätsentwicklung:

- Das erste Regionale Zentrum für die Kapazitätsentwicklung, das Joint Vienna Institute (JVI), feierte im Juni 2017 sein 25-jähriges Bestehen. Im April 2018 erneuerten Österreich und der IWF ihre Vereinbarung zur Fortsetzung des JVI um weitere vier Jahre; damit bekräftigten sie die Bedeutung des Zentrums für politikorientierte Kapazitätsentwicklung in den Schwellenländern Europas und in Zentralasien. Seit seiner Gründung 1992 bildete das JVI mehr als 42.000 öffentliche Bedienstete aus, die inzwischen zum großen Teil leitende Positionen einnehmen, darunter Zentralbankgouverneure, Minister, Premierminister und sogar einen Staatspräsidenten.

- Neue Programmphasen begannen für das AFRITAC West in Côte d'Ivoire mit zehn Ländern, für AFRITAC South in Mauritius mit 13 Ländern und AFRITAC Central in Gabun, das für acht Länder zuständig ist. Sie gehören zu dem zentralen Netz von insgesamt sechs Zentren auf dem Kontinent, die den Aufbau volkswirtschaftlicher Institutionen und gute Governance in ganz Afrika fördern.

- AFRITAC Central begrüßte São Tomé und Príncipe als neues Mitglied; es konnte von seinem Partnerland Kapverde bereits beste Praktiken für die Implementierung und Verwaltung der Mehrwertsteuer übernehmen, mit denen mehr Einkünfte für die Entwicklungsziele des Landes generiert werden sollen.

- In den ersten neun Monaten seines Bestehens veranstaltete SARTTAC in Indien bereits 18 Kurse für mehr als 500 Beamte, einschließlich Mitarbeitern subnationaler Regierungen. Neben den regionalen Peer-Learning-Veranstaltungen engagiert sich SARTTAC für die Arbeit mit Bhutan, um vorrangige Problemstellungen zu identifizieren und einen maßgeschneiderten Workshop für makroökonomisches und fiskalisches Forecasting zu entwickeln, der das Finanzministerium bei Aufbau und Umsetzung starker Wirtschaftspolitiken unterstützen kann.

- Nach den Naturkatastrophen, die die Region heimsuchten, intensivierte CARTAC in Barbados seine Beratung für Mitgliedsländer, wie sie Katastrophengefahren in ihrem mittelfristigen Haushaltsrahmen berücksichtigen können und wie sie Fonds für unvorhergesehene Vorkommnisse und Widerstandskraft als Versicherung gegen Katastrophen einrichten. CARTAC arbeitete im Schulterschluss mit seinen Mitgliedsländern an Wiederherstellung und Wiederaufbau einer katastrophenfesten Infrastruktur und an der Umsetzung wirksamer Regelwerke zum Management der Staatsfinanzen. Als neuestes Mitgliedsland trat Aruba dem CARTAC bei.

- CARTAC war auch das erste Regionale Zentrum für die Kapazitätsentwicklung, das Gender-Budgeting in seinen Arbeitsplan für 22 Mitgliedsländer aufnahm; andere Zentren folgen diesem Beispiel. Die regionalen Zentren des IWF sind an vorderster Front, wenn es um die operative Umsetzung der Forschung und Beratung zu Gender-Budgeting geht; dazu gab es Workshops am Africa Training Institute (ATI) in Mauritius, CAPTAC-DR in Guatemala, JVI in Österreich und SARTTAC in Indien. Diese Workshops bieten Politikern ein Forum, auf dem sie von den Erfahrungen ihrer Kollegen lernen und ein Verständnis für die besten Praktiken und Werkzeuge zur Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichheit in ihren Ländern erlangen können.

- Das neueste Regionale Zentrum für die Kapazitätsentwicklung, das von China und dem IWF betrieben wird, wurde im April 2018 offiziell eröffnet (*Kasten 2.1*).

Tabelle 2.5
Themenfonds des IWF für die Kapazitätsentwicklung

Bezeichnung	Partner
Revenue Mobilization (RM)	Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Europäische Union, Japan, Korea, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz
Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)	Deutschland, Europäische Union, Japan, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Managing Natural Resource Wealth (MNRW)	Australien, Europäische Union, Niederlande, Norwegen, Schweiz
Anti-Money-Laundering/Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT)	Frankreich, Japan, Katar, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Saudi-Arabien, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Financial Sector Stability Fund (FSSF)	China, Italien, Luxemburg, Saudi-Arabien, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Investitionsbank
Debt Management Facility II (DMF II) <i>gemeinsam mit der Weltbank</i>	Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Norwegen, Österreich, Russland, Schweiz, Afrikanische Entwicklungsbank
Financial Sector Reform Strengthening Initiative (FIRST) <i>gemeinsam mit der Weltbank</i>	Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Data for Decisions (D4D)	Luxemburg, Schweiz

Quelle: Berechnungen des IWF-Stabs.

Tabelle 2.6

Regionale Zentren für die Kapazitätsentwicklung des IWF

Name	Partner	Mitgliedsländer
Africa Training Institute (ATI)	Mauritius (Gastgeber), Australien, China, Korea	45 Länder in Afrika südlich der Sahara
AFRITAC Central (AFC)	Gabun (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Niederlande	Äquatorialguinea, Burundi, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Tschad, Zentralafrikanische Republik, São Tomé und Príncipe
AFRITAC East (AFE)	Tansania (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Investitionsbank	Äthiopien, Eritrea, Kenia, Malawi, Ruanda, Tansania, Uganda
AFRITAC South (AFS)	Mauritius (Gastgeber), Australien, Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich	Angola, Botswana, Komoren, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland
AFRITAC West (AFW)	Cote d'Ivoire (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Europäische Investitionsbank	Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo
AFRITAC West 2 (AFW2)	Ghana (Gastgeber), Australien, China, Europäische Union, Kanada, Schweiz, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank	Gambia, Ghana, Kapverde, Liberia, Nigeria, Sierra Leone
Caribbean RTAC (CARTAC)	Barbados (Gastgeber), Europäische Union, Kanada, Vereinigtes Königreich	Anguilla, Antigua und Barbuda, Aruba, Bahamas, Barbados, Belize, Bermuda, Britische Jungferninseln, Cayman-Inseln, Curaçao, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago, Turks und Caicos
Central America, Panama, and Dominican Republic RTAC (CAPTAC-DR)	Guatemala (Gastgeber), Europäische Union, Kanada, Luxemburg, Mexiko	Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama
Zentrum für die Kapazitätsentwicklung von China und IWF	China (Gastgeber)	China und andere Mitgliedsländer
Joint Vienna Institute (JVI)	Österreich (Hauptmitglied und Gastgeber) sowie internationale Partner	31 Länder: 29 Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien sowie Iran und Türkei
Middle East Center for Economics and Finance (CEF)	Kuwait (Gastgeber)	22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga
Middle East RTAC (METAC)	Libanon (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Niederlande, Schweiz	Afghanistan, Ägypten, Algerien, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Sudan, Syrien, Tunesien, West Bank und Gaza
Pacific Financial RTAC (PFTAC)	Fidschi (Gastgeber), Australien, Europäische Union, Korea, Neuseeland, Asiatische Entwicklungsbank	Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Timor-Leste, Tokelau, Tonga, Tuvalu, Vanuatu
Singapore Training Institute (STI)	Singapur (Gastgeber), Australien, Japan	37 Länder in Asien-Pazifik
South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (SARTTAC)	Indien (Gastgeber), Australien, Europäische Union, Korea, Vereinigtes Königreich	Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal Sri Lanka
Technical Assistance Office in Thailand (TAOLAM)	Thailand (Gastgeber), Japan	Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos und Vietnam (die wichtigsten Begünstigten) sowie andere Länder in der Region Südostasien und Pazifikinseln im Rahmen ausgewählter Projekte

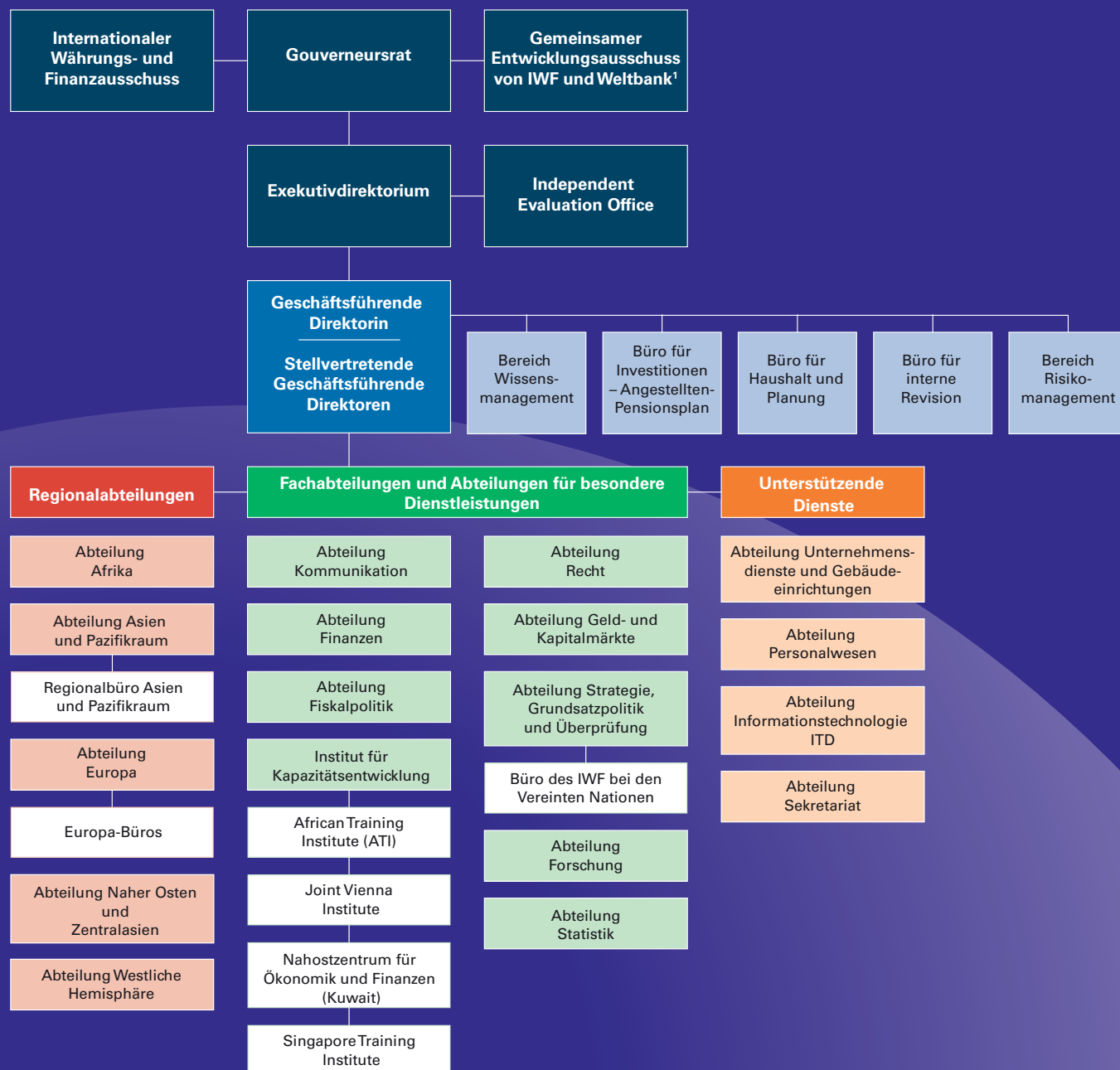
Der IWF veranstaltet Kurse auch über seine regionalen Ausbildungsprogramme in Brasilien und Georgien und an anderen Standorten weltweit.

Quelle: Berechnungen des IWF-Stabs.

Teil 3: Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

Organigramm des IWF

Stand vom 30. April 2018



¹ Frühere Bezeichnung: Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries.

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Mittelfristiger Haushalt

Im April 2017 bewilligte das Exekutivdirektorium einen Nettoverwaltungshaushalt von 1.104 Mio. US\$ für das GJ 2018 und vorläufige Haushalte für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 (*Tabelle 3.1*). Das war das sechste Jahr in Folge, in dem der Verwaltungshaushalt des IWF trotz steigenden Drucks und einer robusten mittelfristigen Ertragslage unverändert blieb. Darüber hinaus billigte das Direktorium eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von

1.359 Mio. US\$, worin ein Vortrag von bis zu 44 Mio. US\$ unangekosteter Mittel aus dem GJ 2017 für Ausgaben im GJ 2018 enthalten ist. Die gebilligten Haushaltsmittel für geplante Investitionen in Gebäude und Informationstechnologie betrugen 66 Mio. US\$.

Im GJ 2018 unterstützte der Haushalt des IWF verstärkte Arbeiten auf mehreren wichtigen Gebieten und deckte die gestiegenen Kosten für die Modernisierung der Organisation. Weitere Ressourcen wurden für die folgenden Aufgaben neu zugewiesen: Vertiefung des Länderengagements; weitere Stärkung der politischen Arbeit im Finanzsektor mit besserer Eingliederung der makrofinanzi-

Tabelle 3.1

Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2017–20

(in Millionen US- Dollar)

	GJ 2017		GJ 2018		GJ 2019	GJ 2020
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt
Verwaltungsausgaben						
Personal	934	922	969	962	994	...
Reisekosten ¹	123	115	126	121	134	...
Gebäude und sonstige	205	218	209	209	214	...
Rücklagen für Eventualfälle	11	...	11	...	12	...
nicht zugewiesen ²					17	
Haushaltsausgaben insgesamt, brutto	1.273	1.255	1.315	1.309	1.371	1.395
Einnahmen ³	-200	-189	-211	-211	-236	-240
Nettohaushalt insgesamt	1.072	1.066	1.104	1.099	1.135	1.155
Vortrag ⁴	43	...	44	...	46	...
Nettohaushalt insgesamt, einschließlich Vortrag	1.116	1.066	1.148	1.099	1.181	1.155
Bruttohaushalt insgesamt, einschließlich Vortrag	1.316	1.255	1.359	1.309	1.417	1.395
Kapitalausgaben⁵						
Gebäudeeinrichtungen und IT	61	122	66	116	71	70
<i>Merkposten</i>						
Nettohaushalt insgesamt: in Dollar GJ 2018	1.104	1.097	1.104	1.104	1.110	1.104

Quelle: IWF-Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2019 enthält Reisekosten zu Jahrestagungen im Ausland.² Nicht zugewiesene Ausgaben für extern finanzierte Projekte.³ Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.⁴ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehenden Regeln.⁵ Die Ausgabe von zugewiesenen Mitteln des Kapitalhaushalts kann über drei Jahre erfolgen. Der Haushalt nennt die jährliche Zuweisung, während das Ergebnis die Ausgaben von zugewiesenen Mitteln der Vorjahre enthält.

ellen Analyse und Unterstützung für das Programm zur Bewertung des Finanzsektors; Vertiefung der Arbeit zu einer Reihe von makrostrukturellen Themen sowie die Ausdehnung der Bekämpfung von Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung und der Arbeit im Rahmen der Kapazitätsentwicklung. Die Arbeit im Bereich Risiko- und Wissensmanagement wurde ebenfalls intensiviert. Im Zuge der Modernisierung des IWF wurden Mittel für IT und Personaldienstleistungen sowie Ausgaben für die Sicherheit bereitgestellt. Ersparnisse aus unterschiedlichen Quellen, wie die Schließung einiger Büros in Ländern, deren Programme auslaufen, der Abschluss einiger Politik- und Analysearbeiten, bereichsübergreifende Einsparungen sowie Effizienzgewinne in den Abteilungen machten es möglich, dass der Haushalt größtenteils flach blieb.

Die tatsächlichen Verwaltungsausgaben im GJ 2018 beliefen sich auf 1.099 Mio. US\$ und unterschritten damit den gebilligten Nettohaushalt um 5 Mio. US\$. Der Rückgang bei den Ausgaben entsprach dem Vorjahr. Die durchschnittliche Anzahl an freien Stellen blieb auf einem historischen Tiefstand, da die Personalausstattung der meisten Abteilungen komplett ist.

Die Kapitalausgaben im GJ 2018 entsprachen im Großen und Ganzen dem Haushaltsplan. Der größte Ausgabenposten mit 62 Mio. US\$ betraf die Sanierung des Gebäudekomplexes HQ1, die voraussichtlich im Herbst 2019 abgeschlossen wird. Weitere Ausgaben für Gebäudeeinrichtungen schlugen mit 22 Mio. US\$ zu Buche und betrafen in erster Linie Investitionen in audiovisuelle Einrichtungen, Erneuerung und Aufrüstung der Haustechnik sowie neue Büroausstattung. Die Investitionen in IT und Technik beliefen sich auf insgesamt 31 Mio. US\$ und dienten einem erhöhtem Schutz vor Cybersicherheitsbedrohungen, besserem Daten- und Wissensmanagement und dem Ersatz von Infrastruktur, die das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht hatte.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF gemäß den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards, IFRS) nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Diese Standards verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. *Tabelle 3.2* zeigt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungshaushalts in Höhe von 1.099 Mio. US\$ für das GJ 2018 und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1.284 Mio. US\$ (904 Mio. SZR), die im geprüften Finanzausweis des IWF für 2018 genannt sind.

EINKOMMENSMODELL, GEBÜHREN, VERGÜTUNG, LASTENTEILUNG UND NETTOERTRAG

Einkommensmodell

Seit seiner Gründung erzielt der IWF den Hauptanteil seines Einkommens aus seiner Kreditvergabetätigkeit. Zur Erzeugung von weiteren Einkünften richtete der IWF 2006 das Investment Account ein und legte seine Reserven an. 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium ein neues Einkommensmodell mit der Einrichtung einer Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird. Gemeinsam mit dem neuen Einkommensmodell ermöglichte die Fünfte Änderung des IWF-Übereinkommens, die im Februar 2011 in Kraft trat, die Erweiterung des IWF-Investitionsmandats. Der IWF kann so höhere Renditen auf seine Investitionen erzielen und seine Finanzlage über die Jahre hinweg weiter stärken. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium diese Regeln zu einer neuen Anlagestrategie für die Reserven des

Tabelle 3.2

Im Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2018

(in Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2018	1.099
ZEITLICHE VERSCHIEBUNGEN	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	198
Investitionen – Abschreibung der Investitionen des laufenden Jahres und der vorhergehenden Jahre	47
NICHT IM VERWALTUNGSHAUSHALT ENTHALTENE BETRÄGE	
Investitionen – unmittelbar gemäß IFRS verbuchte Posten	35
Rückerstattung an die Allgemeine Abteilung (vom Poverty Reduction and Growth Trust und der Abteilung Sonderziehungsrechte)	(95)
VERWALTUNGSAUSGABEN INSGESAMT	1.284
MERKPOSTEN	
Im geprüften Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	904

Quellen: Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung des IWF

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen Wechselkurs von US\$/SZR im GJ 2018 von ungefähr 1,42.

IWF im August 2015 (für das festverzinsliche Unterkonto) und erneut im März 2018 (hauptsächlich für das Unterkonto der Donation). Ziel der Anlagestrategie ist es, einerseits den realen Wert der Donation zu erhalten und andererseits Einkommen zu erzeugen – unter Berücksichtigung des veränderlichen Marktumfelds, der öffentlichen Mittel des IWF und der Notwendigkeit, den Ruf der Institution zu schützen

Gebühren

Angesichts der starken Kreditvergabebetätigung und der gegenwärtig niedrigen Investitionsrenditen sind die Gebühren, die auf ausstehende Kredite erhoben werden, weiterhin die Haupteinkommensquelle des IWF. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen unveränderlichen, in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Nach der vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel wird der Aufschlag jeweils für einen Zeitraum von zwei Jahren und vorbehaltlich einer Prüfung vor Ablauf des ersten Jahres festgelegt, damit er die Vermittlungskosten des IWF bei der Kreditvergabe deckt und den Aufbau seiner Reserven

ermöglicht. Die Regel sieht zudem eine Gegenprüfung vor, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz in angemessener Weise den Marktkonditionen für langfristige Kredite entspricht. Im April 2018 einigte sich das Exekutivdirektorium darauf, den Aufschlag für die Gebühr bis einschließlich April 2020 bei 100 Basispunkten zu belassen.

Der IWF erhebt auch Aufschläge auf die Verwendung hoher Kreditsummen in den Kredittranchen und unter Erweiterten Vereinbarungen. Infolge der Wirksamkeit der Quotenerhöhung nach der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung revidierte das Exekutivdirektorium die quotenbasierten Schwellenwerte, ab denen Aufschläge erhoben werden, um den Folgen der Quotenverdoppelung entgegenzuwirken. Sogenannte volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten werden auf Kredite erhoben, die über 187,5 Prozent der Quote eines Mitglieds liegen. Darüber hinaus werden zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf Kredite über demselben Schwellenwert erhoben, die mehr als 36 Monate in den Kredittranchen oder 51 Monate unter der Extended Fund Facility ausstehen.

Kasten 3.1 Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1

Die Sanierungsarbeiten am älteren der beiden Gebäude am Hauptsitz des IWF (HQ1) in Washington, DC liefen im GJ 2018 weiter. Es wurden beachtliche Fortschritte erzielt, und das Vorhaben ist inzwischen zu mehr als 80 Prozent abgeschlossen. Allerdings sind noch einige komplexe Herausforderungen zu bewältigen.

Vier Büroetagen konnten im Lauf des GJ 2018 wieder bezogen werden. Die verbleibenden Büroräume werden in Etappen zu je drei Etagen renoviert, während die Mitarbeiter vorübergehend in das zweite Gebäude des IWF (HQ2) oder in angemietete Büros in der Nähe umsiedeln. Auch die Haustechnik, die Bereiche vor den Fahrstühlen und das Dach müssen noch fertiggestellt werden.

Der Hauptzweck für die umfassende Sanierung ist die Erneuerung alter und reparaturanfälliger Gebäudesysteme. Das Projekt strebt die Zertifizierung nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) an und soll dank der „grünen“ Gebäudegestaltung und Bauweise weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben. Bei Fertigstellung der Arbeiten 2020 wird das sanierte

Gebäude wesentlich sparsamer im Energieverbrauch sein und dem IWF bei der Erfüllung der höchsten Nachhaltigkeitsstandards helfen.

Treibhausgasemissionen

Der IWF sucht weiter nach Wegen, seine Treibhausgasemissionen durch Maximierung der Transporteffizienz, Senkung des Warenversands, Abbau der durch Pendler verursachten Emissionen und den Kauf von erneuerbaren Energien zu reduzieren.

10 Prozent der vom IWF verbrauchten Energie stammen aus erneuerbaren Quellen, insbesondere aus Windparks in Texas.



Öffentliche Bereiche von HQ1 waren im Jahresverlauf wieder zugänglich.



Tabelle 3.3

Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art mit Stand 30. April 2018 (Millionen SZR)

	Insgesamt	Nach Art	
		Allgemeine Abteilung (einschließlich Strukturanpassungsfazilität)	Treuhandfonds
Somalia	239,5	231,1	8,4
Sudan	966,0	882,9	83,0
Insgesamt	1.205,5	1.114,1	91,4

Quelle: Abteilung Finanzen des IWF.

Neben den Grundgebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (GRA) wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie etwa Stand-by Arrangements, Vereinbarungen zur Extended oder Flexible Credit Line und zur Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 115 Prozent, 30 Basispunkte zwischen 115 und 575 Prozent und 60 Basispunkte über 575 Prozent der Quote. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte vergütete Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Grundvergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der auf einem gewichteten Durchschnitt repräsentativer Zinssätze auf kurzfristige Schuldinstrumente an den Geldmärkten der Währungen im SZR-Korb basiert, vorbehaltlich einer Untergrenze von 5 Basispunkten. Der IWF zahlt auch Zinsen zum SZR-Satz auf ausstehende Kreditnahmen unter den bilateralen Darlehen und Wechselkaufvereinbarungen sowie den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden gemäß einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Schuldner- und Gläubiger-Mitgliedern verteilt. Einkommensverlust aufgrund von Zinsen, die sechs oder mehr Monate überfällig sind, wird im Rahmen der Lastenteilung durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die auf diese Weise

eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der unbezahlten Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2018 betrugen die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze durchschnittlich 1,681 bzw. 0,671 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF lag im GJ 2018 bei 0,8 Mrd. SZR (1,1 Mrd. US\$). Er stammt in erster Linie aus Einkünften aus der hohen Kreditvergabeaktivität und Einkünften aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen sowie aus Gewinnen aus Bewertungsänderungen der leistungsorientierten Verpflichtungen des Fonds. Nach Maßgabe der IFRS (revidierter IAS 19, Employee Benefits) enthält der Nettoertrag für das Geschäftsjahr einen Gewinn von 0,4 Mrd. SZR (0,5 Mrd. US\$) aus der sofortigen Verbuchung der Effekte von geänderten versicherungsmathematischen Annahmen, die zur Bestimmung der leistungsorientierten Verpflichtungen des IWF aus Pensionsplänen verwendet werden.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF betrugen Ende April 2018 1.205,5 Mio. SZR (Tabelle 3.3). Zu der Zeit hatten zwei Mitglieder – Somalia und Sudan – langfristige Rückstände gegenüber dem IWF (d. h. mehr als sechs Monate überfällig). Die beiden Länder haben Rückstände, die bis auf die Mitte der 1980er Jahre zurückreichen und etwa 20 bzw. 80 Prozent der gesamten Rückstände ausmachen.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um die langfristigen Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres waren Somalia und Sudan weiterhin nicht berechtigt, IWF-Mittel in Anspruch zu nehmen.

PERSONALWESEN – POLITIK UND ORGANISATION

Um wirkungsvolle Arbeit in der Weltwirtschaft leisten zu können, muss der IWF eine ebenso hochqualifizierte wie vielfältige internationale Belegschaft anwerben, an sich binden und würdigen. Im GJ 2018 entwickelte der IWF seine mittelfristige

Personalstrategie fort und setzte weiterhin auf Ausbildung und Entwicklung von Führungskompetenz.

Die Belegschaft

Mit Stand vom 30. April 2018 zählte der IWF 2.314 Fach- und Führungskräfte sowie 430 Verwaltungsmitarbeiter. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter findet sich auf den Seiten 98 und 99, während das Organigramm des IWF am Anfang von Teil 3 abgebildet ist.

Die Anwerbung von insgesamt 172 neuen Stabsmitarbeitern im Jahr 2017 lag deutlich unter der Vorjahreszahl (218). 2017 wurden acht Führungskräfte, 134 Fachkräfte und 30 Verwaltungsmitarbeiter eingestellt. Der IWF braucht Wirtschaftswissenschaftler mit weitreichender Erfahrung in Analyse und Politikgestaltung. 2017 wurden über das Economist Program 24 Absolventen von führenden Universitäten und 64 erfahrene Ökonomen im mittleren Karrierealter angeworben. 2017 wurden zudem 535 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt.

Sechs Beamte aus Deutschland, Indonesien, Japan, Korea und Schweden wurden 2017 über das Entsendungsprogramm Externally Financed Appointee (EFA) eingestellt. Das EFA-Programm läuft jeweils über zwei Jahre und wird von den Behörden der Mitgliedsländer über einen Treuhandfonds mit mehreren Geben voll finanziert. EFA steht allen Mitgliedsländern offen, die Mittel für ihre eigenen Beamten oder Beamte anderer Länder bereitstellen wollen. Derzeit nehmen insgesamt zehn Personen aus sechs Ländern an EFA teil, und China bekundete seinerseits Interesse an einer Beteiligung. *(Angaben zur Verteilung der IWF-Mitarbeiter nach Nationalität, Geschlecht und Länderkategorie siehe Web-Tabellen 3.1–3.3; die Gehaltsstruktur des IWF findet sich in Web-Tabelle 3.4).*

Vielfalt und Inklusion

Der IWF unternimmt große Anstrengungen, um eine hinsichtlich geografischer Verteilung, Geschlecht und Bildungshintergrund vielfältige Belegschaft zu haben. Zum 31. Januar 2018 waren 146 der insgesamt 189 Mitgliedsländer in der Belegschaft des IWF vertreten. Die Neueinstellung von Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen – Afrika südlich der Sahara, Ostasien, Naher Osten und Nordafrika – lag 2018 bei 33 Prozent aller externen Neueinstellungen auf Expertenebene. Weitere Angaben und Daten über die laufenden Bestrebungen zur Verbesserung von Vielfalt und Inklusion finden sich im *IMF Diversity and Inclusion Annual Report* für 2016–17.

2017 erreichte der IWF die Stufe ASSESS der Zertifizierung EDGE (Economic Dividends for Gender Equality) in Anerkennung seiner Bemühungen um Fortschritte bei Überwachung, Leistungsvergleichen und Erreichen von Geschlechtergleichheit am Arbeitsplatz. „Die Vielfalt unserer Belegschaft ist Teil unseres Wesens, und der Aufbau von Inklusion ist integraler Bestandteil unseres Tuns. Wir können mit Stolz auf unsere

Fortschritte blicken, wollen aber noch mehr erreichen. Wir werden die Messlatte für unsere Leistungen, Rechenschaftspflicht und Transparenz auf diesen wichtigen Gebieten ständig höher legen“, sagte die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde.

Büro für interne Ermittlungen

Das Büro für interne Ermittlungen (Office of Internal Investigations, OII) wurde im Juli 2016 eingerichtet und führt vorläufige Untersuchungen und Ermittlungen auf Verwaltungsebene zu mutmaßlichem Fehlverhalten von IWF-Stab und Vertragsmitarbeitern durch.

Das OII untersucht als integraler Bestandteil des administrativen Disziplinarsystems im IWF mögliche Verstöße gegen die Richtlinien des IWF und stellt gleichzeitig ein ordentliches Verfahren sicher. Die Ermittlungsarbeit des Büros und seine Entschlüsse erfolgen unabhängig ohne Einmischung anderer Büros oder Beamter. Ermittlungen des OII folgen den Grundsätzen der Integrität, Professionalität, Fairness, Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit.

Struktur und Bezüge der Geschäftsleitung

Das Exekutivdirektorium überprüft in regelmäßigen Abständen die Bezüge der Geschäftsleitung. Das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird durch den Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, DC werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Mit Stand vom 1. Juli 2017 gestaltete sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsleitung wie folgt:

Geschäftsführende Direktorin	504.100 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	438.330 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	417.470 US\$

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Risikomanagement beim IWF

Die strategische Richtung wird von der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin vorgegeben, in die die laufende Analyse aufkommender Problemstellungen für das internationale Währungssystem einfließt. Die Steuerung strategischer Risiken setzt die Einrichtung eines klaren Strategierahmens voraus, der vom mittelfristigen Haushalt gestützt wird, und verlangt Anpassungen an ein sich wandelndes externes Umfeld.

Risiken in den Kernfunktionen des IWF beziehen sich auf die Abstimmung von Überwachung, Kreditvergabe und Kapazitätsentwicklung auf die strategische Ausrichtung und zugrunde liegenden Ziele des IWF bei gleichzeitiger Sicherung seines Finanzierungsmodells. Zur Steuerung von Kreditvergaberisiken – das Risiko, dass Programme ihre angestrebten Ziele nicht erreichen – greift der IWF auf ein mehrschichtiges Regelwerk

zurück, dessen wichtigste Instrumente auf Zugang, Programmgestaltung und Konditionalität ausgerichtet sind. Ein angemessenes Niveau an Risikorücklagen und der Status eines de facto bevorrechtigten Gläubigers, der dem IWF von der internationalen Gemeinschaft zuerkannt und von privaten Gläubigern allgemein anerkannt wird, sind integrale Bestandteile dieses Regelwerks.

Die Risiken für die funktionsübergreifenden Vermögenswerte betreffen die Kapazität von Humankapital, Technologie, Sachwerte und andere unterstützende Elemente des IWF, die die Umsetzung der strategischen Ausrichtung ermöglichen und Leistungsunterbrechungen in den Kernfunktionen verhindern. Einkommens- und Investitionsrisiken fallen ebenfalls unter die funktionsübergreifenden Risiken.

Reputationsrisiko bezieht sich auf die Möglichkeit, dass Stakeholder den IWF in einem negativen Licht sehen, wodurch der IWF Schaden an seiner Glaubwürdigkeit und Zugkraft nehmen kann. Cross-functional risks also encompass income and investment risks.

Prüfungsverfahren

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee, EAC), der nach der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung führt.

Kasten 3.2 Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait



NANCY ASIKO ONYANGO kam im Februar 2018 als Leiterin des Büros für interne Revision und Inspektion zum IWF. Sie blickt auf mehr als 25 Jahre Erfahrung auf den Gebieten Innenrevision, Beratung zu Risikofragen, verantwortliche Unternehmensführung und IT-Risikomanagement zurück. Sie ist Certified Public Accountant (vereidigte Buchprüferin) und promovierte in Betriebswirtschaft an der United States International University Africa in Nairobi, Kenia, in Verbindung mit der Columbia Business School.



CLARE BRADY war von Januar 2014 bis einschließlich September 2017 Leiterin des Büros für interne Revision und Inspektion im IWF. Vor ihrer Tätigkeit für den IWF war Brady über 25 Jahre im Bereich Audit und Risikomanagement tätig, u. a. bei der Weltbank, der Deutschen Bank, der Bank of England und Barclay's Capital. Sie ist Absolventin der London School of Economics.



MARTIN MÜHLEISEN kam 1993 zum IWF und übernahm im September 2017 die Leitung der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung. Zuvor war Mühleisen Stabschef im Büro der Geschäftsführenden Direktorin des IWF und übte innerhalb der Organisation verschiedene Funktionen aus, in denen er sich mit einem breiten Spektrum von Fragestellungen zu Strategie, Grundsatz- und Länderpolitik sowie Verwaltung befasste. Er studierte Volkswirtschaft an der Cambridge University und promovierte mit Auszeichnung (summa cum laude) in Wirtschaftswissenschaften an der Universität München.



SIDDHARTH TIWARI ging im September 2017 nach sechs Jahren als Leiter der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung und verschiedenen anderen Positionen in seiner mehr als 32 Jahre langen Karriere beim IWF in den Ruhestand. In seiner Leitungsfunktion unterstützte er den IWF bei der Bewältigung der Ebola-Krise, bei der Aufnahme des Renminbi in den Korb der SZR-Währungen und bei der Quotenreform. Zu seinen zahlreichen Positionen beim IWF gehörten: Vor-Ort-Vertreter zu Beginn der Mitgliedschaft Russlands im IWF nach Auflösung der Sowjetunion, Stellvertretender Leiter der Abteilung Afrika zum Zeitpunkt der multilateralen Entschuldungsinitiative sowie Sekretär des IWF, wo er die Beziehungen zum Exekutivdirektorium des IWF und den Mitgliedern leitete. Er promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der University of Chicago.



SUSAN SWART amtierte von Juni 2012 bis einschließlich Februar 2018 als Chief Information Officer und Leiterin der Abteilung Informationstechnologie des IWF, nachdem sie zuvor erfolgreich Karriere im State Department der USA gemacht hatte.



NADIA YOUNES war von 2014 bis 2017 Beraterin für Vielfalt beim IWF. In dieser Funktion setzte sie sich für Vielfalt und Inklusion ein und wirkte federführend an der Qualifikation des IWF zur Zertifizierung Economic Dividends for Gender Equality (EDGE) mit. Sie studierte an der Boston University und University of Denver im Bereich interkulturelle Kommunikation sowie Prävention und Management von Konflikten.

EXTERNER RECHNUNGSPRÜFUNGSAUSSCHUSS

Der EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder im Universitätsbereich mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsleitung des IWF. Er kommt jedes Jahr in Washington, DC zusammen, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. 2018 waren die Mitglieder des EAC Kamlesh Vikarnsey (Vorsitz), vereidigter Wirtschaftsprüfer und Gesellschafter einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Indien; Kathy David, vereidigte Wirtschaftsprüferin und Gesellschafterin einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Antigua und Barbuda, sowie Kathryn Cearns, unabhängige Beraterin im Vereinigten Königreich für Unternehmensausweise, Audits und Corporate Governance.

EXTERNE PRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Abgabe des Prüfgutachtens über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Rechnungsprüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu weitere fünf Jahre verlängert werden kann. PricewaterhouseCoopers wurde im November 2014 als externe Prüfungsgesellschaft des IWF bestellt. Die externe Prüfungsgesellschaft darf mit Ausnahme unzulässiger Dienstleistungen vorbehaltlich solider Sicherungsmechanismen, die die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer gewährleisten helfen, in gewissem Umfang Beratungsleistungen erbringen. Diese Sicherungsmechanismen sind die Beaufsichtigung durch den EAC des IWF und die Zustimmung des Exekutivdirektoriums bei Beratungshonoraren über einem gewissen Schwellenwert.

BÜRO FÜR INTERNE REVISION

Das Büro für interne Revision (Office of Internal Audit, OIA) ist eine unabhängige Versicherungs- und Beratungsfunktion zum Schutz und zur Stärkung des IWF. Das OIA hat zwei Aufgabengebiete: Erstens bewertet es die Wirksamkeit von Governance, Risikomanagement und internen Kontrollen des IWF und zweitens berät und fördert es Maßnahmen zur Verbesserung der Geschäftsprozesse des IWF, indem es Empfehlungen zu bewährten Praktiken und zur Entwicklung kostengünstiger Kontrollmechanismen abgibt. Zur Wahrung seiner Unabhängigkeit berichtet das OIA an die Geschäftsleitung und untersteht funktional dem EAC.

Im GJ 2017 umfasste die Arbeit des OIA die Prozesse für Systementwicklung und -wartung, die praktische Umsetzung der ergebnisbasierten Managementinitiative für die Kapazitätsentwicklung, das Programm zur Anwerbung kompetenter Mitarbeiter und die Struktur des IWF-Ausschusses für Risikomanagement. In den Tätigkeitsbereich des OIA fiel im GJ 2018 außerdem die laufende beratende Unterstützung für das Programm IHR – das durch die Modernisierung des HR-Angebots für Stab, Manager und Verwaltungsangestellte institutionellen Wert vermitteln will – anhand früher Stellungnahmen zu den Fortschritten des Programms. Darüber hinaus führte das OIA mit Insight Notes und Good Practice Series zwei neue Ansätze für das Berichtswesen ein, die seine angestammten Verlautbarungen ergänzen. Die erste Insight Note des OIA befasste sich mit dem Ansatz des IWF zur Herausgabe, Aktualisierung und Durchsetzung seiner Verwaltungsrichtlinien. In seiner Good Practice Series behandelte das OIA folgende Themen: a) Das Risikomanagementmodell der „Drei Verteidigungslinien“; b) Erpressungssoftware und c) die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und Datenschutz.

Darüber hinaus legte das OIA den Neunten Periodischen Überwachungsbericht (Periodic Monitoring Report, PMR) zum „Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office, IEO)“ vor. Der nunmehr vierte Bericht des OIA bewertete die im vergangenen Jahr erzielten Fortschritte zu den in zwei neuen Management-Implementation-Plänen enthaltenen Maßnahmen, die auf die jüngsten IEO-Evaluierungen zurückgehen, sowie weitere sieben Maßnahmen, deren individuelle Managementvorgänge im Achten PMR als „laufend“ beschrieben wurden.

Das OIA durchlief im GJ 2018 gemäß den üblichen Audit-Standards eine externe Qualitätsbewertung und erhielt die Bestnote.

Das Exekutivdirektorium wird zweimal jährlich im Rahmen eines Tätigkeitsberichts über die Arbeit des OIA informiert, der Informationen zu den Prüfergebnissen und den Status überfälliger Audit-Fragen enthält. Das letzte informelle Direktoriumsbriefing zu diesen Angelegenheiten während des Berichtjahres fand im Januar 2018 statt.

Kasten 3.3 Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt. Damit soll in angemessenem Umfang festgestellt werden, ob die Zentralbank des Landes die Mittel des IWF adäquat verwalten und verlässliche Finanzdaten zu dem vom IWF gestützten Programm bereitstellen kann. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Prüfungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die übrigen Sicherungsvorkehrungen des IWF, wie Zugangsbeschränkung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen zum Umgang mit fehlerhaften Datenmeldungen sowie Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Diese Bewertungen enthalten eine Begutachtung des operativen Geschäfts von Zentralbanken in fünf Bereichen: a) externer Prüfungsmechanismus, b) Rechtsstruktur und Autonomie, c) Finanzberichtswesen, d) interner Prüfungsmechanismus und e) internes Kontrollsystem. (Siehe Fact sheet „Protecting IMF Resources—Safeguards Assessments of Central Banks.“)

Mit Stand Ende April 2018 wurden 305 Bewertungen durchgeführt, die 96 Zentralbanken betrafen; neun dieser Bewertungen wurden im GJ 2018 fertiggestellt. Der IWF überwacht den Fortschritt von Zentralbanken bei der Verbesserung ihrer Sicherungsregelwerke und bei der Arbeit zu Empfehlungen des IWF. Die Überwachung läuft so lange, wie Kredite des IWF ausstehen. Ungefähr 60 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung.

2015 wurden neue fiskalische Sicherungsüberprüfungen staatlicher Schatzämter beschlossen. Laut der geänderten Sicherungspolitik folgen die Prüfungen einem risikobasierten Ansatz und gelten für Vereinbarungen, bei denen ein Mitglied außergewöhnlichen Zugang zu Fondsmitteln beantragt und ein wesentlicher Anteil der Mittel, d. h. mindestens 25 Prozent, zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen wird.

Im Rahmen dieser Sicherungsvorgänge wurden im GJ 2018 am Joint Vienna Institute in Österreich, am Africa Training Institute in Mauritius und am IMF-Middle East Center for Economics and Finance in Kuwait regionale Seminare abgehalten. Die Seminare stellten international führende Praktiken und Standards im Bereich der Sicherung von Zentralbanken vor und boten Fachleuten ein Forum zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus fand im März 2018 in Dubai ein hochrangiges Forum über Governance in Zentralbanken statt, an dem die Beamten der Banken und ihre externen Wirtschaftsprüfer teilnahmen. Das Forum behandelte Themen wie Aufsicht auf Board-Ebene, Strukturen für die Entscheidungsfindung auf Geschäftsleitungsebene, Praktiken im Risikomanagement, erhöhte Erwartungen an die Innenrevision, Folgen der neuen Finanztechnologie für Zentralbanken sowie die Herausforderungen, die mit der Implementierung des neuen International Financial Reporting Standard IFRS 9 einhergehen.

UNABHÄNGIGES EVALUIERUNGSBÜRO

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) wurde 2001 eingerichtet, damit unabhängige und objektive Bewertungen der Politik und Tätigkeit des IWF durchgeführt werden können. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von Geschäftsleitung und Stab des IWF und handelt eigenständig gegenüber dem Exekutivdirektorium des IWF. Aufgabe des IEO ist es, die Lernkultur innerhalb des IWF zu fördern und die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken sowie die Governance- und Aufsichtsfunktionen des Exekutivdirektoriums zu unterstützen.

Hochrangiger Ausschuss zur externen Evaluierung des IEO

Im Oktober 2017 bestellte das Exekutivdirektorium einen hochrangigen Ausschuss zur externen Evaluierung des IEO. Anhand dieser Evaluierung soll festgestellt werden, wie erfolgreich das IEO bei der Verwirklichung seiner Ziele ist, die Lernkultur im IWF zu fördern, die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken und die Governance- und Aufsichtsverantwortung des Exekutivdirektoriums für die Institution zu unterstützen. Der Evaluierungsausschuss kann bei seinen Ermittlungen innerhalb dieses weit gesteckten Rahmens nach eigenem Ermessen handeln.

Diese nunmehr dritte Evaluierung des IEO soll 2018 abgeschlossen werden. Die erste und zweite externe Evaluierung wurden vom Exekutivdirektorium des IWF 2006 und 2013 in Auftrag gegeben und anschließend erörtert. Der externe Evaluierungsausschuss kam während der Jahrestagung 2017 zu einer ersten Gesprächsrunde in Washington, DC zusammen. Den Vorsitz über den Ausschuss hält Donald Kaberuka, die anderen zwei Mitglieder sind Der Jiun Chia und Pernilla Meyersson.

Dr. Kaberuka ist Sonderbeauftragter von Financing of the African Union and the Peace Fund und amtierte als Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank und während zwei Amtsperioden (2005–15) als deren Vorstandsvorsitzender. Chia ist Stellvertretender Geschäftsführender Direktor der Markets and Investment Group an der Monetary Authority of Singapore. Meyersson ist derzeit amtierende Stabschefin im Generalsekretariat der Schwedischen Reichsbank.

Neue Richtlinien für die Zusammenarbeit des Stabs mit dem IEO

Als Teil der Folgearbeiten zu einer Anzahl von Themen, die in der Bewertung „The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and

Portugal“ (Der IWF und die Krisen in Griechenland, Irland und Portugal) in der Ausgabe vom Oktober 2017 des „Progress Report to the IMFC on the Activities of the Independent Evaluation Office of the IMF“ (Fortschrittsbericht an den IMFC zur Tätigkeit des Unabhängigen Evaluierungsbüros des IWF) angesprochen wurden, einigte man sich auf ein Protokoll zur Zusammenarbeit zwischen IEO und IWF-Stab. Das Protokoll wurde gemeinsam von Mitarbeitern der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung und der Abteilung Recht sowie des IEO im Einklang mit bestehenden Regeln, Richtlinien und Verfahrensanordnungen zum Austausch vertraulicher Daten zwischen Stab und IEO erarbeitet. Die Vereinbarung klärt, welche Bedeutung die Mitwirkung des Stabs und der Grundsatz der offenen Kommunikation besitzen, die relevanten Protokolle zur Anforderung von Informationen vom IEO und zum Austausch der Informationen durch Mitarbeiter sowie zur Vertraulichkeit geteilter Informationen.

Direktoriumsüberprüfungen der Berichte und Empfehlungen des IEO

DER IWF UND SOZIALSCHUTZ

Die Exekutivdirektoren verwiesen mit Nachdruck auf die möglicherweise makrokritische Bedeutung von Sozialschutz, weshalb das Engagement des IWF in Überwachung, Programmen und technischer Hilfe dafür gerechtfertigt sei. Sie würdigten, dass der IWF in den letzten Jahren in Reaktion auf die Bedürfnisse der Mitglieder seine Arbeit zu Fragen des Sozialschutzes erweiterte und vertiefte. Gleichzeitig waren sie der einhelligen Meinung, dass der Ansatz des IWF zu Sozialschutz weiterentwickelt werden müsse, und vermerkten die Befürwortung der Empfehlungen des IEO durch die Geschäftsführende Direktorin.

Die Exekutivdirektoren unterstützten die Empfehlung zur Erstellung eines klaren strategischen Regelwerks, das die Arbeit des IWF zu Sozialschutz lenkt. Das Regelwerk könnte in einem vom Direktorium gebilligten Stabspapier („institutionelle Sicht“) dargelegt werden, das Inhalt und Umfang, Ziele und Grenzen der IWF-Arbeit zum Sozialschutz beschreibt. Damit würde eine einheitliche und objektive Behandlung der Fragestellungen zum Sozialschutz unter den Mitgliedern gefördert.

Die Exekutivdirektoren stimmten im Allgemeinen der Empfehlung zu, die Beratung auf die jeweiligen Umstände eines Mitgliedslandes abzustimmen und ggf. auf der Arbeit von Entwicklungspartnern oder Länderbehörden aufzubauen. Zustimmung fand im Exekutivdirektorium die Empfehlung, einen wirksamen

Ansatz für die Programmgestaltung und Konditionalität zu finden, damit negative Folgen IWF-gestützter Programme für die anfälligsten Menschen in den Mitgliedsländern abgemildert werden können.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Empfehlung, den IWF-Ansatz zu Fragen des Sozialschutzes in seiner Kommunikation nach außen realistisch zu erläutern. Sie verwiesen darauf, dass Klarheit über die Mitwirkung des IWF am Sozialschutz der Kommunikation nach außen ein schärferes Profil verleihen und Reputationsrisiken für den IWF vermeiden könne.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich entschieden für die Empfehlung zur aktiven und konstruktiven Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern und anderen internationalen Finanzinstitutionen aus, einschließlich der Weltbank, weil der IWF somit auf die Erfahrung der Partner bei Fragen des Sozialschutzes aufbauen könne.

Im Einklang mit gängigen Praktiken achteten Geschäftsleitung und Stab bei der Formulierung des Umsetzungsplans, einschließlich der Ansätze zur Fortschrittsüberwachung, sorgfältig auf die Ergebnisse der Direktoriumsbesprache.

DER IWF UND FRAGILE STAATEN

Die Exekutivdirektoren begrüßten den Bericht des IEO über den IWF und fragile Staaten und waren der einhelligen Auffassung, dass die Unterstützung von Ländern in fragilen und Konfliktsituationen eine globale Priorität sei und intensives Engagement des IWF bei der bilateralen Überwachung, Programmgestaltung und Kreditvergabe sowie bei der Kapazitätsentwicklung verdiene. Sie waren angetan von der Bewertung durch das IEO, dass der IWF eine entscheidenden Rolle spiele und wichtige Beiträge für diese Länder leiste, so etwa durch Unterstützung bei der Wiederherstellung von makroökonomischer Stabilität, beim Aufbau zentraler Institutionen für die makroökonomische Politik und als Katalysator für Unterstützung durch Geber. Die Exekutivdirektoren begrüßten die allgemeine Unterstützung für die Empfehlungen des IEO seitens der Geschäftsführenden Direktorin und befanden einstimmig, dass man durch weitere Anstrengungen noch mehr erreichen könnte, wenn man die einzigartigen Umstände und Herausforderungen dieser Länder berücksichtige.

Die Exekutivdirektoren befürworteten allgemein den Vorschlag an die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium, ein Statement zur Bedeutung der IWF-Arbeit in Ländern in fragilen und Konfliktsituationen herauszugeben, das vom In-

ternationalen Währungs- und Finanzausschuss gebilligt werden könnte. Im Direktorium wurde darauf hingewiesen, dass ein derartiges Statement von konkreten Schritten begleitet und einer solchen Aktion im IWF mehr Wert beigemessen werden müsse.

Generell herrschte Einvernehmen unter den Exekutivdirektoren in Bezug auf die Empfehlung, und die meisten Exekutivdirektoren begrüßten die Absicht, einen wirksamen institutionellen Mechanismus einzurichten, der die Arbeit von IWF und anderen Stakeholdern besser koordiniert. In diesem Zusammenhang warnten manche Exekutivdirektoren, dass dieser Mechanismus kein Duplikat oder zu kostenintensiv werden dürfe, während einige unter ihnen vorschlugen, den Mechanismus unter den Vorsitz der Geschäftsleitung zu stellen.

Allgemeine Unterstützung durch die Exekutivdirektoren erfuhr auch die Empfehlung zur Ausarbeitung zukunftsgerichteter, ganzheitlicher Länderstrategien, die die Rollen von Politikberatung, Finanzhilfe und Kapazitätsaufbau in den Überwachungsprozess nach Artikel IV eingliedern. Sie verwiesen mit Nachdruck darauf, dass die Voraussetzungen für derartige Strategien flexibel und anpassungsfähig sein müssten, damit sie nicht zu rein bürokratischen Verwaltungsvorgaben werden und den Artikel-IV-Prozess unverhältnismäßig belasten.

Die Exekutivdirektoren waren geteilter Meinung darüber, wie der IWF die vorgeschlagene Finanzhilfe an Länder in fragilen und Konfliktsituationen bereitstellen solle. Sie begrüßten das Versprechen der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde, Änderungen am Kreditvergabeinstrumentarium des IWF 2018 im Zusammenhang mit der Überprüfung der Fazilitäten für Niedrigeinkommensländer in Erwägung zu ziehen. Die meisten Exekutivdirektoren waren aufgeschlossen gegenüber der Erwägung von Vorschlägen, die Zugangsgrenze für Rapid Financing Instrument (RFI)/Rapid Credit Facility (RCF) anzuheben und kürzere Finanzierungsvereinbarungen für die oberen Kredittranchen einzuführen, bzw. befürworteten diese Vorschläge. Eine Reihe von Exekutivdirektoren betonte jedoch, dass höhere Zugangsgrenzen zu IWF-Mitteln nicht hilfreich für Länder seien, die hauptsächlich Zuschüsse benötigen. Im Exekutivdirektorium wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass diese Länder in erster Linie deshalb von IWF-Vereinbarungen profitieren, weil diese Vereinbarungen bei der Mobilisierung von Finanzhilfe von anderen Entwicklungspartnern wie ein Katalysator wirken.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Empfehlung, praktische Schritte zu unternehmen, die die Wirkung der Kapazi-

tätsentwicklungshilfe des IWF für Länder in fragilen und Konfliktsituationen erhöhen, so etwa den vermehrten Einsatz von Experten vor Ort, die Verwendung realistischer Instrumente zur Messung der Wirkung und Bemühungen, die sicherstellen, dass in den betreffenden Ländern adäquate Finanzmittel für die Kapazitätsentwicklungsarbeit bereitstehen. Es wurde darauf hingewiesen, dass schlechte Absorptionskapazität und Governance in fragilen und Konfliktsituationen die Wirksamkeit der Kapazitätsentwicklung bremsen könnten und besondere Aufmerksamkeit verdienen. In diesem Zusammenhang begrüßten die meisten Exekutivdirektoren den Vorschlag, Unterstützung für einen Treuhandfonds mehrerer Geber einzuholen, der sich speziell dieser Kapazitätsentwicklung widmet – vorausgesetzt, Geber könnten überzeugt werden und die Mittel für die regionalen Zentren für technische Hilfe würden dadurch nicht geschmälert. Die Exekutivdirektoren waren sich einig über die Bedeutung einer wirksamen Koordination mit anderen Anbietern von Kapazitätsentwicklung und einer besseren Ausrichtung der Kapazitätsentwicklungsarbeit auf die besonderen Umstände und langfristigen Bedürfnisse von Ländern in fragilen und Konfliktsituationen.

Die Exekutivdirektoren befürworteten die Empfehlung, dass der IWF Schritte zur Anpassung seiner Personalstrategie unternehmen solle, damit hochwertigen und erfahrenen Mitarbeitern Anreize für die Arbeit zu einzelnen Ländern in fragilen und Konfliktsituationen geboten werden können und gewährleistet ist, dass angemessene Haushaltsmittel zur Unterstützung ihrer Arbeit zugewiesen werden. Sie forderten von der kommenden Überprüfung der Personalstrategie die proaktive Untersuchung der Frage, wie die Arbeit des Stabs in diesen Ländern mehr gewürdigt werden könnte, damit die Fluktuation unter den Mitarbeitern abnimmt und erfahrenere Kräfte gewonnen werden können; ferner sollen Änderungen der Anwerbepraktiken in Erwägung gezogen werden. Allerdings, so die Exekutivdirektoren, müsse eine stärkere Präsenz von Mitarbeitern an Standorten mit hohem Risiko gegen das übergeordnete Ziel, die Sicherheit der Mitarbeiter, abgewogen werden.

Aufbauend auf Feedback von Länderbehörden und Fachleuten nahm der Stab eine Überprüfung der Methodik zur Bewertung der Außenwirtschaftsbilanz (External Balance Assessment, EBA) und des Bewertungsprozesses der Außenwirtschaft vor. Die damit einhergehenden Verbesserungsvorschläge wurden dem Exekutivdirektorium im April unterbreitet und bilden die Grundlage für die Bewertungen des Außenwirtschaftssektors in diesem Jahr.

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG DURCH DEN IWF

Im Oktober 2017 gab das IEO eine überarbeitete Fassung des Berichts von 2007 *IEO Evaluation of IMF Exchange Rate Policy Advice, 1999–2005* heraus. Laut der aktuellen Fassung wurde der Beratungsansatz des IWF zur Wechselkurspolitik seit 2007 grundlegend überarbeitet. Die Integrierte Überwachungsentscheidung von 2012 führte zu einem umfassenderen Ansatz, der allgemein als Grundlage für die Überwachung der Wechselkurse gilt. Der 2012 erstmals veröffentlichte *External Sector Report* (Bericht über den Außenwirtschaftssektor) zeichnet ein integriertes Bild der Außenwirtschaftsbilanzen der wichtigsten Volkswirtschaften. Vermehrte Beachtung von Spillovers und eine institutionelle Sichtweise zum Kapitalflussmanagement trugen zur Stärkung der IWF-Arbeit auf diesem Gebiet bei. Allerdings nennt die aktuelle Fassung eine Anzahl ständiger Herausforderungen. Der Ansatz zur Bewertung von Außenwirtschaftsbilanzen und Wechselkursen ist weiterhin strittig, was teilweise auf unterschiedliche Ansichten unter den Mitgliedsländern zum außenwirtschaftlichen Anpassungsprozess zurückzuführen ist. Die Exekutivdirektoren würdigten den Fortschritt zur Stärkung des Ansatzes und der Analysearbeit des IWF, bemängelten aber die verwendeten Modelle sowie die Einheitlichkeit und Transparenz der Analyse, was zu Fragen über Objektivität und Zugkraft der IWF-Beratung zu Wechselkursen führte.

Das Arbeitsprogramm des IEO

Neben der Durchführung der oben angeführten Projekte im GJ 2018 setzte das IEO seine Arbeit zur Bewertung der Finanzüberwachung durch den IWF fort und leitete eine Evaluierung der IWF-Beratung zu unkonventioneller Geldpolitik und eine Aktualisierung des Berichts von 2008 „Governance of the IMF: An Evaluation“ (Governance des IWF: Eine Bewertung) ein.

Die Evaluierung gilt der Finanzüberwachung durch den IWF und wird die Wirksamkeit der IWF-Arbeit in der Zeit nach der Krise und seiner Kapazität für Finanzüberwachung bewerten. Der Bericht wird eine Analyse enthalten, ob die Strategie der Institution zur Finanzüberwachung die vor der Krise identifizierten Schwachstellen aufgreift. Aufgrund dieser Schwachstellen verhalten Warnhinweise des IWF zu steigenden Risiken auf dem Finanzsektor im Vorfeld der weltweiten Finanzkrise und sie beeinträchtigten seine Fähigkeit, auf die Krise zu reagieren. Die Evaluierung wird auch die Relevanz, Qualität und Nutzung der Überwachungstätigkeit des IWF und ihrer Ergebnisse untersuchen und dabei besonders auf die Analysen systemrelevanter

Finanzzentren achten, die das Potenzial haben, die globale Stabilität zu untergraben.

Die Bewertung der IWF-Beratung zu unkonventioneller Politik wird die Ratschläge des IWF für die wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die unkonventionelle Geldpolitik betreiben, sowie für eine Auswahl fortgeschrittener und aufstrebender Volkswirtschaften, die von den Folgen dieser Politiken betroffen waren, genau unter die Lupe nehmen. Die Evaluierung untersucht: a) ob der IWF nützliche Ratschläge zu den verschiedenen Instrumenten erteilt, die Zentralbanken zur Verfügung stehen; b) die wahrscheinliche Wirksamkeit der Geldpolitik im Verhältnis zu anderen politischen Optionen und den besten Maßnahmenmix; c) die allgemeineren Folgen dieser Entscheidungen für die Ursprungsländer und die von den Spillovers betroffenen Länder. Sie wird auch feststellen, wie gut der IWF sein Kernmandat, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen, erfüllte und ob er objektiv und multilateral stimmig handelte.

Die aktualisierte Fassung des Berichts „Governance of the IMF: An Evaluation“ konzentriert sich auf die Rolle von Internationalem Währungs- und Finanzausschuss, Exekutivdirektorium und Geschäftsleitung und wird die gegenwärtige Relevanz seiner Ergebnisse und Empfehlungen von 2008 bewerten, die allgemein zu den Themenbereichen Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit, Rechenschaftspflicht und Stimme gebündelt wurden. Sie wird den Fortschritt der letzten zehn Jahre kritisch begutachten und bestehende Herausforderungen und Lücken in der Governance des IWF herausstellen. Die Aktualisierung wird auch Entwicklungen und Maßnahmen prüfen, die über die ursprüngliche Evaluierung hinausgehen und merkliche Auswirkungen auf die Governance des IWF hatten.

Informationen und Dokumentation zu den Evaluierungen des IEO können eingesehen werden unter www.imo-imf.org.

Umsetzung der vom Direktorium befürworteten Empfehlungen

Im Januar 2018 billigte das Exekutivdirektorium den Management Implementation Plan (MIP) für den Bericht *The IMF and Social Protection* (Der IWF und Sozialschutz). Der MIP greift die vom Exekutivdirektorium im Juli 2017 befürworteten Empfehlungen des IEO auf und schlägt Folgendes vor: a) Aufstellung eines klaren strategischen Regelwerks, das die Arbeit des IWF

zu Sozialschutz festlegt; b) maßgeschneiderte Beratung auf der Grundlage tiefgreifender Analysen von Ländersituationen, wobei die Tiefe der IWF-Analyse vom Grad der Einbindung von Weltbank oder anderen Organisation mit mehr Erfahrung bei Fragen des Sozialschutzes abhängt; c) Erarbeitung realistischerer und wirksamerer Ansätze zu Programmgestaltung und Konditionalität, um negative Folgen von Programmen für die anfälligsten Gruppen abzufedern; d) realistische Erläuterung des IWF-Ansatzes zum Sozialschutz in der Kommunikation nach außen; e) aktive Teilnahme an interinstitutioneller Zusammenarbeit zum Sozialschutz. Laut MIP unterstrich das Direktorium die Notwendigkeit, bei der Umsetzung dieser Empfehlungen dem Mandat des IWF, Ressourcenengpässen und vergleichbaren Erfahrungen Rechnung zu tragen.

Anfang 2018 unternahm der IWF wichtige Schritte im Nachgang zu früheren Evaluierungen. Im Februar billigte das Exekutivdirektorium allgemeine Leitlinien zur IWF-Arbeit mit Institutionen auf der Ebene von Währungsunionen, wenn die Politiken dieser Institutionen entscheidend für den Erfolg IWF-gestützter Programme sind – ein Schritt, der in der Evaluierung von 2016 „The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and Portugal“ empfohlen wurde.

Auf Empfehlung der IEO-Evaluierung von 2016 „Data at the IMF“ billigte das Exekutivdirektorium im März 2018 die „Übergeordnete Strategie zu Daten und Statistik des Fonds im digitalen Zeitalter“. Die Direktoren begrüßten die sechs Prioritäten der Strategie: a) ein integrierter Ansatz zur Priorisierung des fortschreitenden Datenbedarfs des IWF; b) die Einrichtung eines globalen Datenplatzes; c) die Nutzung von Big Data und anderen Innovationen; d) der nahtlose Zugang zu und Austausch von Daten innerhalb des IWF; e) Erzeugung von Daten, die länderübergreifend vergleichbar sind, und f) die Untersuchung von Schwachstellen in offiziellen Daten.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND EINBINDUNG EXTERNER STAKEHOLDER

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele. Zum einen möchte er externen Stakeholdern Gehör schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität seiner Politikberatung zu verbessern. Zum anderen möchte er das Verständnis der Außenwelt für die Ziele und die Arbeit des IWF stärken. Die Abteilung Communications des IWF trägt die Hauptverantwortung für die

Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine Beziehungen zu externen Stakeholdern.

Die Kommunikationsstrategie hat sich im Lauf der Jahre weiterentwickelt. In den letzten zehn Jahren wandelte sich der Ansatz des IWF von erhöhter Transparenz zu einer proaktiveren Einbindung der Medien und anderer beteiligter Gruppen mit dem Ziel, die Richtlinien und Arbeitsweise des IWF zu erläutern, dem IWF die Teilnahme und Mitwirkung am intellektuellen Diskurs zu wichtigen Wirtschaftsfragen zu ermöglichen und zwischen IWF und seinen Mitgliedern weltweit wechselseitiges Lernen und Lehren sowie den Dialog miteinander zu fördern.

Der IWF setzt Kommunikation als strategisches Mittel zur Stärkung seiner Wirkungskraft ein. Strategische Nutzung von Technologien wie soziale Medien, Videos, Blogs und Podcasts spielen in der Kommunikationsarbeit des IWF eine immer größere Rolle. Gleichzeitig wendet sich der IWF in der sich rasch ändernden Welt von heute immer wieder neuen Kommunikationskanälen zu, einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organizations, CSOs) und Netzwerken im Privatsektor.

Der IWF pflegt Beziehungen zu einem breiten Spektrum an Gruppen außerhalb der Regierung, wie Parlamentariern, CSOs, Gewerkschaften und Leitern von Jugendgruppen. Dieser gegenseitige Dialog bietet dem IWF die Möglichkeit, seine Ansätze darzustellen und von anderen zu lernen, um seine Politikberatung zu verbessern. Themen von besonderem Interesse und spezieller Bedeutung im GJ 2018 waren Bestechung, Ungleichheit und Sozialschutz.

Parlamentarier

Der IWF schätzt seine Kontakte zu Parlamentariern, die Gesetze auf den Weg bringen und ihre Wähler repräsentieren. Etwa 50 Parlamentsmitglieder (MPs) aus 30 Ländern nahmen während der Jahrestagung 2017 am Workshop für Parlamentarier teil und sprachen über Ungleichheit, Handel, Sozialschutz, Bestechung, die Reform von Energiezuschüssen und fragile Situationen. Im November 2017 nahmen 30 MPs aus Nahost und Nordafrika an einer regionalen Konferenz in Marokko teil, während eine andere Gruppe im März 2018 nach Vietnam reiste. Rund 170 MPs aus über 60 Ländern besuchten die Global Parliamentary Conference während der Frühjahrstagung 2018, auf der Themen wie internationale Besteuerung, Verschuldung einkommensschwacher Länder, Geschlechtergleichheit, Handel, Bestechung und die Weltwirtschaft erörtert wurden. Das Konferenzprogramm

umfasste auch eine Versammlung mit der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde.

Organisationen der Zivilgesellschaft

Der IWF organisierte an regionalen Zentren für Ausbildung und technische Hilfe Workshops zur Kapazitätsentwicklung für Parlamentarier. Im Mai 2017 kamen MPs zu einem zweitägigen regionalen Workshop nach Singapur. Im November 2017 fand in Wien ein zweitägiger Workshop für MPs aus Zentralasien zu den Themen Regeln für die Haushaltspolitik, Bestechung und Reform von Energiezuschüssen statt. In Dar-es-Salaam veranstaltete der IWF für MPs aus Ostafrika einen dreitägigen Workshop zum Kapazitätsaufbau, der sich mit der Rolle von Parlamentariern bei Rechenschaftspflicht und Aufsicht über Wirtschafts- und Finanzfragen befasste. Ein regionaler Workshop in Wien, der im Februar 2018 für MPs aus Ost- und Südosteuropa abgehalten wurde, behandelte die Themen Programmgestaltung des IWF, Zentralbankwesen und Aufsicht über den Finanzsektor.

Der IWF setzte seine enge Zusammenarbeit mit CSOs fort. Rund 700 CSO-Vertreter nahmen an der Jahrestagung 2017 teil; ein Highlight war eine Veranstaltung zum Thema Ungleichheit, die gemeinsam mit Oxfam organisiert wurde. Der IWF finanzierte auch 30 Stipendiaten von CSOs. Ferner gab es ungefähr 50 politische Foren zu CSOs, auf denen Themen behandelt wurden, die von Geschlechterfragen über Ungleichheit und Verschuldung bis hin zu internationaler Besteuerung reichten. Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde trat bei einer allgemeinen Versammlung in direkten Kontakt mit den CSOs. Mehr als 1.000 CSO-Vertreter kamen zur Frühjahrstagung 2018. Der IWF finanzierte 15 Stipendiaten von CSOs, und es wurden 43 politische CSO-Foren zu Themen wie Bestechung und Sozialschutz ausgerichtet.

Gemeinsam mit CSOs prüfte der IWF die Fazilitäten für einkommensschwache Länder, die Kapazitätsentwicklungsstrategie, die Schuldentragfähigkeitsanalyse für einkommensschwache Länder, die Rolle des Fonds bei Governance-Fragen, soziale Sicherungsmechanismen und Programmgestaltung in PRGT- und PSI-Programmen sowie öffentliche Personalkosten im Nahen Osten und Zentralasien. Regionale Workshops für CSO fanden in Ghana, Indonesien und Marokko statt.

Gewerkschaften

Der Dialog mit Gewerkschaften wurde auf verschiedenen Kanälen fortgesetzt. Im Februar 2018 nahmen 38 Gewerkschaftsökonomen aus 21 Ländern an der Tagung von IWF und Inter-

nationalem Gewerkschaftsbund (ITUC) in Washington, DC teil. Sie erörterten mit leitenden Mitarbeitern des IWF-Stabs Themen wie den Weltwirtschaftsausblick, Anteile des Arbeitsinkommens und jüngste Lohndynamiken, Ungleichheit und Sozialschutz. Im Lauf des Jahres tauschte sich der Stab mit den Gewerkschaften zu Fragen der öffentlichen Personalkosten und Sozialschutz aus. Mehrere Länderteams des IWF, die Pilotstudien zu Ungleichheit, Geschlechtergleichstellung und Klimawandel durchgeführt hatten, arbeiteten mit Gewerkschaften in Brasilien, Korea, Kosovo, Marokko, Nicaragua, der Tschechischen Republik und anderen Ländern zusammen. Viele Länderteams betreiben Meinungsaustausch mit nationalen Gewerkschaften als Bestandteil ihrer volkswirtschaftlichen Überwachungs- und Programmmissionen.

Jugend

Der IWF vertieft zunehmend seinen Dialog mit jungen Menschen. Im Rahmen des IMF Youth Fellowship Program bei der Jahrestagung 2017 sponserte der IWF die Teilnahme junger Unternehmer und Wissenschaftler aus Botswana, Chile und Deutschland. Junge Führungskräfte aus Indonesien, Sambia und Tunesien konnten auf Kosten des IWF an der Frühjahrstagung 2018 teilnehmen. Der Youth Dialogue der Jahrestagung 2017 brachte eine Runde junger Führungskräfte zu einem Austausch über die Zukunft der Arbeit zusammen. In Nahost und Nordafrika trug der IWF einen Wettbewerb für junge Innovatoren aus. In Ländern Südostasiens (ASEAN) veranstaltete der IWF einen Fotowettbewerb auf Instagram zu den Themen Ungleichheit und Klimawandel. Die Geschäftsführung des IWF trifft sich regelmäßig mit jungen Menschen. Im Oktober 2017 traf die Geschäftsführende Direktorin zum Beispiel Studenten der Universität Ewha in Korea, und im Februar 2018 stellte sie sich den Fragen von Studenten der Gadjah-Mada-Universität in Indonesien. Darüber hinaus kam sie mit Studenten der University of the West Indies in Jamaika sowie mit Studenten in Paraguay und Argentinien zusammen.

Sozialverantwortliche Unternehmensführung

Giving Together ist das Spendenprogramm des IWF, das gegenwärtige und pensionierte Mitarbeiter des IWF bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in ihrem sozialen Umfeld vor Ort und international unterstützt. Es umfasst Mitarbeiterspenden, Aufrufe zur Katastrophenhilfe, Spenden der Geschäftsleitung, Zuschüsse für karitative Organisationen vor Ort und auf internationaler Ebene sowie ehrenamtliche Hilfsaktionen der Mitarbeiter.

Dieses Jahr brach die Kampagne Giving Together zwei Rekorde: Mit einer Mitarbeiterbeteiligung von 43 Prozent wurde die 2016 erreichte Quote von 33 Prozent weit übertroffen. Spenden und Spendenzusagen von Mitarbeitern und Pensionären betrugen im Geschäftsjahr 2,6 Mio. US\$ – mehr als die 2,5 Mio. US\$ des Vorjahres – und kommen 1.065 verschiedenen Wohltätigkeitsorganisationen weltweit zugute. Das Programm organisierte Katastrophenhilfe – die vom IWF um 100 Prozent aufgestockt wurde – für die Opfer der Hungersnot in Afrika südlich der Sahara und im Jemen sowie für die Opfer von Hurrikan Irma in Dominica.

Der IWF gewährt Zuschüsse für lokale und internationale Wohltätigkeitsorganisationen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit durch die Förderung von Bildung und wirtschaftlichen Chancen unterstützen. Im GJ 2018 wurden 110.000 US\$ an 18 karitative Organisationen im Großraum Washington, DC ausgeschüttet, während 100.000 US\$ an zwölf internationale Organisationen gingen. Spenden von der IWF-Geschäftsleitung unterstützen karitative Organisationen an der Basis, die sich der Armutsbekämpfung und Ausbildung unterprivilegierter Gruppen verschrieben haben. Während der Besuche der Geschäftsleitung in verschiedenen Ländern, darunter Albanien, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Dschibuti, Indonesien, Kamerun, Marokko, Mazedonien, Nepal und Tansania, kamen Spenden von insgesamt mehr als 100.000 US\$ zusammen.

Im Lauf des Jahres fanden mehrere ehrenamtliche Aktionen statt. Im Januar 2018 stellten 300 Helfer mehr als 2.000 Toilettenartikel für Opfer der Wirbelstürme in Puerto Rico und Ländern der Karibik zusammen. Anlässlich des Internationalen Frauentags im März 2018 packten Freiwillige beim IWF 2.500 „Women's Hope Kits“; die Pakete wurden an Wohltätigkeitsorganisationen verteilt, die Wohnung, Unterkunft und Dienstleistungen für Frauen zur Verfügung stellen, die infolge von Missbrauch oder Armut einen neuen Lebensabschnitt beginnen wollen. Weitere ehrenamtliche Aktionen waren der Unterricht in finanziellen Grundkenntnissen für Schüler an den High Schools der Umgebung und das Zusammenstellen von Mahlzeiten für bedürftige Familien vor Ort.

Regionalbüros

Als Niederlassung des IWF in der Region Asien und Pazifik, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft weiterhin zunimmt, überwacht das Regionalbüro für Asien und Pazifik (Regional Office for Asia and the Pacific, OAP) Wirtschafts- und Finanzentwick-

lungen, um der volkswirtschaftlichen Überwachung durch den IWF eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Das OAP sieht seine Aufgabe darin, die Region mit dem IWF und seinen Grundsätzen vertraut zu machen sowie den IWF über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen zu unterrichten. In dieser Kapazität wirkt das OAP an der bilateralen Überwachung mit (aktuell zu Japan) und hat seine Teilnahme an der regionalen Überwachung intensiviert.

Der Stab des OAP ist aktiv in die Foren Asiens involviert, wie die Association of Southeast Asian Nations plus China, Japan, and Korea (ASEAN+3), Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), das Executives' Meeting of East Asia Pacific Central Banks (EMEAP) und das Meeting der Zentralbankgouverneure der pazifischen Inselstaaten. Mit dem Japan-IMF Scholarship Program for Asia, dem Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia und anderen kapazitätsbildenden Seminaren trägt das OAP zur Kapazitätsentwicklung in der Region bei. Ein Beispiel hierfür ist die Regionale Konferenz zur Finanzinklusion in der Region Asien-Pazifik, die im Dezember 2017 in Kambodscha stattfand. Die Abteilung Asien und Pazifik organisierte die Konferenz, während das OAP und die Nationalbank Kambodschas als Veranstalter fungierten. Des Weiteren leistet das OAP Informationsarbeit und betreibt Recruiting in Japan sowie in der übrigen Region. Darüber hinaus trägt es zum Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Asiens zu aktuellen Politikfragen im Brennpunkt der IWF-Arbeit bei.

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) mit Zweigstellen in Paris und Brüssel dient als Verbindungsglied zu den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern sowie zu vielen internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB, der Europäische Stabilitätsmechanismus und das Europaparlament sowie der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie Länderprogramme, die gemeinsam von EU und IWF finanziert werden.

Das Europabüro vertritt zudem den IWF bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es unterstützt auch die Tätigkeit des IWF in Europa, etwa bei wirtschaftlicher Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen

der EU, internationalen Organisationen, Regierungen und der Zivilgesellschaft in Europa. Es kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, Denkfabriken, der Finanzmärkte und Medien zusammen.

Das Büro organisiert gemeinsam mit Partnern mehrere Workshops und Veranstaltungen und lädt mindestens zweimal im Jahr nach Berlin, Brüssel, London und Paris zu hochkarätigen politischen Mittagessen und Medienbriefings, bei denen die Ansichten des IWF zu den großen Herausforderungen für die europäische Wirtschaft erörtert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit des Büros umfasst einen Newsletter nach außen mit regelmäßigen Meldungen zu IWF-Veranstaltungen sowie Publikationen für wichtige europäische Stakeholder, eine externe Website und einen aktiven Feed auf Twitter. Schließlich unterstützt das Büro auch die Anwerbung potenzieller Mitarbeiter, indem es an Universitäten in verschiedenen europäischen Ländern Bewerbungsgespräche mit Kandidaten führt.

Öffentlichkeitsarbeit durch Vertreter vor Ort

In 85 Ländern weltweit entsendet der IWF sogenannte Resident Representatives (Vertreter vor Ort), die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ziel ist es, oftmals in Zusammenarbeit mit den ansässigen Universitäten, Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen, das Verständnis über die Arbeit des IWF und makroökonomische Fragestellungen zu vertiefen. Einige Beispiele aus verschiedenen Regionen:

Im Juli 2017 stellte der Vor-Ort-Vertreter in Guatemala Gerardo Peraza auf der 280. Sitzung des Mittelamerikanischen Währungsrats den anwesenden Gouverneuren und Beamten der Zentralbanken aus Mittelamerika und der Dominikanischen Republik den *Regional Economic Outlook* vor. Während der Artikel-IV-Konsultation in Guatemala half die regionale Vertretung bei der Vorbereitung eines Seminars für Beamte zur Analysearbeit in der Konsultation und einer viel beachteten Pressekonferenz.

Mit der Öffentlichkeitsarbeit in Honduras, die vom Büro des regionalen Vertreters Jaume Puig Forne koordiniert wird, will der IWF in erster Linie verschiedene Stakeholder von den Politik- und Reformempfehlungen überzeugen, die im Rahmen von IWF-Programmen ausgesprochen werden. Das Büro sucht deshalb engen Kontakt zu führenden Wirtschaftsvertretern, Universitäten, privaten Analysten und Meinungsmachern, um folgende Punkte herauszustellen: a) die Vorteile von makroökonomischer Stabilität im Hinblick auf geringere Risikoaufschläge

für das Land sowie die Ausgewogenheit der Haushaltsanpassungen (Maßnahmen zu Einkommen und Ausgaben) im Rahmen des Programms; b) das Risiko externer Schocks im Wirtschaftsausblick; c) die Vorteile institutioneller Reformen, einschließlich der schrittweisen Umstellung auf Inflationssteuerung und eines flexiblen Wechselkurses zur Stärkung der makroökonomischen Steuerung und Anpassung an externe Schocks, sowie Verbesserungen von Governance und Geschäftsklima, um neue Investitionen anzuziehen und stärkeres inklusives Wachstum zu fördern.

In Guinea-Bissau veranstaltete der regionale Vertreter des IWF Oscar Melhado eine eintägige Konferenz zu den Hauptthemen der Artikel-IV-Konsultation 2017, darunter die Themen Staatsfinanzen und Entwicklung des Privatsektors. Als erste Konferenz ihrer Art bot sie ein neues Forum für den landesweiten Dialog zu Wirtschaftsfragen und wurde vom Premierminister, mehreren Ministern und führenden Vertretern der Wirtschaft eröffnet. Der Vor-Ort-Vertreter des IWF in Ruanda Alun Thomas organisierte und richtete gemeinsam mit anderen einen landesspezifischen Kurs zu Finanzprogrammierung aus, der von den Behörden begeistert aufgenommen wurde und jetzt als Modell für Vor-Ort-Vertreter in anderen Regionen dient.

Im vergangenen Jahr lud die Vor-Ort-Vertreterin in Armenien Yulia Ustyugova zu mehreren Informationsveranstaltungen, die das Verständnis der sachverständigen Beratung des IWF zur Festigung von Haushaltsregeln verbessern sollen. Sie nahm gemeinsam mit Vertretern aus dem Privatsektor, von Denkfabriken und der Zivilgesellschaft an einer Diskussion über die vorgeschlagenen Änderungen der Haushaltsregeln teil, die als Livestream übertragen wurde; sie holte im Rahmen mehrerer Gespräche unterschiedliche Sichtweisen zum Thema ein und prüfte die Haushaltsregeln anlässlich einer Konferenz mit Abgeordneten aus der Region. Die armenische Nationalversammlung billigte die überarbeitete Fassung der Haushaltsregeln im Dezember 2017.

Die IWF-Vertretung in Georgien erörterte wichtige wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen und Politikfragen mit einem breiten Spektrum an interessierten Gruppen aus der Zivilgesellschaft, den Medien, mit Parlamentariern, der Geschäftswelt, mit Gewerkschaften, ausländischen Investoren und der internationalen Gemeinschaft. Das Büro half auch bei der Vorbereitung des Besuchs des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors Tao Zhang, der in einem Vortrag an der staatlichen Universität von Tiflis gipfelte. Thema des Vortrags waren die Herausforderungen beim Aufbau einer modernen Wirtschaft in Georgien, auch durch die Reform des Bildungswesens.

In Somalia, wo die Regierung beim Aufbau des Staates gewaltigen Herausforderungen gegenübersteht, diente der Vertreter vor Ort als Berater und Mitglied des Financial Governance Committee (FGC). Die Vertretung vor Ort unterstützt auch die Bereitstellung intensiver Missionen technischer Hilfe, die über einen Treuhandfonds finanziert werden. Die Beratung des FGC erstreckt sich auf Governance der Zentralbank, Rückgewinnung von Vermögenswerten, öffentliche Beschaffung und Konzessionen, Reformen zur Steuerung der Staatsfinanzen und Haushaltsföderalismus. Der FGC veröffentlicht regelmäßig Fortschrittsberichte und gibt Bewertungen zu verschiedenen Fragen der Finanz-Governance heraus.

Robert Blotevogel, der Vor-Ort-Vertreter des IWF in Tunesien, hielt im November 2017 einen vom Parliamentary Network von IWF und Weltbank veranstalteten Gedankenaustausch mit den Mitgliedern des parlamentarischen Finanzausschusses über die Frage, wie man die wirtschaftlichen und fiskalischen Herausforderungen Tunesiens angehen könnte. Die Diskussion behandelte hauptsächlich die besten Optionen zur Erhöhung der Einkünfte und gerechten Kürzung der Ausgaben und die Probleme, die aus Korruption und informeller Wirtschaft erwachsen. Die Veranstaltung fand in den sozialen Medien enorme Beachtung, weil sie ein Beispiel für die Zusammenarbeit von IWF und Parlamentariern darstellt.

QUOTEN UND GOVERNANCE

Management: IMFC wählt ersten Vorsitzenden aus Afrika südlich der Sahara

Der Gouverneur der südafrikanischen Notenbank Lesetja



Kganyago wurde von Mitgliedern der einflussreichen Gruppe zum Vorsitzenden des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC) gewählt. Der Politikberatungsausschuss des Gouverneursrats des IWF, dem 24 Finanzminister und

Zentralbankgouverneure angehören, tritt in der Regel zweimal jährlich zusammen. Kganyago ist seit 2014 Gouverneur der südafrikanischen Notenbank und erster Ausschussvorsitzender aus Afrika südlich der Sahara. Viele Seiten erwarten, dass er seine Arbeit auf die Herausforderungen konzentrieren wird, mit denen aufstrebende Volkswirtschaften und Niedrigeinkommensländer konfrontiert sind.

Kganyago hatte den Vorsitz über die Stellvertreter des Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank und über die G20-Arbeitsgruppe zur Governance-Reform des IWF. Während seiner Laufbahn im öffentlichen Dienst leitete er als Generaldirektor des Schatzministeriums von Südafrika Reformen der Staatsfinanzen und der Finanzmärkte. Neben anderen Führungsrollen in der afrikanischen Finanzaufsicht ist er gegenwärtig Vorsitzender der Association of African Central Bankers. Er hat auch den Vorsitz des ständigen Ausschusses für die Umsetzung von Standards im Rat für Finanzstabilität inne.



Die dreijährige Amtszeit Kganyagos als Vorsitzender des IMFC begann am 18. Januar 2018. Er tritt die Nachfolge von Agustín Carstens an, dem ehemaligen Gouverneur des Banco de México. Carstens gab seine Stellung im Dezember auf, um das Amt des

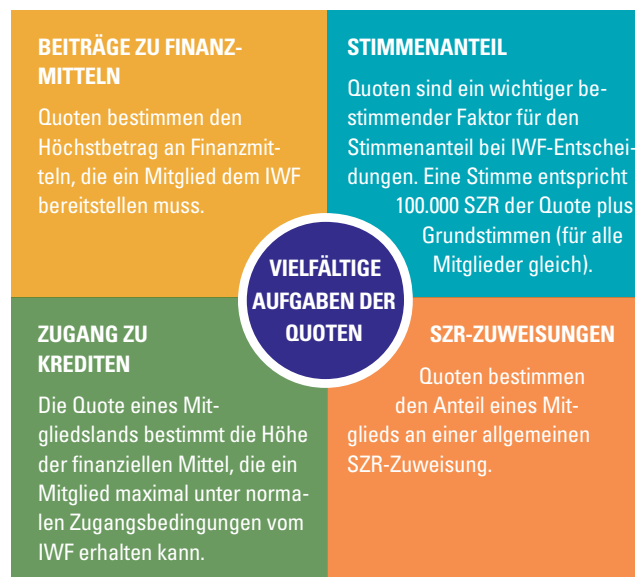
Generaldirektors der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich anzutreten.

Quoten: Die Geldquellen des IWF

Die 189 Mitgliedsländer des IWF stellen hauptsächlich über die Einzahlung ihrer Quoten, die auch für die Stimmrechte entscheidend sind, Mittel für Kredite bereit. Multilaterale und bilaterale Kredite dienen als zweite und dritte Verteidigungslinie in Krisenzeiten. Mit diesen Mitteln hat der IWF Zugang zu rund 1 Billion US\$ für die nicht konzessionäre Kreditvergabe zur Unterstützung seiner Mitglieder. Konzessionäre Kreditvergabe und Schuldenerleichterung für Niedrigeinkommensländer werden über gesonderte beitragsbasierte Treuhandfonds finanziert.

Jedem Mitgliedsland wird eine Quote zugeteilt, die auf seiner Position in der Weltwirtschaft beruht. Die Quoten belaufen sich auf insgesamt 477 Mrd. SZR (rund 686 Mrd. US\$), der Rechnungseinheit des IWF, deren Wert ein Festkurs zu einem Korb von Währungen ist. Der IWF besitzt darüber hinaus Zugang zu multilateralen Mitteln im Wert von rund 182 Mrd. SZR, während die bilateralen Kreditnahmevereinbarungen Zugang zu 316 Mrd. SZR gewähren. Die Kreditnahmekanäle stehen zu unterschiedlichen Zeiten zur Verlängerung an.

Die Quoten werden regelmäßig überprüft. Die fünfzehnte Überprüfung soll nächstes Jahr abgeschlossen werden und bietet die Gelegenheit, die Größe und Zusammensetzung der IWF-Mittel an die Bedürfnisse der Mitglieder anzupassen. Sie baut auf den Governance-Reformen der Überprüfung von 2010 auf, wozu auch Bestrebungen zum Schutz der ärmsten Mitglieder gehören.



Die zehn Jahre alte Formel, die als Leitlinie zur Bestimmung der Quoten dient, wird ebenfalls überprüft. Veranschaulichende Simulationen zu möglichen Änderungen dieser Formel gibt es auf www.imf.org.

Quotenzahlungen im GJ 2018

Die Voraussetzungen zur Implementierung der Quotenerhöhungen, die in der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung vereinbart worden waren, wurden am 26. Januar 2016 erfüllt. Demzufolge werden die Quoten aller 189 Mitgliedsländer des IWF von 238,5 Mrd. SZR (rund 343 Mrd. US\$) auf insgesamt 477 Mrd. SZR (rund 686 Mrd. US\$) ansteigen. Mit Stand vom 30. April 2018 hatten 181 der 189 Mitglieder ihre Quoten eingezahlt, sodass mit insgesamt 475 Mrd. SZR (rund 684 Mrd. US\$) mehr als 99 Prozent der gesamten Quotenerhöhungen erreicht wurden.

SONDERZIEHUNGSRECHT

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist eine internationale Reservewährung, die vom IWF 1969 zur Ergänzung der offiziellen Reserven seiner Mitgliedsländer eingeführt wurde. IWF-Mitglieder, die der Abteilung Sonderziehungsrechte angehören (derzeit alle Mitglieder), können SZR gegen frei verwendbare Währungen tauschen.

Direktoriumsaussprache zur Rolle des SZR

Am 30. März 2018 erörterte das Exekutivdirektorium des IWF

ein Stabspapier mit dem Titel „Considerations on the Role of the SDR“ (Überlegungen zur Rolle des SZR). Das Papier geht der Frage nach, ob eine weiter gefasste Rolle des SZR zur reibungslosen Funktionsweise und Stabilität des internationalen Währungssystems beitragen könnte. Die meisten Exekutivdirektoren zweifelten daran oder waren nicht überzeugt, dass das SZR bei der Bewältigung von Schwächen des internationalen Währungssystems eine Rolle spielen könnte. Eine Anzahl von Direktoren waren jedoch der Meinung, dass das SZR das Potenzial besitze, auf diese Lücken einzuwirken, und befürworteten eine Untersuchung seiner Rolle für die Zukunft.

TRANSPARENZ

Transparente Wirtschaftspolitik und zuverlässige Daten zu wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen sind für solide, informierte Entscheidungen der Behörden und das reibungslose Funktionieren einer Volkswirtschaft unerlässlich. Die aktuellen Politikmaßnahmen des IWF, die darauf abzielen, sinnvolle und genaue Informationen über die Rolle des IWF in der Weltwirtschaft und in den Volkswirtschaften seiner Mitgliedsländer sicherzustellen, sind in Echtzeit öffentlich verfügbar.

Transparenz lässt Volkswirtschaften effizienter arbeiten und senkt ihre Anfälligkeit gegenüber Krisen. Mehr politische Offenheit der Mitgliedsländer erleichtert die öffentliche Diskussion und Prüfung ihrer Politik, erhöht die Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger und die Glaubwürdigkeit ihrer Politik; des Weiteren werden effiziente und geregelte Abläufe auf den Finanzmärkten ermöglicht. Mehr Offenheit und Klarheit aufseiten des IWF über seine eigene Politik und die Beratung für seine Mitgliedsländer führen zu einem besseren Verständnis der Rolle und Arbeitsweise des IWF und stärken so die Zugkraft seiner politischen Beratung und machen es leichter, die Institution zur Rechenschaft zu ziehen. Untersuchungen von außen dienen darüber hinaus der Qualität der Überwachung und IWF-gestützten Programme.

Der Transparenzansatz des IWF basiert auf dem allgemeinen Grundsatz, dass er nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellt, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung. Der Grundsatz respektiert die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Mitgliedsländer auf der Website des IWF: www.imf.org.

Nach Auffassung des IWF ist die Veröffentlichung von Länderdokumenten, die dem Exekutivdirektorium vorgelegt werden („Direktoriumsdokumente“), in der Regel „freiwillig, aber vorausgesetzt“; das bedeutet, dass der IWF die Veröffentlichung dieser Dokumente grundsätzlich wünscht. Die Veröffentlichung von Politikpapieren ist vorausgesetzt, bedarf aber der Zustimmung durch das Direktorium. Ein Direktoriumsdokument wird veröffentlicht, sobald das betreffende Mitglied keinen Einspruch gegen die Veröffentlichung einlegt und dadurch seine Zustimmung erteilt. Die Veröffentlichung von Mehrländerdokumenten erfordert je nach Dokument entweder die Zustimmung des Direktoriums oder der betroffenen Länder.

Mit seinem öffentlichen Engagement verbessert der IWF die Meinung der Öffentlichkeit über die Institution durch a) Transparenz der Überwachung und IWF-gestützten Programme, b) Transparenz seiner Finanzgeschäfte, c) externe und interne Revision und Beurteilung sowie d) Kommunikation nach außen. Die Transparenzpolitik des IWF soll alle fünf Jahre überprüft werden; die letzte Überprüfung fand 2013 statt (siehe auch die Abschnitte „Rechenschaftspflicht“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder“).

RICHTLINIE FÜR DIE ÜBERMITTLUNG VON DOKUMENTEN

Gemäß seiner Richtlinie für die Übermittlung von Dokumenten und anderen einschlägigen Richtlinien pflegt der IWF seit Langem den Austausch von Dokumenten mit anderen internationalen Organisationen und Währungsunionen. Die Übermittlung bestimmter Direktoriumsdokumente, die sich meist mit Überwachung und Verwendung von IWF-Mitteln befassen, fördert die engere Zusammenarbeit und stärkt die Beziehungen, um den Mitgliedsländern besser zu dienen. Im November 2017 billigte das Exekutivdirektorium Änderungen der Richtlinie; dadurch wurde die Bandbreite der Dokumente, die internationale Organisationen und Währungsunionen erhalten dürfen, erweitert und gleichzeitig ein einheitlicher und objektiver Ansatz für die Übermittlung von IWF-Dokumenten sichergestellt.

Das Direktorium billigte auch ein politisches Regelwerk für den Dokumentenaustausch mit RFAs. Dieses neue Regelwerk stärkt die Zusammenarbeit zwischen IWF und RFAs, weil es zeitnahen Zugriff auf die unter das Regelwerk fallenden Dokumente gewährt und die Koordination bei Gemeinschaftsfinanzierungen verbessert und damit die Wirksamkeit des weltweiten Finanzsicherheitsnetzes erhöht.



Bild noch
ersetzen



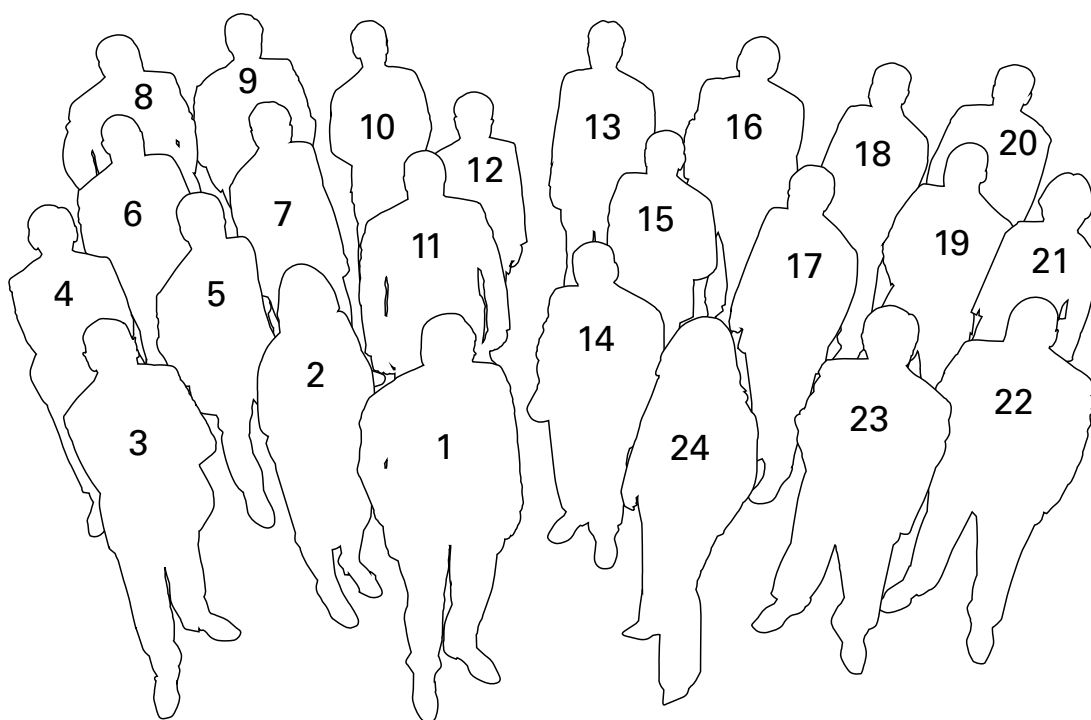
IWF-Exekutivdirektoren

Stand vom 30. April 2018



Bild no
ersetze





1: Aleksei Mozhin, 2: Shona Riach, 3: Thomas Östros, 4: Juda Agung, 5: Mirosław Panek,
6: Anthony De Lannoy, 7: Carlos Hurtado, 8: Subir Gokarn, 9: Mauricio Claver-Carone,
10: Steffen Meyer, 11: Alexandre Tombini, 12: Hohyun Jang, 13: Hervé de Villeroché,
14: Hazem Beblawi, 15: Jafar Mojarad, 16: Alessandro Leipold, 17: Masaaki Kaizuka,
18: Adrian Armas, 19: Daouda Sembene, 20: Hesham Alogeel, 21: Nancy Horsman,
22: Maxwell M. Mkwezalamba, 23: Jin Zhongxia, 24: Michaela Erbenova

Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter (Stand vom 30. April 2018)

Mauricio Claver-Carone Vereinigte Staaten
Unbesetzt

Masaaki Kaizuka Japan
Yoshihito Saito

Jin Zhongxia China
SUN Ping

Anthony De Lannoy Armenien, Belgien, Bosnien und
Richard Doornbosch Herzegowina, Bulgarien, Georgi-
Vladyslav Rashkovan en, Israel, Kroatien, Luxemburg,
ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien, Moldawien, Mon-
tenegro, Niederlande, Rumänien,
Ukraine, Zypern

Steffen Meyer Deutschland
Klaus Gebhard Merk

Carlos Hurtado Costa Rica, El Salvador, Guatema-
Jorge Dajani Gonzalez la, Honduras, Kolumbien, Mexiko,
José Alejandro Rojas Ramirez Spanien, Bolivarische Republik
Venezuela

Juda Agung Brunei Darussalam, Fidschi, Re-
Edna Villa publik Indonesien, Kambodscha,
Demokratische Volksrepublik
Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal,
Philippinen, Singapur, Thailand,
Tonga, Vietnam

Alessandro Leipold Albanien, Griechenland, Italien,
Michail Psalidopoulos Malta, Portugal, San Marino

Hervé de Villeroché Frankreich
Armel Castets

Shona Riach
Vicky White

Vereinigtes Königreich

Hohyun Jang
Christine Barron
Grant Johnston

Australien, Kiribati, Republik Korea, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Nauru, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu

Nancy Horsman
Anne McKiernan

Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Thomas Östros
Kimmo Virolainen

Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden

Michaela Erbenova
Omer Bayar
Christian Just

Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn

Alexandre Tombini
Pedro Fachada
Bruno Saraiva

Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago

Subir Gokarn
Mahinda Siriwardana

Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka

Maxwell M. Mkwezalamba
Dumisani H. Mahlinza
Vacant

Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda

Hazem Beblawi
Sami Geadah

Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate

Miroslaw Panek
Paul Inderbinnen

Aserbaidshjan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan

Aleksei Mozhin
Lev Palei

Russische Föderation

Jafar Mojarad
Mohammed Daïri

Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien

Hesham Alogeel
Ryadh M. Alkhareif

Saudi-Arabien

Daouda Sembene
Mohamed-Lemine Raghani
Herimandimby A.
Razafindramanana

Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Adrian Armas
Gabriel Lopetegui

Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay



Bild
erse





Bild noch
ersetzen



Geschäftsleitung

(Von links nach rechts):

Mitsuhiro Furusawa

Stellvertretender Geschäfts-
führender Direktor

Carla Grasso

Stellvertretende Geschäfts-
führende Direktorin und Chief
Administrative Officer

Tao Zhang

Stellvertretender Geschäfts-
führender Direktor

David Lipton

Erster Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin

LEITENDE MITARBEITER (Stand vom 30. April 2018)**REGIONALABTEILUNGEN**

Abebe Selassie	Direktor, Abteilung Afrika
Chang Yong Rhee	Direktor, Abteilung Asien und Pazifik
Poul Thomsen	Direktor, Abteilung Europa
Jihad Azour	Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien
Alejandro Werner	Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard Rice	Direktor, Abteilung Communications
Andrew Tweedie	Direktor, Abteilung Finanzen
Vitor Gaspar	Direktor, Abteilung Fiskalpolitik
Sharmini Coorey	Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung
Sean Hagan	Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht
Tobias Adrian	Finanzberater und Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte
Maurice Obstfeld	Wirtschaftswissenschaftlicher Berater und Direktor, Abteilung Forschung
Louis Marc Ducharme	Direktor, Abteilung Statistik
Martin Mühleisen	Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung

INFORMATION UND LIAISON

Chikahisa Sumi	Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik
Christopher Lane	Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen
Jeffrey Franks	Direktor, Büros in Europa/Leitender Vor-Ort-Vertreter bei der Europäischen Union

UNTERSTÜTZENDE DIENSTE

Chris Hemus	Direktor, Abteilung Unternehmensdienstleistungen und Fazilitäten und amtierender Direktor der Abteilung Informationstechnologie
Kalpana Kochhar	Direktorin, Abteilung Personalwesen
Jianhai Lin	Sekretär des Fonds, Abteilung Sekretariat

BÜROS

Daniel Citrin	Direktor, Büro für Haushalt und Planung
Charles Collyns	Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro
Nancy Asiko Onyango	Direktorin, Büro für interne Revision und Inspektion
Derek Bills	Direktor, Büro für Investition
Vivek Arora	Direktor, Büro für Risikomanagement

Anmerkungen

TEIL 1: ÜBERSICHT

Einleitung

Die zentralen Aufgaben des IWF

International Monetary Fund: www.imf.org/external/index.htm

Spotlights

1. Die Funktionsfähigkeit des Systems verbessern

Policy Papers—2017 External Sector Report: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/07/27/2017-external-sector-report>

Factsheet—Funds for Capacity Development: <https://www.imf.org/en/About/Factsheets/Sheets/2017/04/19/Funds-for-Capacity-Development>

Factsheet—Regional Capacity Development Centers: <http://www.imf.org/en/About/Factsheets/Sheets/2017/06/14/imf-regional-capacity-development-initiatives>

Policy Papers—Review of Flexible Credit Line and Precautionary and Liquid Line: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/12/19/pp121917-AdequacyOfTheGFSN>

2. Wachstum nachhaltig gestalten

Oktober 2017 *World Economic Outlook: Seeking Sustainable Growth*: <http://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2017/09/19/world-economic-outlook-october-2017>

3. Wachstum inklusiv gestalten

Oktober 2017 *Fiscal Monitor: Tackling Inequality*: <http://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2017/10/05/fiscal-monitor-october-2017>

G-20 Leaders' Summit 2017 „Fostering Inclusive Growth“: <http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/2017/062617.pdf>

IMF Institute for Capacity Development, Training Catalog: Inclusive Growth courses: <http://www.imf.org/external/np/ins/english/training.htm>

4. Bestechungsbekämpfung

Pressemitteilung: „Policy on Governance and Corruption“: <http://www.imf.org/en/news/articles/2017/08/01/pr-the-role-of-the-fund-in-governance-issues-review-of-the-guidance-note>

5. Technologie nutzbringend einsetzen

Capitalizing on Good Times, April 2018 *Fiscal Monitor*: <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2018/04/06/fiscal-monitor-april-2018>

HÖHEPUNKTE AUS DEN REGIONEN

Sub-Saharan Africa's Untapped Revenue Potential May 2018 *Regional Economic Outlook* study: <http://www.imf.org/en/Publications/REO/SSA/Issues/2018/04/30/sreo0518>

IMF Staff Discussion Note 1803—Centralized Fiscal Capacity for the Euro Area: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/SDN/2018/SDN1803.ashx>

TEIL 2: DIE ARBEIT DES IWF

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ÜBERWACHUNG

Bilaterale Überwachung

IMF Staff Discussion Note 2018—Interim Surveillance Review: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/2018/pp030718-2018-interim-surveillance-review.ashx>

Policy Papers—„Use of Third-Party Indicators in Fund Reports“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/11/22/pp101217use-of-third-party-indicator>

Politikberatung

Policy Papers—The Managing Director's Global Policy Agenda: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2018/04/18/md-spring-meetings-global-policy-agenda-041918>

Policy Papers—„Increasing Resilience to Large and Volatile Capital Flows—The Role of Macroprudential Policies“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/07/05/pp060217-increasing-resilience-to-large-and-volatile-capital-flows>

Staff Discussion Notes—„Trade-Offs in Bank Resolution“: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2018/02/09/Trade-offs-in-Bank-Resolution-45127>

Pressemitteilung: „Taxation and the Sustainable Development Goals“: <http://www.imf.org/en/news/articles/2018/02/16/pr1856-platform-for-collaboration-on-tax-first-global-conference-on-taxation-and-sdgs>

Pressemitteilung: „The Taxation of Offshore Indirect Transfers“—A Toolkit: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/07/31/pr17308-the-platform-for-collaboration-on-tax-invites>

Policy Papers— „State-Contingent Debt Instruments for Sovereigns—Annexes“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/05/19/pp032317-annexes-state-contingent-debt-instruments-for-sovereigns>

Pressemitteilung: „Vienna Initiative Seeks New Growth Model to Drive Forward Innovation in Emerging Europe“, IWF, 13. März 2018: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/03/13/pr1884-vienna-initiative-seeks-new-growth-model-to-drive-forward-innovation>

NIEDRIGEINKOMMENS- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

Policy Papers— „IMF-World Bank Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/10/02/pp082217LIC-DSF>

Policy Papers— „Social Safeguards and Program Design in PRGT- and PSI-Supported Programs“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/06/01/pp042117social-safeguards-and-program-design-in-prgt-and-psi>

Pressemitteilung: „Managing Capital Flows: Challenges for Developing Countries“, Konferenz in Zambia: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/05/05/pr17150-zambia-imf-hosts-conference-on-managing-capital-flows-challenges-for-developing-countries>

WEITERE THEMEN

„Inequality and Poverty across Generations in the European Union“: <http://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2018/01/23/Inequality-and-Poverty-across-Generations-in-the-European-Union-45137>

Policy Papers— „Building Fiscal Capacity in Fragile States“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/06/14/pp041817building-fiscal-capacity-in-fragile-state>

DATEN

Policy Papers— „Overarching Strategy on Data and Statistics at the Fund in the Digital Age“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2018/03/20/pp020918imf-executive-board-supports-new-strategy-for-data-and-statistics-in-the-digital-age>

Policy Papers— „Measuring the Digital Economy“: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/04/03/022818-measuring-the-digital-economy>

IMF on Macropprudential Policy: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/061013b.pdf>

IMF-FSB-BIS on Macropprudential Policy: <http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/2016/083116.pdf>

IMF Macropprudential Policy Survey data: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/04/30/pp043018-imf-annual-macropprudential-policy-survey>

Pressemitteilung: „FSB and IMF Report on Progress with G20 Data Gaps Initiative“, IWF, 21. September 2017: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/09/21/pr17363-fsb-and-imf-report-on-progress-with-g20-data-gaps-initiative>

IMF Database, Access to Microeconomic and Financial Data: <http://data.imf.org/?sk=E5DCA-B7E-A5CA-4892-A6EA-598B5463A34C>

Fiscal Transparency Handbook: <https://www.elibrary.imf.org/view/IMF069/24788-9781484331859/24788-9781484331859/24788-9781484331859.xml?redirect=true>

TEIL 3: FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Policy Papers— Income Model, Charges, Remuneration, Burden Sharing, and Net Income Investment Account Rules and Regulations: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2016/12/31/Rules-and-Regulations-for-the-Investment-Account-PP4734>

PERSONALPOLITIK UND ORGANISATION

IMF Senior Officials: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2018/eng/related-material.htm>

IMF Staff by Nationality, Gender, and Country Category: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2018/eng/web-tables.htm>

IMF Staff Salary: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2018/eng/web-tables.htm>

UNABHÄNGIGES EVALUIERUNGSBÜRO

Independent Evaluation Office: <http://www.ieo-imf.org/ieo/pages/IEOHome.aspx>

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Im September 2015 wurden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von den Mitgliedsstaaten offiziell verabschiedet. Sie lösen die ausgelaufenen Millenniums-Entwicklungsziele ab. Im Mittelpunkt der 17 SDGs stehen fünf zentrale Aspekte: Mensch, Planet, Frieden, Wohlstand und Partnerschaft. Der IWF will im Rahmen seines Mandats die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung fördern. Der IWF hat eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, um seine Mitgliedsländer bei der Umsetzung der Ziele zu unterstützen.



Akronyme und Abkürzungen

AML/CFT	Anti-money laundering and combating the financing of terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)	IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	LIDC	Low-Income Developing Country (Einkommensschwaches Entwicklungsland)
CCRT	Catastrophe Containment and Relief Trust (Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung)	OIA	Office of Internal Audit and Inspection
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)	PCI	Policy Coordination Instrument
ECF	Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität)	PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)
EFF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)	PPM	Post-Program Monitoring
e-GDDS	Enhanced General Data Dissemination System (Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem)	PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
EU	Europäische Union	PSI	Policy Support Instrument (Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
FATF	Financial Action Task Force	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
FCL	Flexible Credit Line	REO	<i>Regional Economic Outlook</i>
FM	<i>Fiscal Monitor</i>	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
FSI	Financial Soundness Indicator (Indikator zur Finanzstabilität)	SARTTAC	South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien)
G20	Gruppe der Zwanzig	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskreditvereinbarung)
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i> (Bericht zur Stabilität des Finanzsystems)	SCF	Standby Credit Facility (Bereitschaftskreditfazilität)
GJ	Geschäftsjahr	SDDS	Special Data Dissemination Standard
GPA	Global Policy Agenda	SDGs	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)	SMP	Staff-Monitored Program
HIPC	Heavily Indebted Poor Country (Hochverschuldetes armes Land)	SZR	Sonderziehungsrecht
ICD	Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung)	UN	Vereinte Nationen
IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)	WEO	<i>World Economic Outlook</i>

Begleitschreiben an den Gouverneursrat

1. August 2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII, Abschnitt 7, Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2018 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2019 in Teil 3 vorgelegt.

Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2018 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt und können eingesehen werden unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2018/eng.

Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss überprüft, dem derzeit Herr Vikamsey (Vorsitz) und Frau Cearnys angehören.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums



Dieser Bericht und der in Anhang VI enthaltene Jahresabschluss können GRATIS heruntergeladen werden: entweder über den nachfolgenden Link oder durch Scannen des QR-Codes. Auf den Webseiten zum IWF-Jahresbericht findet sich eine Fülle von Informationen.

www.imf.org/AR2018

Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen in der Abteilung Kommunikation des IWF in Zusammenarbeit mit einer fondsübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt. Christoph Rosenberg, Jeffrey Hayden und Linda Kean betreuten die Arbeit des für den Jahresbericht zuständigen Teams. Dieses stand unter der Leitung des Evaluierungsausschusses des Exekutivdirektoriums, dessen Vorsitz Alexandre Tombini innehatte. Anthony Annett agierte als Hauptverfasser und S. Alexandra Russell und Denise Bergeron waren für die Redaktion und Projektleitung verantwortlich. Crystal Herrmann leistete Unterstützung bei der digitalen Gestaltung und Runit Pancholi und Hyoun Woo Park leisteten Redaktions- bzw. Verwaltungsassistenz.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Brian De Nicola (Herstellung), Charismarcom.de (Satz).

Gestaltung: Beth Singer Design LLC www.bethsingerdesign.com

Web-Design: Feisty Brown www.feistybrown.com

Bildnachweis: Umschlagseite vorne: © Getty Images, © Alamy, © Alamy, © iStock, © Alamy, © iStock, © Alamy (im Uhrzeigersinn von oben). **Seite 1:** © Alamy (oben links), © IMF (unten links). **Seite 12:** © iStock. **Seite 13:** © iStock (oben), © iStock (unten links). **Seite 16:** © IMF. **Seite 17:** © IMF (1. Reihe, links), © iStock (1. Reihe, rechts), iStock (2. Reihe, links), © IMF (2. Reihe, Mitte), © IMF (2. Reihe, rechts), © IMF (3. Reihe, links), © iStock (3. Reihe, Mitte), © IMF (3. Reihe, rechts), © iStock (unten). **Seite 18:** © IMF. **Seite 19:** © Alamy (oben links), © Alamy (oben Mitte), © Alamy (oben rechts), © iStock (unten rechts). **Seite 21:** © Getty Images (oben), © Getty Images (2. von oben), © IMF (3. von oben), © Getty Images (unten links), © iStock (unten rechts). **Seite 22:** © iStock (oben links), © iStock (unten links), © Alamy (oben Mitte), © iStock (unten Mitte), © iStock (rechts). **Seite 23:** © iStock. **Seite 24:** © IMF. **Seite 25:** © Newscom (oben links), © iStock (unten links), © iStock (Mitte), © iStock (rechts). **Seite 26:** © IMF (unten links), © Alamy (oben rechts), © Newscom (unten rechts). **Seite 27:** © iStock (links), © Getty Images (Mitte), © Getty Images (rechts). **Seite 28:** © Alamy (links), © Getty Images (oben rechts), © Getty Images (unten rechts). **Seite 30:** © Getty Images (unten links), © iStock (unten rechts), **Seite 32:** © Alamy. **Seite 33:** © Getty Images (oben links), © Lindsey Leger (oben rechts). **Seite 34:** © Alamy (unten links). **Seite 35:** © Getty Images (unten rechts). **Seite 36:** © iStock. **Seite 37:** © iStock (oben), © Getty Images (unten). **Seite 39:** © iStock. **Seite 40:** © iStock. **Seite 41:** © Getty Images. **Seite 42:** © Getty Images. **Seite 44:** © Getty Images (oben), © iStock (Mitte), © Alamy (unten). **Seite 52:** © iStock (oben), © iStock (unten). **Seite 53:** © iStock. **Seite 54:** © Alamy. **Seite 55:** © Alamy. **Seite 56:** © Alamy (links), © Alamy (oben rechts), © iStock (unten rechts). **Seite 58:** © Alamy (oben links), © iStock (oben rechts), © iStock (unten links). **Seite 60:** © iStock (oben links), © iStock (unten links). **Seiten 60–61:** © iStock (seitenübergreifend). **Seite 61:** © iStock (links), © iStock (rechts). **Seite 63:** © iStock (oben), © iStock (Mitte), © Getty Images (unten). **Seite 64:** © iStock (oben), © iStock (Mitte), © iStock (unten). **Seite 68:** © Alamy (links), © Newscom (rechts). **Seite 76:** © IMF (oben), © IMF (unten). **Umschlagseite hinten:** © Getty Images, © Alamy, © iStock, © iStock, © iStock, © Getty Images, © Alamy, © Getty Images (im Uhrzeigersinn von oben).



„Nur wenn wir gemeinsam handeln, können wir wirklich erfolgreich sein. Zusammenarbeit ist der sicherste Weg zu einer besseren Zukunft – für jedes Land.“

Christine Lagarde
Geschäftsführende Direktorin



International Monetary Fund
700 19th Street NW
Washington, DC 20431 USA

www.imf.org

ISBN 978-1-4843-7349-1



9 781484 373491